

NEUE ZEIT

AUGUST 1980

32

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

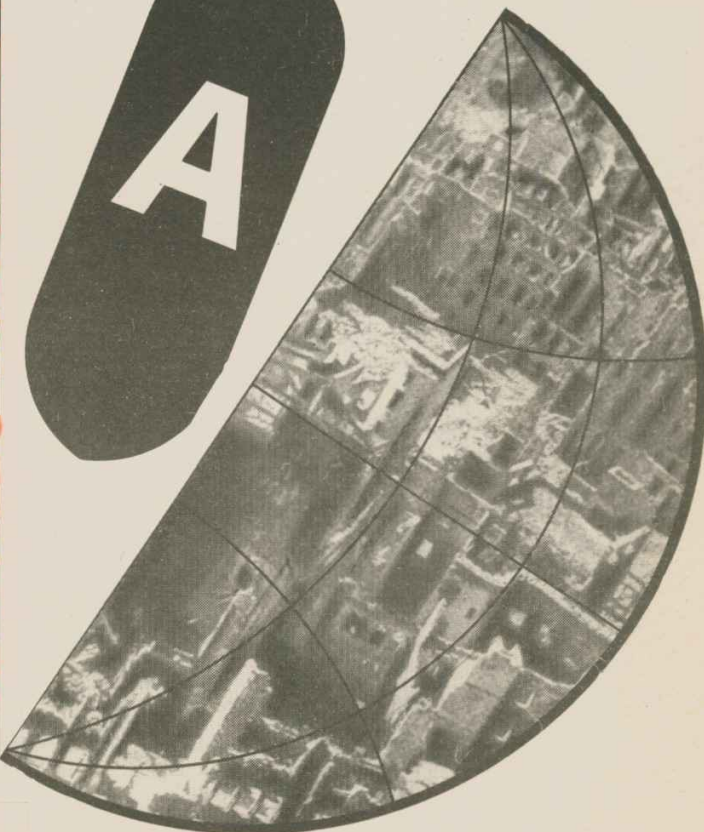
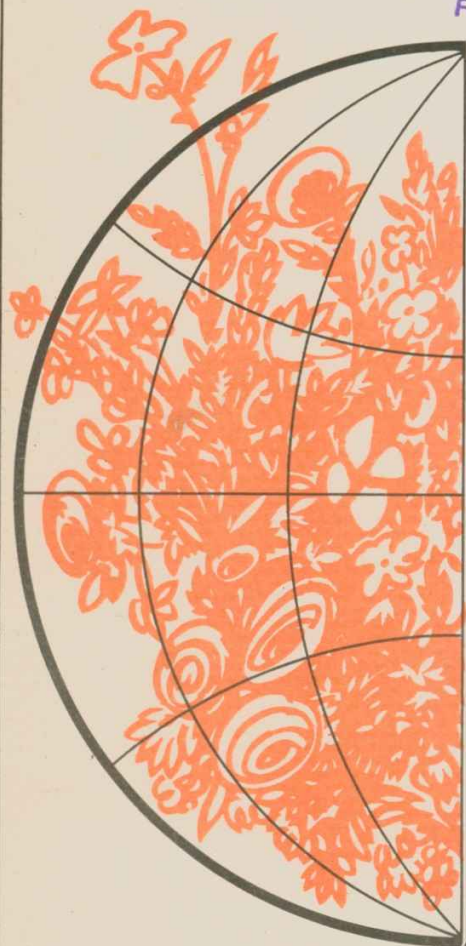
Datum

Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

NEIN!



14159-32 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101
PSF-72



Ein Hubschrauber beobachtet die Zemesbucht bei Noworossisk

SOWJETUNION IM BILD

An der Küste des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres gibt es viele beliebte Sanatorien und Erholungsheime. Hunderttausende sowjetische Menschen und viele Ausländer verbringen dort einen Traumurlaub. In der 150 m dicken Oberschicht des Schwarzen Meeres siedeln mikroskopisch kleine Algen,

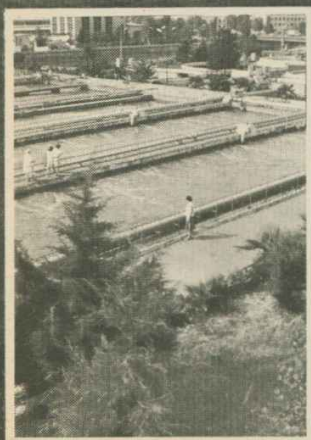
die wie eine „Riesenlunge“ Wasser und Luft mit Sauerstoff anreichern.

Doch das Meer selbst verlangt auch ständige Aufmerksamkeit. Mit ökologischen Fragen befaßt sich die Wassernutzungs- und Umweltschutzverwaltung des Asowschen und des Schwarzen Meeres. Hydrochemische Labors messen regelmäßig den Reinheitsgrad des Wassers. Kutter, Hubschrauber und Flugzeuge beobachten ständig die Wasseroberfläche und warnen rechtzeitig vor gefährlichen Symptomen.

Ein umfassender Komplex von Maßnahmen gegen Wasserverschmutzung wird verwirklicht. Die Einleitung von Abwässern ist verboten. Die Betriebe der Küstenstädte sind entweder zu wasserlosen Technologien übergegangen oder mit leistungsstarken Kläranlagen ausgerüstet. Spezialschiffe verfügen über Kollektionierungsanlagen für ölverschmutztes Wasser. Die Verwendung von Chemikalien auf den bewässerten Feldern in der Uferzone wird strikt kontrolliert.

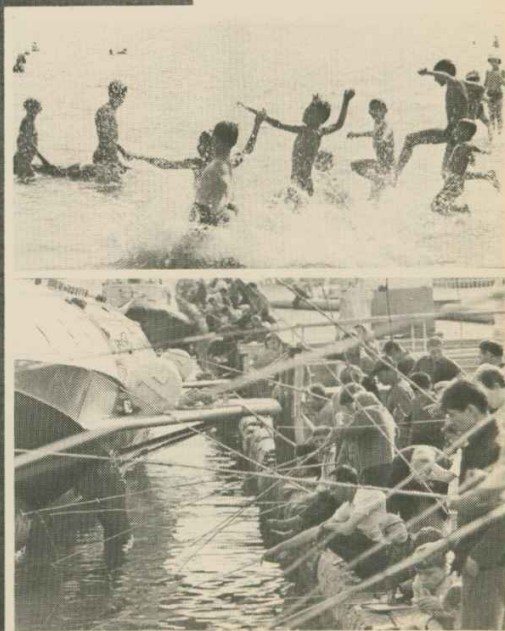
... Im antiken Griechenland hieß das Schwarze Meer das „Gastfreundliche Meer“. In der UdSSR wird heute alles getan, damit es diesen Namen auch weiterhin zu Recht trägt.

Fotoreportage:
A. Borissow



Kläranlagen des Kurorts Sotschi

Badefreuden,
Anglerfreuden



NICHT NUR EIN FEST

Man kann sich schwer vorstellen, daß jemand innerhalb oder außerhalb Europas nicht mit der glänzenden Idee einverstanden wäre, die Leonid Breschnew in seinen kürzlichen Antworten auf Fragen der „Prawda“-Redaktion ausgesprochen hat. Der Tag, an dem die KSZE-Schlußakte unterzeichnet wurde, soll zum Tag Europas erklärt werden. Die Völker anderer Kontinente haben ihre denkwürdigen Tage. Auch Europa hat einen verdient. Am 1. August soll es jedes Jahr des Tages im Jahre 1975 gedenken, der der friedlichen Entwicklung dieses alten Kontinents und damit der ganzen Welt, in der alle Kontinente eng miteinander verbunden sind, neue Dimensionen gegeben hat.

Ältere Leute erinnern sich, daß dieser Tag vor noch nicht langer Zeit etwas anderem galt: Am 1. August 1914 begann der erste Weltkrieg, der eine der schwersten Erschütterungen für Europa darstellte. In den 30er Jahren wurde der 1. August zum Internationalen Antikriegstag erklärt, und einem Ruf der fortschrittlichen Organisationen folgend, demonstrierten die Massen gegen einen Krieg und für die Gewährleistung des Friedens. Jetzt aber kann sich Europa nicht nur seines Antikriegskampfes aus früheren Jahren rühmen, sondern hat in diesem Kampf nach dem zweiten Weltkrieg Greifbares erreicht. Es besitzt die KSZE-Schlußakte, von Leonid Breschnew treffend als „Botschaft jener Generation“ bezeichnet, „die die Schrecken des zweiten Weltkrieges erlebt hat, an jene, denen das **allererste Recht** des Menschen — das Recht auf Leben, auf Frieden zuverlässig gewährleistet werden muß“.

Sinnvoll soll der Tag Europas nicht nur als Würdigung der Unterzeichnung der Schlußakte sein. An diesem Tag soll der Ruf an Europa ergehen, konkrete Schritte zu unternehmen, damit die Entspannung und der Frieden fest und unerschütterlich sind.

Solche Schritte sind jetzt mehr denn je notwendig. Wenn es richtig ist, daß die Entspannungspolitik ihr Auf und Ab haben kann, so haben die Gegner der Entspannung jetzt etwas Widernatürliches vor: Sie wollen das „Ab“ zu einer bleibenden Erscheinung machen. Diesen absurden Zweck haben die in den USA entfesselte neue Runde im Wettrüsten, die Versuche, die gesamteuropäische Zusammenarbeit in Politik und Wirtschaft zu torpedieren, und die Ab-

sicht, statt der zehn Prinzipien von Helsinki „Boykotte“ und „Repressalien“ im politischen Leben Europas einzubürgern, einen Erfolg der bereits laufenden Verhandlungen über eine Eindämmung des Wettrüstens zu vereiteln und die Aufnahme von Verhandlungen in anderen Bereichen zu verhindern. Deshalb muß man jetzt das in Helsinki für Europa aufgestellte Programm immer wieder ins Gedächtnis rufen, und nicht nur das, man muß es erweitern. Bestehen Möglichkeiten dazu?

Das wird nicht nur in der Welt des Sozialismus bejaht. So sagte neulich über den in Helsinki angelaufenen Prozeß Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, ein hervorragender Politiker des Westens, dieser Prozeß sei der „funktionsfähige Rahmen für die sachliche Regelung von Konflikten ... und kann damit als ein bisher einzigartiges Modell der regionalen Friedenssicherung gelten“. Wir fügen hinzu: In erster Linie muß dieses Modell in Europa selbst angewandt werden.

Gerade in Europa müssen die in Helsinki aufgestellten Prinzipien für die politische und militärische Entspannung schöpferisch fortentwickelt werden. Als nächstes ist dafür zu sorgen, daß das Madrider Treffen konstruktiv verläuft und zum Abschluß gelangt. Dort muß eine gegenstandslose Diskussion vermieden werden, wie sie dem vorigen Treffen in Belgrad von den USA aufgezwungen wurde, und es muß einen Fortschritt im Bereich der militärischen Entspannung herbeiführen. Der Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten, in Madrid eine Konferenz über die militärische Entspannung und die Abrüstung in Europa zu vereinbaren, weist vorwärts und findet immer mehr Zustimmung.

Bei den sozialistischen Ländern sind Worte und Taten eins. Zwar ist der Tag Europas noch nicht proklamiert, die UdSSR hat den 1. August 1980 aber schon mit einem wichtigen friedensfördernden Akt begangen: mit dem Abschluß des schon 1979 bekanntgegebenen einseitigen Abbaus der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa. Aus der DDR sind 20 000 Mann, 1000 Panzer und andere Kriegstechnik abgezogen worden. Die UdSSR ist also nicht nur bereit, den Tag Europas zu feiern, sondern auch in seinem Sinne etwas zu tun. Dieser Art sind auch andere wichtige Initiativen der UdSSR: zu Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen in engem Zusammenhang mit Verhandlungen über die amerikanischen nuklearen forward-based-systems; ebenso der neue Vorschlag bei den Wiener Truppenabbaugesprächen.

Wir wollen die jetzige internationale Situation keineswegs beschönigen. Sie ist explosiv. Aber gerade das muß ein Ansporn sein, konstruktive Maßnahmen zur Entspannung zu treffen. Wenn die Staatsmänner Europas, wie wir hoffen, in Madrid den Tag Europas verkünden werden, soll unser Kontinent den Beschluß mit einem gefestigten Frieden begehen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 32 AUGUST 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Nicht nur ein Fest	1
Antworten L. I. Breschnew auf Fragen der „Prawda“	5
N. Schischlin — Gemeinsames Ziel: Festigung des Friedens	5
I. Dymowa — Von der ersten Stunde an	7
K. Borissow — Unter zuverlässige Kontrolle	8
B. Gupta — Kurs in die Zukunft (Interview)	9
K. Karagesian — Sowjetunion—Bundesrepublik. Bewährte Zusammenarbeit	10
Biographisches: Vigdis Finnbogadóttir	10
D. Sgerski — Am Pranger	11
G. Rjabow — Vorzüglich gearbeitet	12
I. Trofimowa — Konfrontation oder Einvernehmen!	12
L. Mironow — Ramadan in Kabul	14
Notizen ♦ Glossen	16
B. Sarizki — Milliarden, die nach Pulver riechen	18
W. Boikow — „Vergessene“ Arsenale	20
A. Baryschew — Bolivien. In schwerer Stunde	23
J. Lawrow — Debatten in Brüssel	24
J. Botschkarjow — Iran—USA. Tiefe Kluft	25
L. Besymenski — Olympisches Examen	27
R. Alexandrow — DDR. Solidarität für den Fortschritt	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Bewegung der Menschen guten Willens, die gegen das Wetrüsten, für Frieden und Sicherheit der Völker eintreten, wird immer stärker. Auf Appell des Weltfriedensrates findet eine Aktionswoche für ein Verbot der Kernwaffen und die Solidarität mit den Opfern des Abwurfs amerikanischer Atombomben statt. Mit immer größerem Nachdruck verlangen die Menschen, die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen.

Titelbild: O. Winogradow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 31. Juli trafen Leonid Breschnew und Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PVAP, der seinen Urlaub in der Sowjetunion verbringt, auf der Krim zusammen. Sie informierten einander über die Lage in ihren Ländern und über die Probleme, an deren Lösung die KPdSU und die PVAP arbeiten. Leonid Breschnew und Edward Gierek hatten ferner einen Meinungsaustausch über die wichtigsten Fragen der kommunistischen Weltbewegung. Hierbei wurde die zunehmende Bedeutung solidarischer Aktionen der Kommunisten sowie der anderen progressiven und friedliebenden gesellschaftlichen und politischen Strömungen im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt betont.

Am 4. August trafen Leonid Breschnew und Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der RKP und Präsident der SR Rumänien, auf der Krim zu einem freundschaftlichen Treffen zusammen. Sie hatten einen Meinungsaustausch über den Stand und die Aussichten für die Entwicklung der sowjetisch-rumänischen Beziehungen, die schon seit langem breiten und grundlegenden Charakter haben. Beide Staatsmänner bekundeten die Bereitschaft, auch in Zukunft die Entspannung zu verteidigen, das Vertrauen zu festigen und den politischen Dialog zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme weiterzuentwickeln, die Friedenspolitik fortzuführen und die Rechte aller Völker auf unabhängige Entwicklung zu verteidigen. An dem Treffen nahmen Andrej Gromyko und Ștefan Andrei, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Außenminister der SR Rumänien, teil.

Leonid Breschnew telefonierte am 30. Juli von der Krim aus mit FKP-Generalsekretär Georges Marchais, der sich als Olympiagast in Moskau aufhielt. Leonid Breschnew und Georges Marchais konstatierten voller Genugtuung die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der FKP auf der neuen Grundlage, die bei dem Treffen der beiden Parteien im Januar festgelegt wurde. Sie bekräftigten das Streben, diesen Weg im Interesse der Völker der Sowjetunion, Frankreichs und des Weltfriedens weiterzugehen.

Am 2. August kamen Leonid Breschnew und der Generalsekretär der Portugiesischen KP, Alvaro Cunhal, auf der Krim zu einem Treffen zusammen. Leonid Breschnew und Alvaro Cunhal betonten, daß die Geschlossenheit der



Moskau, den 3. August. Im Zentralen Lenin-Stadion während der feierlichen Abschlußveranstaltung der Olympiade 80.

Foto: S. Smirnow und A. Steschanow

kommunistischen und Arbeiterparteien als eine wichtige Voraussetzung für die Aktivierung der internationalen Öffentlichkeit und die Organisation wirksamer Manifestationen für Frieden und Entspannung zusammen mit den anderen demokratischen Kräften konsolidiert werden muß.

Die Antworten Leonid Breshnews auf Fragen der „Prawda“ zum 5. Jahrestag der Helsinki-Konferenz wurden am 30. Juli in der sowjetischen Presse veröffentlicht (siehe S. 5).

Am 30. Juli wurde offiziell die Unabhängigkeit der Neuen Hebriden, eines früheren englisch-französischen Kondominiums, proklamiert. Ein neuer Staat entstand — die Republik Vanuatu. Leonid Breshnew richtete an den Präsidenten der Republik, Ati George Sokamanu, eine Grußbotschaft, in der er erklärte, daß die UdSSR die Republik Vanuatu als unabhängigen souveränen Staat anerkennt und bereit ist, diplomatische Beziehungen zu ihr aufzunehmen.

Im ZK der KPdSU trafen am 28. Juli Andrej Kirilenko, Boris Ponomarjow und Rostislaw Uljanowski, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit Rajeswara Rao, Generalsekretär des Nationalrates der KP Indiens, und Indrajita Gupta, Sekretär des Nationalrates der KP Indiens, zusammen.

Am 4. August trafen Boris Ponomarjow und Rostislaw Uljanowski, stellvertre-

tender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, in Moskau mit dem SWAPO-Präsidenten, Sam Nujoma, zusammen. Die Vertreter der KPdSU bekundeten ihre Solidarität mit dem Kampf der SWAPO gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, für ein unabhängiges, demokratisches und einheitliches Namibia. Die Teilnehmer des Treffens verurteilten entschieden die Aggressionsakte der RSA-Rassisten gegen die VR Angola.

Die UdSSR schloß zum 1. August den Rückzug eines bis zu 20 000 Mann starken Truppenkontingents, von 1000 Panzern sowie anderer Kampftechnik vollständig aus der DDR ab, wie es Leonid Breshnew in seiner Erklärung vom 6. Oktober 1979 angekündigt hatte. Der Abzug war am 5. Dezember v. J. eingeleitet worden.

Am 28. Juli wurde der Präsident Perus, Fernando Belaúnde Terry, vereidigt und nahm die Amtsgeschäfte auf. Er empfing die sowjetische Delegation zu seiner feierlichen Amtseinführung. Delegationsleiter Michail Georgadse, Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets, übergab F. Belaúnde Terry eine persönliche Botschaft Leonid Breshnews.

Am 31. Juli landete die internationale Besatzung — Fliegerkosmonaut der UdSSR, Viktor Gorbalko, und der vietnamesische Forschungskosmonaut Pham Tuan. Für die erfolgreiche Durchführung des Raumfluges und den dabei gezeigten Mut verlieh das Präsidium des Obersten Sowjets der

UdSSR Viktor Gorbalko den Leninorden und erkannte Pham Tuan den Titel eines Helden der Sowjetunion mit Überreichung des Leninordens und der Medaille „Goldener Stern“ zu (siehe S. 12).

Am 31. Juli tagte der Genfer Abrüstungsausschuß. Im Mittelpunkt stand der von den Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens vorgelegte Bericht über den Stand der Verhandlungen, bei denen ein Vertrag über ein umfassendes und allgemeines Verbot der Kernwaffentests erarbeitet werden soll.

Der Weltfriedensrat gab eine Erklärung ab, in der die neue Welle des Terrors verurteilt wird, die das Pinochetregime gegen die chilenischen Demokraten entfesselt hat.

Vom 31. Juli bis 3. August hielt sich der mexikanische Präsident José López Portillo zu einem offiziellen Besuch auf Kuba auf. Er führte Gespräche mit Fidel Castro, bei denen Fragen der weiteren fruchtbaren Entwicklung der bilateralen Beziehungen, regionale und internationale Probleme von beiderseitigem Interesse erörtert wurden.

Die Oberste Volksversammlung der KVDR richtete an die Parlamente aller Länder einen Brief wegen der Zuspitzung der Lage auf der Halbinsel Korea. Die Oberste Volksversammlung verwies darauf, daß das Seouler Regime und seine amerikanischen Beschützer die Hauptverantwortung dafür tragen. Die Oberste Volksversammlung verlangt die Beendigung der Einmischung äußerer Kräfte in die inneren Angelegenheiten Koreas, den schnellstmöglichen Abzug aller ausländischen Trup-

pen aus dem Süden des Landes. Das koreanische Volk muß über die Wiedervereinigung seiner Heimat selbst entscheiden. In dem Antwortbrief bekundeten Alexej Schitnikow und Vitalijs Rubens, die Vorsitzenden der beiden Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR, die volle Unterstützung für die Bemühungen der KVDR-Regierung zu einem Abbau der Spannungen auf der Halbinsel Korea.



Die US-Administration forciert die Entwicklung neuester chemischer und bakteriologischer Waffen. Unser Bild: Verladung chemischer Giftstoffe auf einem Flughafen im Bundesstaat Maryland

Foto: AP-TASS

Gus Hall, Generalsekretär der KP der USA, und Angela Davis, Mitglied des ZK der KP der USA, wurden im Bundesstaat Illinois als Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten registriert. Für sie waren über 37 000 Unterschriften gesammelt worden (25 000 reichen zur Aufnahme in die Wahlliste).

Am 30. Juli ging die UNO-Weltfrauenkonferenz anlässlich des Jahrzehnts der Frau zu Ende. Die Konferenz nahm ein Aktionsprogramm für die zweite Hälfte des Jahrzehnts an.

Am 29. Juli verabschiedete die 7. außerordentliche Sondervollversammlung der UNO mit überwältigender Mehrheit eine Resolution für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Bildung eines eigenen unabhängigen Staates (siehe S. 11).

In New York fand auf der Tagung des UNO-Sonderausschusses für den Indischen Ozean eine Diskussion über konkrete Aspekte der Schaffung einer Friedenszone statt. Im Mittelpunkt standen Fragen der ausländischen Militärpräsenz, der atomaren Waffen und der Sicherheit. Der sowjetische Vertreter Lew Mendelewitsch erklärte, daß eine realistische Einstellung zu einem Ab-

bau der militärischen Spannungen im Indischen Ozean verlangt, eine Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte zu vereinbaren und die ausländische Militärpräsenz stark zu reduzieren.

Am 2. und 3. August fand die Tokioter Etappe der Internationalen Konferenz für ein Verbot der Kernwaffen statt, an der Vertreter der Öffentlichkeit aus 26 Ländern und von 8 internationalen Organisationen teilnahmen. Der Konferenz folgten Kundgebungen, Friedensmärsche, religiöse und andere Zeremonien in Hiroshima und Nagasaki anlässlich des 35. Jahrestags des Abwurfs amerikanischer Atombomben.

Am 30. Juli verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das das annektierte Jerusalem zur „einheitlichen und unteilbaren“ Hauptstadt Israels erklärte. Dieser provokatorische Willkürakt rief Proteste bei der demokratischen Öffentlichkeit in der arabischen Welt und in vielen anderen Ländern hervor.

Am 2. August verübten Neofaschisten einen Sprengstoffanschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna. Dabei kamen ca. 80 Menschen ums Leben, an die 200 wurden verletzt. Präsident Pertini und viele Regierungsmitglieder trafen in der Stadt ein. Das neue entsetzliche Verbrechen der Neofaschisten entfesselte einen Proteststurm. Für den 4. August riefen die Gewerkschaftsverbände aus Protest einen Generalstreik aus.

Am 2. und 3. August besuchte UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim Hanoi. Er führte Gespräche mit SRV-Außenminister Nguyen Co Thach und wurde vom Premierminister der SRV-Regierung, Pham Van Dong, empfangen. Am 4. August traf Kurt Waldheim zu einem vierwöchigen Aufenthalt in Bangkok ein.



In Budapest tagte das Präsidium des Weltfriedensrates. Die Teilnehmer aus fast 80 Ländern erörterten Fragen der Entspannung und der Bewahrung des Friedens, des Kampfes gegen das Welterben und die Kriegsgefahr

Foto: MTI-TASS

In letzter Zeit wird die hysterische Kampagne der US-Imperialisten gegen die UdSSR und die anderen friedliebenden sozialistischen Länder intensiviert. Die Imperialisten zeigen sich unzufrieden über die Entwicklung in verschiedenen Weltregionen. Doch die Untaten des US-Imperialismus, der sein globales Stützpunktnetz immer enger ziehen will, sind allgemein bekannt. Die Wunden des Krieges, den der US-Imperialismus gegen die Völker Südostasiens führte, bluten immer noch.

Assam Heidhar HUSSEIN
Scheich Osman, VDRJ

Die bürgerlichen Propagandaorgane suchen die Stationierung der amerikanischen Cruise Missiles in Westeuropa zu rechtfertigen, und der Durchschnittsbürger hat es schwer, sich da zurechtzufinden. Wenn sich dort bereits 8000 Atomsprengköpfe befinden, dann machen ja angeblich weitere 600 den Kohl nicht fett, und man könnte dann auch dem aufdringlichen „Verteidiger“ von jenseits des Atlantik nachgeben. Doch bevor man der Aufstellung qualitativ neuer Raketen zustimmt, muß man sich die Folgen vergegenwärtigen. Wer in Westeuropa will, daß unser Kontinent erneut von der Flamme des Krieges erfaßt wird, wobei Amerika wie gehabt nur den Beobachter spielt? Ist denn der falsche „Atomalarm“, der in den USA immer häufiger ausgelöst wird, nicht besorgniserregend?

J. NARISHNIAK
Norilsk, RSFSR

Die Expansionspolitik Chinas stellt eine immer größere Gefahr für den Weltfrieden dar. Sie bremst die nationale Befreiung der Länder der dritten Welt und spaltet die internationale Arbeiterbewegung. Die chinesische Aggression gegen die Länder Indochinas, die endlosen Ausfälle Pekings gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, die Unterstützung für volksfeindliche, reaktionäre Regimes in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie für die afghanische reaktionäre Emigration — all das zeigt, daß die Pekinger Führung sowohl das chinesische Volk als auch die unterdrückten Völker anderer Länder verraten hat.

Ratsivahiny GAMA
Antananarivo, Madagaskar

ANTWORTEN L. I. BRESHNEWS auf Fragen der „Prawda“

Frage: Wie bewerten Sie im Zusammenhang mit dem 5. Jahrestag der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa den Einfluß der Schlußakte von Helsinki auf die Entwicklung in Europa?

Antwort: Die Bewertung dieser Konferenz und ihrer Ergebnisse durch die Sowjetunion ist eindeutig. Sie ist positiv. Unter den Bedingungen der komplizierter gewordenen internationalen Situation wird die Bedeutung der Ergebnisse von Helsinki nicht geringer, sondern nimmt noch zu.

Mit Bewegung erinnere ich mich an den Nachmittag des 1. August 1975. Damals nahmen die Führer von 33 europäischen Staaten, der USA und Kanadas im „Finlandia“-Kongreßpalast nebeneinander an einem Tisch Platz und bekräftigten die Schlußakte durch ihre Unterschriften. Das war ein Tag großer Hoffnungen für die Völker. Das war auch ein Tag des realistischen Ausblicks in die Zukunft, nicht ohne Sorge darum, wie sie sich in 5 Jahren oder in einem Jahrzehnt gestalten würde.

Heute ist es noch klarer, daß das Zustandekommen der Schlußakte ein großes Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Europas war, das weite Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung eröffnet, der dieses Dokument dienen soll.

In meiner Rede vor dem Forum der Helsinki-Konferenz wurde betont, daß ihre Beschlüsse nicht beim ersten Unwetter erschüttert werden dürfen. Wir haben mehr als einmal gemahnt, und dann hat sich bestätigt: In der Entspannungspolitik kann es auch Ebbe und Flut geben. Dennoch kann man die Schlußakte zu Recht mit einem guten Wellenbrecher vergleichen, der all dem widersteht, was die Pfeiler der Entspannung unterspült.

Frage: Sind Sie der Meinung, daß die Schlußakte auch künftig einen positiven Einfluß ausüben wird?

Antwort: Ja, der Meinung bin ich.

Dieses Dokument ist einmalig wie auch die gesamteuropäische Konferenz selbst einmalig ist. Ich würde sagen: Das ist eine Botschaft jener Generation, die die Schrecken des zweiten Weltkrieges erlebt hat, an jene, denen das **allererste Recht** des Menschen — das Recht auf Leben, auf Frieden — zuverlässig gewährleistet werden muß.

Wenn wir die Entwicklung in Europa nicht unter dem Blick des gegebenen Moments, sondern in der historischen Perspektive betrachten, so gibt es von Helsinki kein Zurück. Die Schlußakte wie auch die UNO-Charta erleichtert den Übergang der menschlichen Zivilisation auf neue, höhere Ebenen in den internationalen Beziehungen.

Deshalb könnte der Tag der Unterzeichnung der Schlußakte zum „Tag Europas“ werden, so wie die Völker anderer Kontinente ihre Gedenktage haben. Dieser Tag ist jedoch nicht nur ein Fest. Er ist zugleich ein Appell, Entspannung und Frieden zu festigen.

Die nächste Aufgabe besteht jetzt darin, das Madrider Treffen von Vertretern der Teilnehmerländer der gesamteuropäischen Konferenz durchzuführen und mit gewichtigen Resultaten abzuschließen, die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa zu gewährleisten. Die Sowjetunion ist bereit, zur Arbeit dieser beiden Foren einen würdigen Beitrag zu leisten.

Das Wichtigste ist, Wege zur Eindämmung der Kriegsgefahr jetzt und in Zukunft für Europa und folglich für die ganze Welt zu finden. Es ist jedoch unmöglich, diese Aufgabe ohne reale Fortschritte auf dem Gebiet der Einschränkung des Waffrustens zu lösen.

Entspannung, Zusammenarbeit, Sicherheit — das ist die Generallinie unserer Partei und des Sowjetstaates in der Europa- wie auch in der Weltpolitik.

GEMEINSAMES ZIEL: FESTIGUNG DES FRIEDENS

Nikolai SCHISCHLIN

Die Krim-Treffen Leonid Breshnews mit den Führern von Bruderparteien und -ländern sind bereits Tradition.

Auch in diesem Sommer fanden sie statt. Sie haben überall besonderes Interesse gefunden, und das ist verständlich. Die kurzen, aber gehaltvollen offiziellen Mitteilungen zeigen, daß bei diesen Treffen erst-rangige Fragen erörtert werden: das Zusammenwirken der sozialistischen Staaten beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau und die Koordinierung ihrer internationalen Aktivitäten.

Die Bedeutung der engen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder nimmt zu, je reicher und stärker sie werden. Das Ergebnis ist die Vertiefung ihrer Verbindungen auf allen

Ebenen. Vieles zeugt davon: die langfristigen Zielpprogramme der Zusammenarbeit, die alle Bereiche der materiellen Produktion umfassen, bilaterale Programme der Spezialisierung und Kooperation zwischen der UdSSR und mehreren anderen RGW-Ländern, die genaue gegenseitige Abstimmung der Volkswirtschaftspläne für die bevorstehenden fünf Jahre, die ständige Erweiterung der Kulturkontakte, die planmäßige Zusammenarbeit auf parteilicher, staatlicher und gesellschaftlicher Grundlage.

Immer enger wird die Außenpolitik der sozialistischen Staaten koordiniert. Sie wird auf nationalem Boden gestaltet und spiegelt die nationalen Interessen des jeweiligen Staates wider. Aber die sozialistischen Länder haben ein gemeinsa-

mes Ziel: den Frieden zu festigen, die Entspannung zu fördern und das Recht der Völker auf freie, unabhängige Entwicklung zu behaupten.

Daß die Entspannung unteilbar ist, gilt fast als Axiom. Man hört diese Formel von Politikern, die unterschiedliche Ansichten vertreten. Selbst US-amerikanische Spitzenpolitiker äußern sich bisweilen in diesem Sinne. Wenn aber etwas in der internationalen Entwicklung dem offiziellen Washington nicht paßt, wenn z. B. in einem Land soziale Wandlungen eintreten, die den USA nicht genehm sind, wenn eine akute Situation entsteht, wendet sich das Weiße Haus ganz offiziell gegen alle Schritte, die der politischen oder militärischen Entspannung dienen.

Wohin eine solche Auffassung von

der Unteilbarkeit der Entspannung führt, ist klar. Wir alle sind ja Zeugen der gefährlichen Steigerung der Spannungen, die sich schon Ende der 70er Jahre angedeutet hat.

Nach Ansicht der sozialistischen Staaten muß die Entspannung universal werden, d. h. sich auf alle Regionen erstrecken und alle Länder einbeziehen. Die politische Entspannung muß durch Maßnahmen der militärischen Entspannung ergänzt werden. Bei dieser Auffassung kommt jeder Erfolg des Friedens wo auch immer der gesamten Weltpolitik zugute und erleichtert die nächsten Schritte zur Festigung der internationalen Sicherheit.

Bei der Koordinierung ihrer außenpolitischen Aktionen gehen die sozialistischen Staaten in jeder konkreten Situation von den Interessen des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker aus.

Die Einstellung des Wettrüstens ist unbestreitbar das Problem unserer Tage schlechthin. Heute wird im Grunde darüber entschieden, ob eine neue Runde des Wettrüstens erfolgt oder nicht.

Die Position der sozialistischen Länder ist bekannt. Konsequenter und beharrlicher setzen sie sich dafür ein, das Niveau der militärischen Konfrontation zu senken und die Militärausgaben entschieden zu kürzen. Dieser Standpunkt der sozialistischen Staaten findet seinen Niederschlag in ihren konkreten Vorschlägen zum gesamten Komplex der Abrüstungsprobleme und ist auch in der Warschauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses vom Mai d. J. dargelegt.

Die Ausgangsposition könnte folgendermaßen formuliert werden: Es gibt keine Rüstungen, die die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten nicht zu begrenzen bzw. zu liquidieren bereit wären, wenn das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit strikt eingehalten wird.

Die UdSSR fand sich bereit, mit den USA den SALT-II-Vertrag zu schließen, der bekanntlich die Systeme der strategischen Offensivwaffen betrifft. Der Vertrag ist noch nicht in Kraft getreten, und die Verantwortung dafür tragen nur die herrschenden USA-Kreise.

Die UdSSR tritt entschieden für die Begrenzung und Einschränkung der Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite ein. Wir wollen daran erinnern, daß die UdSSR noch vor dem Raketenbeschluß der Brüsseler NATO-Ratstagung Verhandlungen über solche Waffen vorschlug. Mehr noch, sie erklärte damals, daß sie bereit ist, ihre eigenen nuklearen

Mittelstreckenraketen im westlichen Teil der UdSSR einzuschränken.

Doch setzten sich die NATO-Länder über diesen Vorschlag hinweg und nahmen Kurs darauf, ihre Bewaffnung durch die USA-Raketen „Pershing“ und „Tomahawk“ aufzufüllen. Um die entstandene Sackgasse zu überwinden, brachte die UdSSR einen neuen Vorschlag ein: über Mittelstreckenraketen in organischem Zusammenhang mit den amerikanischen forward-based-systems zu verhandeln. Die eventuellen Vereinbarungen könnten nach Inkrafttreten von SALT II realisiert werden.

Das offizielle Washington nannte die sowjetischen Vorschläge „ernst“, hat aber praktisch bis heute nicht eindeutig darauf reagiert. Es sieht so aus, als wollten die USA ihre einschlägigen Systeme aus den Verhandlungen ausklammern, obwohl sie zweifellos zu den Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite gehören. Überhaupt beeilt sich Washington nicht, eine konkrete Antwort auf die sowjetischen Vorschläge zu geben. Im Wahlkampf 1980 ist in den USA „Härte“ Trumpf.

Die Verteidigungsfähigkeit der Staaten ist gewiß wichtig. Aber die USA-Politiker sollten auch daran denken, daß erstens alle Versuche, die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen, illusorisch sind und daß zweitens die Sicherheit der Staaten dann besser gewährleistet ist, wenn die Militärausgaben gekürzt und die dabei gewonnenen Mittel auf gegenseitiger Grundlage für friedliche Zwecke bereitgestellt werden.

Die UdSSR und ihre sozialistischen Bündnispartner sind bereit, auch ihre konventionellen Waffen abzubauen. Ein Beweis dafür ist die Verwirklichung des sowjetischen Beschlusses, einseitig die sowjetischen Truppen in Mitteleuropa zu reduzieren. Bis zum 1. August waren 20 000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer und andere Militärtechnik aus der DDR abgezogen. Wohlgeachtet: einseitig.

Im Grunde hat die UdSSR den Vorschlag der USA und ihrer Bündnispartner bei den Wiener Truppenabbaugesprächen angenommen, auf der ersten Etappe aus diesem Raum 20 000 sowjetische (das bereits abgezogene Kontingent nicht mitgerechnet) und 13 000 amerikanischen Militärangehörige abzurufen. Doch stellt sich heraus, daß dies den USA nun zu wenig ist. Dort sagt man, erst müsse man genau zählen, wie groß die Streitkräfte der UdSSR und der USA in Mitteleuropa seien. Dabei dürfte doch klar sein: Wenn bestimmte Kontingente abgezogen werden, nimmt die zahlenmäßige Stärke

der Streitkräfte nicht zu, sondern ab.

Es geht hier offensichtlich nicht um Zahlen, vielmehr um Politik, die Politik des Weißen Hauses: Einerseits bekundet man die Bereitschaft der USA, nach Wegen zu einem dauerhaften Frieden zu suchen, andererseits aber erklärt man, daß die USA die militärische Überlegenheit über die UdSSR haben müssen.

In Europa setzen sich die sozialistischen Länder mit aller Bestimmtheit für den Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit ein. Wenn heute zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas umfassende und aktive Kontakte auf verschiedenen Ebenen unterhalten werden, so ist es u. a. die wohlthuende Wirkung der vor 5 Jahren abgehaltenen Helsinki-Konferenz. Leonid Breschnew sagte: „Wenn wir die Entwicklung in Europa nicht unter dem Blick des gegebenen Moments, sondern in der historischen Perspektive betrachten, so gibt es von Helsinki kein Zurück. Die Schlußakte wie auch die UNO-Charta erleichtert den Übergang der menschlichen Zivilisationen auf neue, höhere Ebenen in den internationalen Beziehungen.“

An erster Stelle auf der europäischen Tagesordnung steht jetzt die Konferenz in Madrid. Die sozialistischen Länder rüsten dazu; davon zeugen die Krim-Treffen. Sie sind gewillt, zu erreichen, daß diese Konferenz sachlich und konstruktiv verläuft. Ein Fazit daraus, wie die Schlußakte erfüllt wird, kann und muß gezogen werden. Besonders wichtig ist es aber, neue, weitgehende praktische Maßnahmen zur Vertiefung der allseitigen friedlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten zu formulieren.

Ohne die friedliche Zusammenarbeit, ohne ihren Ausbau ist das Vertrauensklima undenkbar. Das Madrider Treffen wird einen großen Schritt zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa tun, wenn die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über die militärische Entspannung und die Abrüstung beschlossen wird.

Nahost. Die Gegensätze, die schon seit Jahrzehnten die Situation in diesem Raum explosiv machen, werden immer schärfer. Die Teilnehmer der Camp-David-Abmachung behaupten, daß sie diese Gegensätze wenigstens mildern. Das ist Betrug. Im Grunde gibt es im Nahen Osten keinen Frieden. Ihn kennen nicht Libanon, nicht das arabische Volk von Palästina und nicht die anderen arabischen Völker. Im Grunde kennt auch Israel keinen Frieden.

Dabei ist er möglich und erreichbar. Vor kurzem hat die UNO-Voll-

versammlung eine gerechte Nahostregelung befürwortet. Die Schlüsselfrage ist hierbei die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf die Schaffung eines eigenen Staates. Israel würde nur gewinnen, wenn es auf die Ergebnisse der Aggression verzichtete.

Südostasien. Hier ist die Situation äußerst labil. An die Stelle der USA-Aggression ist nun die überaus gefährliche Politik Pekings getreten, das ganz Indochina, ganz Südostasien unter seine Kontrolle nehmen möchte.

Der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ist es nicht gleichgültig, was in diesem Raum geschieht. Sie werden auch weiter Vietnam, Laos und Kampuchea energisch unterstützen. Die Stärkung von Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder ist wichtig, wenn die unveräußerlichen Rechte der Völker Indochinas behauptet, wenn die Sicherheit in Asien festgelegt werden sollen.

Bekanntlich sind Hanoi, Vientiane und Phnom Penh unmißverständlich dafür, die Probleme Südasiens durch Verhandlungen zu lösen. Vietnam z. B. schlug China wiederholt vor, die von der chinesischen Seite abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Im Juli forderte die Außenministerkonferenz dieser drei indochinesischen Staaten erneut alle Länder Südasiens auf, Anstrengungen zu unternehmen, diesen Raum zu einer Zone des Friedens und der Stabilität zu machen.

Iran. Heute hat man schon ein relativ vollständiges Bild dessen, wie Washington den Vorfall mit den amerikanischen Geiseln ausgenutzt hat. Das Bild ist düster: Aufstellung der Eingreiftruppe, Konzentration der USA-Militärmacht im Indischen Ozean und Persischen Golf, Ausbau von USA-Militärstützpunkten Tausende Meilen von den USA entfernt.

Der Weg Irans ist eine souveräne Angelegenheit seines Volkes. Doch steht es außer jedem Zweifel: Die Atmosphäre um Iran würde sich sofort entspannen, würde man sich in Washington an die allgemeingültigen Völkerrechtsnormen halten (und nicht nur andere darüber belehren)

und den groben Druck auf das Land und die Region — beide vom Weißen Haus willkürlich zu einer „Sphäre der Lebensinteressen der USA“ erklärt — einstellen.

Afghanistan. Die Vorschläge seiner Regierung vom 14. Mai weisen den Weg zu einer politischen Regelung der Situation um die DRA. Gutnachbarliche Beziehungen zu Pakistan und Iran, die Einstellung der Einschleusung konterrevolutionärer Banden nach Afghanistan und feste Garantien der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten der DRA würden die Lage unbedingt stabilisieren.

Bekanntlich unterstützt die UdSSR entschlossen die politische Regelung der Situation um Afghanistan, eine Regelung, in deren Rahmen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um nach Absprache mit Kabul die sowjetischen Truppenteile aus diesem Land abziehen.

Die Ergebnisse der Aprilrevolution in Afghanistan müssen eben als Fakt anerkannt werden. Dann wird das künstlich aufgebaute Problem „afghanische Ereignisse“ sehr bald in sich zusammenfallen. Die Märchen von einem eventuellen Vorstoß sowjetischer Divisionen nach Iran, dem Nahen Osten und zur Indikküste werden ja nicht einmal von ihren Erfindern geglaubt.

Die sozialistischen Länder, denen es bei der Koordinierung ihrer außenpolitischen Aktionen um die Verbesserung des politischen Weltklimas, um die Erhaltung und Festigung der Entspannung geht, sind dafür, den politischen Dialog und die Kontakte zwischen den Ländern unterschiedlichen sozialen Systems zu vertiefen und auszubauen. Deshalb schlagen sie vor, ein weltweites Gipfeltreffen abzuhalten. Dieser Vorschlag gilt.

In ihrer Außenpolitik haben die sozialistischen Länder keine anderen Ziele, als den Frieden zu festigen sowie zu erreichen, daß das Recht der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung voll respektiert wird. Sie vereinen ihre Anstrengungen und sind fest entschlossen, den Weg der Entspannung, der Vernunft und des guten Willens weiterzugehen.

NZ

KOMMENTAR

VON DER ERSTEN STUNDE AN

Es geschah in der Schlußphase des letzten Krieges. Begünstigt durch die siegreiche Offensive der Sowjetarmee, stürzten die patriotischen Kräfte Rumäniens das faschistische Regime, führten das Land aus dem Krieg gegen die UdSSR heraus und reihten sich in den gemeinsamen Kampf gegen Hitlerdeutschland ein. Die Waffenbrüderschaft unserer Armeen und Völker wurde mit Blut besiegelt. „Und es ist durchaus gesetzmäßig, daß das neue Rumänien, das Rumänien des Volkes, das in dieser Feuerprobe entstand, von Anfang an Beziehungen der Freundschaft zur Sowjetunion herstellte. Von Anfang an spürte es die allseitige kameradschaftliche Unterstützung des Sowjetlandes“, konstatierte Leonid Breschnew.

Vor 35 Jahren, am 6. August 1945, wurden diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und Rumänien aufgenommen. Und 1948, bald nach der Proklamation Rumäniens zur Volksrepublik, wurde der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen unseren Ländern unterzeichnet. Damals entfesselten die imperialistischen Kräfte eine wütende Verleumdungskampagne gegen die junge Republik und drohten ihr mit Einmischung. Der Vertrag stellte einen zuverlässigen Schutz dar.

Rumänien stützt sich beim Aufbau des Sozialismus auf die enge Zusammenarbeit mit der UdSSR. Noch vielseitiger wurden unsere bilateralen Beziehungen nach Unterzeichnung des neuen sowjetisch-rumänischen Vertrages von 1970.

Die bestimmende Rolle bei der Festigung der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit spielen die KPdSU und die RKP. Von besonderer Bedeutung sind die Treffen zwischen den führenden Politikern unserer Parteien. Hierbei werden die Hauptrichtungen der sowjetisch-rumänischen Beziehungen, Fragen der Festigung von Frieden und Sicherheit sowie Maßnahmen zur Zügelung des Waffrenstums erörtert.

Die allseitigen Beziehungen zwischen unseren Ländern beruhen auf der Grundlage der vollen Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils. Integration und Kooperation werden auf bilateralen Grundlage wie im Rahmen des RGW verläuft.

Die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen dient den Interessen beider Völker, der Sache des Sozialismus und der Festigung des Friedens.

I. DYMOWA

UNTER ZUVERLÄSSIGE KONTROLLE

Konstantin BORISSOW

Im Genfer Palais des Nations wird am 11. August die zweite internationale Konferenz eröffnet, die sich mit Auswirkungen des Atomsperrvertrages (anlässlich des zehnten Jahrestages seines Inkrafttretens) befassen wird.

Das Problem der Nichtweitergabe von Kernwaffen wurde erst in den 60er Jahren besonders akut, als sich der Kreis der „Schwellenstaaten“ erweiterte, d. h. der Länder, deren wissenschaftlich-technisches und wirtschaftliches Potential ihnen die Kernwaffenproduktion ermöglicht: Kanada, die BRD, Italien, Japan, Schweden, Spanien, die Schweiz, Israel, die Republik Südafrika u. a. — insgesamt schon an die 30 Staaten.

Die dynamische Entwicklung der Kernenergie hat außer ihren klaren Vorteilen auch potentielle Gefahren, da Plutonium als Nebenprodukt bei der industriellen Nutzung der Kernenergie für Atombomben verwandt werden kann.

1954 nahm in der UdSSR das erste Atomkraftwerk der Erde (5 MW) den Betrieb auf. Gegen Ende v. J. lieferten alle AKWs der Erde 122 000 MW, d. h. ca. 8% der Weltproduktion. Nach Schätzungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) werden bis zum Jahre 2000 20—27% der gesamten Stromerzeugungskapazitäten auf Atomkraftwerke entfallen. Die stürmische Entwicklung der Atomenergie ist bedingt durch den zunehmenden Energiebedarf, die steigenden Preise für die traditionellen Brennstoffe sowie die Entwicklung äußerst wirtschaftlicher und sicherer Reaktortypen. So wird ein gewöhnliches AKW nicht weniger als 1,5 Mio t Erdöl jährlich einsparen helfen.

Zugleich hat die Menge des Plutoniums, die unter den Garantien der IAEA steht, im Zeitraum 1972—1979 von 3 auf 68 t zugenommen, und Prognosen dieser Organisation zufolge kann zum Jahre 2000 die Jahresplutoniumproduktion in der ganzen Welt 1,5 Mio kg erreichen. Die Produktion einer Atombombe vom Hiroshima-Typ braucht aber nur 8 kg Plutonium. Gefährlich wäre es, wenn die Entwicklung der Kernenergie außer Kontrolle geriete.

Die Sowjetunion ergriff die Initiative, als sie verlangte, die Weitergabe der atomaren Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Der erste praktische Schritt war der Atomsperrvertrag, der im März 1970 in Kraft trat. Jetzt haben sich ihm schon 112 Staaten angeschlossen.

Obleich der Vertrag in den letzten Jahren seinen Geltungsbereich auswei-

ten konnte und sich ihm insbesondere einige Länder mit hochentwickelter Atomindustrie angeschlossen haben wie die BRD, Italien, Belgien, die Niederlande und Japan, bleiben bislang Atom-mächte wie Frankreich und China sowie eine Reihe von „Schwellenländern“ außerhalb. Zu ihnen gehören auch Südafrika, das durch seine rassistische Politik nicht nur Afrika, sondern die ganze Völkergemeinschaft provoziert, sowie Israel, dessen Aggressionspolitik ein akuter Konfliktherd im Nahen Osten ist. Immer häufiger wird gemeldet, daß Pakistan die Entwicklung eigener Kernwaffen vorantreibt. Eine Verwirklichung dieser Pläne würde zu einer schwerwiegenden Störung des Kräftegleichgewichts und zur Zunahme der Spannungen, vor allem in Südostasien, führen.

Wie nun hat der Atomsperrvertrag in den ersten zehn Jahren funktioniert, wie haben die Staaten ihre Verpflichtungen erfüllt?

Die Artikel I und II des Vertrages, seine Schlüsselbestimmungen, enthalten die „gegenseitigen Verpflichtungen“ der Nuklear- und der Nichtnuklearstaaten. In ihnen haben die Nuklearländer sich verpflichtet, niemandem Atomwaffen oder andere atomare Sprengköpfe zu überlassen. Die Nichtnuklearstaaten aber nahmen feierlich von der Produktion oder dem Erwerb solcher Waffen Abstand. Diese Verpflichtungen gewährleisten die Nonproliferation von Kernwaffen. In den vergangenen Jahren hat kein Signatarstaat weder vorsätzlich noch fahrlässig gegen diese eingegangenen Verpflichtungen verstoßen.

Das System der IAEA-Garantien hat sich voll bewährt. Im Jahresbericht 1979 der Behörde wird der Schluß gezogen, daß das Nuklearmaterial unter IAEA-Garantien entweder nur friedlich genutzt oder aber wie verlangt registriert wurde.

Gegen Ende v. J. schlossen 67 Signatarstaaten mit der IAEA Abkommen, wonach sie diesen Garantien all ihre nuklearen Aktivitäten unterstellen. Die IAEA übernahm ferner Garantien in weiteren elf Nichtsignatarstaaten, wobei die Kontrolle gemäß Abkommen außerhalb des Vertragsrahmens erfolgt. Gegen Ende 1979 kontrollierte die IAEA 700 Nukleareinrichtungen. Unterdes werden in einigen Ländern, insbesondere in Israel und der RSA, Reaktoren eingesetzt, die nicht von der IAEA kontrolliert werden.

Von großer Bedeutung für die Konsolidierung des Nonproliferationsregimes sind Maßnahmen, damit Nichtsignatarstaaten keine eigenen Kernwaffen entwickeln können. So ist also der Artikel strikt einzuhalten, der die Signatarstaaten verpflichtet, keinem Nichtnuklearstaat Spaltmaterial oder Spezialanlagen zu überlassen, wenn die erforderlichen Garantien auf diese Materialien und Anlagen nicht ausgedehnt werden. Im August 1974 wurde eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien, der BRD, Kanada u. a. erzielt. Anfang 1976 verpflichteten sich einige Hauptlieferländer von Nuklearanlagen, -material und -technologie (Signatar- wie Nichtsignatarstaaten), zur Festigung des Regimes der Nichtweitergabe beizutragen. Da die Beratungen der Exportländer in London stattfanden, wird diese Staatengruppe oft als „The London Club“ bezeichnet.

Der Atomsperrvertrag untersagt also den Nichtnuklearstaaten, Kernwaffen und andere Sprengköpfe zu entwickeln und zu produzieren, d. h. erlegt ihnen strenge Beschränkungen auf. Doch kann



Dieses Plakat des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) warnt vor einer unkontrollierten Entwicklung der Atomenergie.

das dazu führen, daß die Nichtnuklearstaaten bei der Nutzung bedeutender wissenschaftlicher Errungenschaften in Kernphysik und -technologie benachteiligt werden? Der Vertrag hat in den vergangenen zehn Jahren eine qualitativ neue Phase der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie eingeleitet. Die technische Hilfe der IAEA für die Entwick-

„NEUE ZEIT“

32-80

lungsländer wird immer umfassender. Seit Inkrafttreten des Vertrags hat der Umfang der Hilfe über die IAEA von 3,7 auf 17,5 Mio Dollar zugenommen.*

Die Sowjetunion, die diesem Aufgabenbereich der IAEA große Bedeutung beimißt, liefert auf Anforderung der Behörde Anlagen, Geräte und Materialien in die Signatarstaaten und unterstützt diese bei der Spezialistenausbildung durch Kurse in der UdSSR. Wir haben unseren freiwilligen Beitrag zum technischen Hilfsfonds der IAEA verstärkt: Von 1975 bis 1979 von 500 000 auf 750 000 Rubel.

Der Atomsperrvertrag ist nicht isoliert von anderen Rüstungskontrollmaßnahmen zu sehen. Dem Vertrag sind unmittelbar Völkerrechtsdokumente mit Sicherheitsgarantien für die Signatarstaaten angeschlossen. Im Juni 1968 bekundeten die UdSSR, die USA und Großbritannien im UNO-Sicherheitsrat ihre Absicht, den Rat unverzüglich tätig werden zu lassen, um einem nichtnuklearen Signatarstaat, der Opfer einer Aggression oder Objekt einer Aggressionsdrohung mit Kernwaffen wurde, entsprechend der UNO-Charta beizustehen.

Derartige Dokumente, im Völkerrecht als „positive Garantien“ bezeichnet, sollen die Sicherheit der nichtnuklearen Signatarstaaten verstärken. Doch viele dieser Staaten wollen, daß sich die Atomkräfte verpflichten, keine Nuklearwaffen gegen sie einzusetzen, d. h. „negative Garantien“ abgeben. Die Sowjetunion erklärte 1978 auf der Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung, sie werde nie Atomwaffen gegen Staaten einsetzen, die auf die Produktion und den Erwerb solcher Waffen verzichten und diese nicht auf ihrem Territorium haben. Die UdSSR ist bereit, diesbezügliche Sonderabkommen mit jedem Nichtnuklearstaat zu schließen. Sie hat alle anderen Mitglieder des „Nuklearklubs“ aufgerufen, entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Die UNO-Vollversammlung hat hierzu eine Grundsatzentscheidung getroffen, und jetzt ist diese zu verwirklichen.

Neue Anstrengungen müssen unternommen werden, um den Kreis der Signatarstaaten noch mehr auszuweiten, das System der IAEA-Garantien zu vervollkommen und die Kontrolle der Nuklearexporte zu verschärfen.

INTERVIEW

KURS IN DIE ZUKUNFT

Manche Ereignisse erlangen mit der Zeit immer größere Bedeutung. Dazu gehört auch der sowjetisch-indische Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit vom 9. August 1971.

Aus Anlaß dieses Jubiläums sprach unser ständiger Korrespondent Sergej Irodow mit Genossen Bhupesh Gupta, einem der angesehensten Politiker Indiens, dem Sekretär des Nationalrates der KP Indiens und Mitglied des Oberhauses.



Ich kann mich gut erinnern, wie begeistert der Abschluß des Vertrages von den Abgeordneten aufgenommen wurde. Nur wenige Parlamentarier vom rechten Flügel verstanden seine Bedeutung nicht gleich. Doch das Leben zerstreute all ihre Zweifel sehr schnell. Damals war die Lage auf dem Subkontinent alles andere als ruhig. Unser Land stand unter dem massiven nicht nur politischen Druck der US-Imperialisten und der Peking Hegemonisten. Man denke nur an den Aufmarsch der 7. US-Flotte im Golf von Bengalen, was eine direkte Bedrohung für die nationale Sicherheit Indiens darstellte. Die Situation wurde durch die anhaltende US-Aggression in Indochina nahe unserer Grenzen noch weiter kompliziert. In dieser Lage wurde der Vertrag zu einem starken Bollwerk gegen die imperialistischen und hegemonistischen Bestrebungen gegen Indien und den ganzen Subkontinent.

Am 9. August begeht das indische Volk ein weiteres denkwürdiges Datum. Vor 38 Jahren setzte unter der Losung „Fort aus Indien!“ die machtvolle anticolonialistische Massenbewegung gegen die britische Herrschaft ein. Trotz aller Unterschiede haben diese beiden Ereignisse nicht wenig gemein. Die Bewegung „Fort aus Indien!“ unter Mahatma Gandhi leitete die entscheidende Etappe der nationalen Befreiung ein. Die Traditionen des Kampfes gegen Reaktion und Imperialismus, für Unabhängigkeit und Fortschritt fanden ihren Niederschlag auch im Vertrag vom August 1971, der zur Festigung der nationalen Würde und der Selbständigkeit Indiens beitrug. Er führte zu einem bedeutenden Ausbau der sowjetisch-indischen Beziehungen. Dank der Hilfe und der gleichberechtigten

Zusammenarbeit mit der UdSSR entstand bei uns das feste Fundament des staatlichen Sektors, vieler Branchen der Schwerindustrie. Doch am sichtbarsten wurde unsere Zusammenarbeit bei der Entwicklung Indiens zur Raumfahrtnation. Die ersten indischen Satelliten Aryabhata und Bhaskara wurden mit Hilfe sowjetischer Trägerraketen gestartet.

Zum Vergleich ein anderes Beispiel... 1954 wurde zwischen Indien und China ein Abkommen unterzeichnet, das die berühmten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, bekannt als die Pancha-Schila-Prinzipien, enthielt. Doch als diese dann verwirklicht werden sollten, wurde deutlich, daß die Peking Führung mit uns nur von der „Position der Stärke“ aus sprechen und uns ihren Willen brutal aufzwingen will. Die Politik der UdSSR gegenüber Indien aber ist konsequent und prinzipienfest. Der Abschluß des sowjetisch-indischen Vertrages hob diese Politik auf eine qualitativ neue Stufe.

Leonid Breschnew charakterisierte den Vertrag so: „Der zwischen uns geschlossene Vertrag gleicht einem Kompaß, dessen Nadel den Kurs in die Zukunft weist. Wir sind überzeugt, daß das der richtige Kurs ist. Er entspricht den Grundinteressen der Völker unserer Länder.“ Die weitere Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR wird von der ganzen Nation getragen und findet Unterstützung bei den breitesten Schichten der indischen Öffentlichkeit.

Heute, da reaktionäre Kräfte die Entspannung torpedieren wollen, nimmt die Bedeutung des Vertrages, eines wichtigen Faktors für Frieden und Stabilität in Asien und in der ganzen Welt, weiter zu.

Neu-Delhi

BEWÄHRTE ZUSAMMENARBEIT

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Bonn macht Ferien — doch von einer politischen Sommerflaute ist dieses Jahr wenig zu spüren. Der Bundeskanzler macht eigentlich Urlaub, doch empfängt er ausländische Staatsmänner in seinem Haus in Hamburg. Viele Politiker haben diesmal auf ihre Ferien verzichtet.

Die Bundestagswahlen (am 5. Oktober) verlangen nun einmal gewisse Opfer. Der Wahlkampf wird etwa einen Monat zuvor in seine Schlußphase treten. Doch schon jetzt sieht man die ersten Plakate.

Im Wahlkampf steht die Bewahrung des Friedens, die Fortführung der Entspannung im Mittelpunkt.

Diese Frage hat selbst sehr wichtige, bisweilen durchaus akute innenpolitische Probleme (wie die Millionenarbeitslosigkeit) zurückgedrängt. Wenn selbst die Partei von Franz Josef Strauß, der als Kanzlerkandidat die ganze Opposition (und inoffiziell ihre rechtsextremen Kreise) vertritt, den „Frieden“ als Wahlkampflogan besonders propagiert, dann sagt das schon einiges. Wer dieses Thema vernachlässigt, darf kaum mit größerer Unterstützung der Wähler rechnen.

Das zeigt die bleibende Bedeutung

des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD, der als Moskauer Vertrag in die Geschichte eingegangen ist. Seine Unterzeichnung vor 10 Jahren, am 12. August 1970, leitete eine Wende in den bilateralen Beziehungen ein.

Der Vertrag bahnte den Weg zur Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen sozialistischen Ländern: zu Polen, der CSSR und der DDR. Er trug zum Abschluß der vierseitigen Westberlin-Verhandlungen bei. Der Vertrag UdSSR—BRD hat in nicht geringem Maße gleichfalls den Erfolg der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz beeinflusst.

In den 10 Jahren haben auch die bilateralen Beziehungen in sehr wichtigen Bereichen eine ständige Weiterentwicklung erfahren. Politisch waren die acht Gipfeltreffen, insbesondere die Besuche Leonid Breschnews in der Bundesrepublik 1973 und 1978, große Erfolge. Wirtschaftlich ist die BRD an die erste Stelle im Westhandel der UdSSR gerückt und baut die Zusammenarbeit weiter aus. So sagte mir Direktor Dr. Peter Machinek von der Ruhrgas AG, daß jetzt über neue große Lieferungen von sowjetischem

Erdgas in die Bundesrepublik verhandelt wird. Auch die kulturellen Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern entwickeln sich positiv.

Zehn Jahre... Doch gerade jetzt spürt man in der Bundesrepublik besonders deutlich, daß dieses Jubiläum nicht so einfach begangen werden kann wie vor fünf, drei oder vor zwei Jahren, ja selbst nicht wie 1979. Dieses Jahr wird es in einer zugespitzten Weltlage begangen. Schuld daran sind (man versucht, der UdSSR den schwarzen Peter wegen der Ereignisse in Afghanistan zuzuschreiben) reaktionäre und militaristische Kreise des Westens, die das Wettrüsten in der illusorischen Hoffnung auf militärische Überlegenheit forcieren wollen.

In einer Atmosphäre der Entspannung lassen sich solche Ziele besonders schwer erreichen. Dafür ist der kalte Krieg das geeignete Klima. Und deshalb wurden die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Ländern West- und Osteuropas, vor allem zwischen der UdSSR und der BRD, zu einer Hauptzielscheibe für die Drahtzieher dieser Kampagne jenseits und diesseits des Atlantik.

In den letzten Monaten stand die Frage so: Werden die Ost-West-Beziehungen die Belastungsprobe aushalten? Es gab gewichtige Argumente für eine positive Antwort auf diese Frage (erinnert sei an die beeindruckenden Erfolge der Zusammenarbeit in den vergangenen zehn Jahren), doch auch dagegen.

In einigen wichtigen Fragen vertreten die UdSSR und die BRD grundlegend verschiedene Ansichten. So wird die Haltung Bonns zu den afghanischen Vorgängen von NATO-Denkschablonen bestimmt, die mit der Realität nichts gemein haben. Die Politik der Bundesregierung gerade zur militärischen Entspannung in Europa wird in der UdSSR zu Recht kritisiert — die Rolle, die die BRD bei der Durchsetzung der NATO-„Nachrüstungs“beschlüsse spielte und spielt. Die BRD war blamablerweise das einzige EG-Land, das nicht an der Olympiade teilnahm.

Sowohl positive als auch negative Beispiele lassen sich also anführen. Doch wie wird die „hohe Politik“ den Bundesbürgern vermittelt? Für eine tatsächliche Normalisierung der bilateralen Beziehungen sind zwischenstaatliche Abkommen allein zu wenig. Die Menschen müssen lernen, einander zu verstehen, doch dafür muß man mehr voneinander wissen. Es ist die Aufgabe auch der Regierungsorgane und Massenmedien zu diesem gegenseitigen Verstehen beizutragen. Wird man dieser Aufgabe in der BRD gerecht?

In den letzten Jahren sind die

BIOGRAPHISCHES

PRÄSIDENT ISLANDS VIGDIS FINNBOGADOTTIR



ländische Universität (Französisch und Englisch). Studierte Kunstgeschichte in Frankreich, Dänemark und Schweden.

Mittelschullehrerin. Seit 1972 Regisseurin am Stadttheater Reykjavik, bis vor kurzem dessen Direktor. Vorstandsvorsitzende

der Theatergesellschaft Islands.

Am 29. Juni wurde die unabhängige Kandidatin V. Finnbogadóttir zum Präsidenten Islands gewählt. Verfassungsgemäß tritt V. Finnbogadóttir am 1. August 1980 das Präsidentenamt an.

Geboren 1930 in Reykjavik. Absolvierte die Is-

Möglichkeiten, die Sowjetunion kennenzulernen, größer geworden. Erinnert sei an die ausgiebigen Informationen in der Presse und im Fernsehen vor und während der beiden BRD-Besuche Leonid Breschnews. In der Bundesrepublik werden jetzt häufiger Werke der Sowjetliteratur angeboten.

Doch haben sich die Ansichten des Bundesbürgers über die UdSSR und die sowjetischen Menschen wirklich geändert? Eine grundlegende Wende ist nicht zu konstatieren. Die gleiche antisowjetische Zielrichtung der herrschenden Klassen in kapitalistischen Staaten seit Gründung der Sowjetunion macht sich bemerkbar.

Kürzlich besuchte ich eine Pressekonferenz der Zeitschrift „Capital“. Der bekannte Soziologe Prof. Wildenmann äußerte sich zu den Ergebnissen einer Meinungsumfrage.

Zwei Fragen fanden die besondere Aufmerksamkeit: „Welcher Partei trauen Sie eher zu, ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion zu schaffen?“ fragte Prof. Wildenmann. 75 Prozent nannten die SPD, die seit Beginn der „neuen Ostpolitik“ die Regierung stellt. Doch gleich danach folgte eine andere Frage: „Welcher Partei trauen Sie eher zu, die Sicherung vor einem russischen Angriff zu gewährleisten?“ Und diese Frage setzt als „selbstverständlich“ — die These von der „Aggressivität der Russen“ voraus.

Das ist der tägliche Fraß, der dem Bundesbürger vorgeworfen wird. Doch in den herrschenden Kreisen der BRD weiß man sehr wohl, daß von der UdSSR keine militärische Bedrohung ausgeht. In Momenten der Offenheit gestand das sogar der militante Oppositionsführer Strauß ein. Doch um das Märchen von der „russischen Gefahr“ aufrechtzuerhalten, bedient man sich solcher Verleumdungen.

Kürzlich rotteten sich die Vertriebenenverbände in Bonn zu einem Jubiläum zusammen. Jusvorsitzender Piecyk sprach da von einer „ideologischen Kaderschulung in Sachen Revanchismus“. Doch die Begrüßungsrede bei diesem Aufruf hielt... der Herr Bundespräsident.

Die Rechtsopposition übt starken Druck auf die Regierung aus. In zehn Jahren war sie nicht in der

Lage, einen konstruktiven Kurs der „Ostpolitik“ zu konzipieren — statt dessen hat sie große Erfahrungen beim Aufrichten aller nur möglichen Hindernisse gesammelt. Obgleich Carters Politik in Bonn zu Recht als „unberechenbar“ gilt, bestimmt die „atlantische Solidarität“ nach wie vor viele besonders wichtige Entscheidungen der BRD.

In dieser komplizierten Lage also geht die Bundesrepublik dem zehnten Jahrestag des Moskauer Vertrages entgegen.

Mit um so größeren Hoffnungen sah nicht nur die Öffentlichkeit Europas dem kürzlichen sowjetisch-bundesdeutschen Gipfel in Moskau entgegen. Und in diesen Hoffnungen wurde sie nicht enttäuscht. Die Verhandlungsergebnisse waren ein großer Beitrag zur Festigung von Frieden und Sicherheit, zur Normalisierung des internationalen Klimas, zur weiteren Entwicklung der sowjetisch-bundesdeutschen Zusammenarbeit.

Von besonderer Bedeutung war, daß die Seiten trotz der Zuspitzung der internationalen Lage, trotz besagter Differenzen in einigen Fragen deutlich erklärten, daß sie die Entspannung für **notwendig, möglich und nützlich** halten. Leonid Breschnew unterbreitete im Namen der UdSSR einige neue Ideen und konkrete Vorschläge für Vereinbarungen zu einem weiten Kreis von Fragen der internationalen Sicherheit. Positiv wurden die Ergebnisse der Gespräche über Fragen der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen aufgenommen.

So hat der Moskauer Vertrag nicht nur seine Bewährungsprobe bestanden, sondern bestätigt auch seine Bedeutung für die Zukunft. Die Sowjetunion ist den Vertragsprinzipien die ganzen zehn Jahre treu geblieben. Und wenn die sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen in den letzten Jahren auch manchmal kränkelten, dann nicht durch Schuld der sowjetischen Seite. Wie Leonid Breschnew erklärte, „sind wir bereit, die bereits erprobten Wege auszubauen und neue Wege zu Eintracht und Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie mit den anderen Staaten, die das wünschen, zu bahnen“.

Bonn, im August

NZ

KOMMENTAR

AM PRANGER

Am 29. Juli verabschiedete die 7. außerordentliche UNO-Sondertagung auf der Grundlage eines Entwurfs einer Gruppe blockfreier und sozialistischer Staaten eine Resolution zur Palästinenserfrage, die das Recht des palästinensischen Staates auf Selbstbestimmung bis zur Schaffung eines unabhängigen Staates hin bestätigt; sie appelliert an Israel, das „palästinensische Gebiet und andere arabische Territorien, einschließlich Jerusalems, die ab Juni 1967 besetzt sind, rest- und bedingungslos zu räumen“.

Dafür stimmten 112 UNO-Mitglieder, dagegen 7 (darunter USA und Israel), 24 enthielten sich der Stimme (auch einige EG-Staaten).

Vor der Abstimmung erhielten die europäischen Partner Washingtons von diesem eine schriftliche „Anordnung“, die Resolution „in einer Einheitsfront“ zu torpedieren. Doch haben die USA damit nichts erreicht.

Israel widersetzt sich den UNO-Beschlüssen nach wie vor. Die Knesset hat ausgerechnet: jetzt ein Gesetz verabschiedet, das Jerusalem einschließlich seines östlichen (arabischen) Teils, zur „ewigen und unteilbaren“ Hauptstadt Israels erklärt. Die aggressive Aktion löste bei der breiten Weltöffentlichkeit Entrüstung und Protest aus. Die UNO-Tagung hat gezeigt, daß die USA und Israel so isoliert dastehen, wie nie zuvor. Der Versuch der Zionisten, die Annexion Jerusalems zu legitimieren, hat diese Isolation noch vertieft und unumkehrbar gemacht.

Die diesbezügliche Haltung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder kam beim kürzlichen Krim-Treffen Leonid Breschnews mit Edward Gierek zum Ausdruck, die ihre konsequente Unterstützung für die gerechte Sache der Palästinenser bekräftigten und ihre Genugtuung über die maßgebenden Beschlüsse der Vollversammlung aussprachen.

D. SGRSKI

VORZÜGLICH GEARBEITET

Am 31. Juli kam der Raumflug der sowjetisch-vietnamesischen Besatzung erfolgreich zu Ende. Viktor Gorbalko und Pham Tuan ließen Leonid Popow und Valeri Rjumin das neue Raumschiff Sojus 37 zurück und sind in der Sojus 36 auf die Erde heimgekehrt. Sieben Tage und Nächte hat die internationale Besatzung auf dem Orbit rund 30 verschiedene Experimente gemacht.

Mit jedem Jahr nimmt der praktische Nutzen der Forschungen nach dem Interkosmos-Programm zu. Die beteiligten Länder legen viel Gewicht darauf, die Resultate der gar nicht leichten Arbeit ihrer wagemutigen Kosmonauten für die Volkswirtschaft auszuwerten. Vorige Woche beschäftigten sie sich u. a. besonders damit, die natürlichen Ressourcen der Erde und die Umwelt zu erforschen (die Experimente Natürliche Ressourcen, Biosphäre V, Ha Long u. a.).

Die wissenschaftlichen Informationen aus dem Kosmos brauchen alle, vielleicht noch mehr als andere das sozialistische Vietnam. Das Landesgebiet, insbesondere seine geologische Struktur, ist kaum erforscht, warum, das ist weltbekannt.

Erst nachdem Südvietnam 1976 befreit war und sich die Republik friedlich vereint hatte, entstand eine gute Grundlage für die Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik. Erst im Frieden konnte man ein Landesprogramm für Raumforschung und -nutzung in Angriff nehmen. Und wie in den Jahren der Kämpfe gegen die Aggressoren, so kamen die UdSSR und die anderen Bruderländer auch darin Vietnam zu Hilfe.

Noch vor dem Start antwortete Pham Tuan auf die Frage, was für ein Experiment ihn am meisten interessiere: „Biosphäre V“. Das ist begreiflich. Es betrifft ja die natürlichen Ressourcen, und das V bedeutet Vietnam.

„Auf dem Flug hat die internationale Besatzung viele für die Wissenschaft und Volkswirtschaft Vietnams höchstwertige Informationen eingeholt“, sagte bei der Flugleitstelle A. K. Kowal, Abteilungsleiter in der Staatlichen Zentrale „Natur“, vor Journalisten. So haben die Kosmonauten Material für die Herstellung von Landkarten Vietnams gesammelt. Davon ausgehend, sollen verschiedene Kar-

ten angefertigt werden: für Geologen von den kuppel- und ringförmigen Strukturen und verschiedenen Brüchen, nach denen man sich bei Schürfungen orientieren kann; die Landwirte werden imstande sein, die Bodenressourcen zu erfassen und abzuschätzen sowie die saisonbedingten Veränderungen und das Fortschreiten der Bodenerosion festzustellen. Bekanntlich ist die Natur Vietnams durch die Experimente der amerikanischen Aggressoren mit Napalm und Giftstoffen im Dschungel schwer geschädigt worden. Dank den Beobachtungen der Kosmonauten kann der Umfang der Schäden festgestellt und können Aufforstungen vorgenommen werden.

Erfolgreich waren die visuellen und mit Instrumenten vorgenommenen Beobachtungen der Gewässer und des Wasserhaushalts. Deshalb können die Experten Vietnams die äußersten Grenzen starker Überschwemmungen und die Inlandsgrenzen der Meeresflut bestimmen, ferner die Deltabildung und die Veränderungen der Küstenlinie untersuchen. Und schließlich kann man durch Beobachtung der Flußströmungen vom Orbit aus leichter den Grad der Verschmutzung des Küstenwassers feststellen.

Außer den naturkundlichen For-

KONFRONTATION ODER EINVERNEHMEN?

Der Spannungsherd in Indochina hat sich leztthin merklich ausgedehnt. Zunächst einmal schickt China Truppen an die Nordgrenze der SR Vietnam. Sie drängen häufiger in deren Grenzgebiete ein. Um die Spannung aufrechtzuerhalten, zieht Peking den Beginn der dritten Runde der Verhandlungen mit Vietnam in die Länge, die dazu führen könnten, die Beziehungen wenn nicht gerade zu normalisieren, so doch wenigstens zu entspannen.

Gehen wir weiter. Die Situation an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand ist komplizierter geworden. Jetzt bestätigt es sich, daß der Trick mit der „freiwilligen Rückwanderung der Flüchtlinge“ aus Thailand ein weitgestecktes Ziel hatte. Den Pol-Pot-Banden und anderen Khmer-Reaktionären sollte es ermöglicht werden, in irgendeinem Gebiet Kampucheas festen Fuß zu fassen und dieses zur Aktionsphäre der aus der Versenkung hervorgeholten Regierung des sogenannten demokratischen Kampuchea zu erklären.

Und schließlich die — gelinde gesagt — feindselige Aktion Bangkoks gegen Laos: die Schließung der Grenze Thailands.

Um die Ursachen der jetzigen Zuspitzung in dieser Region zu vertuschen, reden Peking und Washington von einer Aggression Vietnams gegen Thailand, von einem „kleinen Hegemonismus“ und spielen sich als Schützer der Souveränität der ASEAN- und anderen Länder Südasiens auf. Was wirklich hinter den Geschehnissen steckt, das ist klipp und klar in der Erklärung der im Juli in Vientiane abgehaltenen Außenministerkonferenz von Laos, Kampuchea und Vietnam gesagt. China will mit seiner hinterlistigen Politik das Problem der Beziehungen dieser drei Länder zu China in ein Problem ihrer Beziehungen zu Thailand ummünzen. Auf diese Weise glaubt Peking, die ASEAN-Länder gegen diejenigen Indochinas aufputschen, die einen wie die anderen schwächen und sich damit die Ausführung seiner Hegemoniepläne in Südostasien erleichtern zu können.

Was die Stellungnahme und die Absichten der drei Länder Indochinas betrifft, so lassen sie sich am besten nach ihren Initiativen auf der Konferenz von Vientiane beurteilen. Sie schlagen vor:

— bi- und multilaterale Verträge zwischen Laos, Kampuchea, Vietnam und

Thailand über Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und darüber zustande zu bringen, daß sie keinem anderen Land gestatten werden, auf ihrem Boden Stützpunkte gegen ein oder mehrere Drittländer zu benutzen;

— bilaterale Verträge über Nichtangriff sowie über friedliche Koexistenz mit den anderen Staaten Südasiens zu schließen;

— mit den anderen Ländern dieses Raums über die Erklärung Südasiens zu einer Zone des Friedens und der Stabilität zu debattieren.

Außerdem haben Laos und Vietnam den Vorschlägen der VR Kampuchea zugestimmt, die darauf ausgerichtet sind, die Spannung an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand zu mildern. Dort soll eine demilitarisierte Zone geschaffen werden. Kampuchea ist bereit, gemeinsam mit Thailand und mit Weltorganisationen nach einer Lösung für das Flüchtlingsproblem zu suchen. Flüchtlingslager sollen fern von der Grenze eingerichtet werden, damit es zu keinen Zusammenstößen kommt. Was die bewaffneten Pol-Pot-Gruppen und anderen reaktionären Kräfte betrifft, die in Thailand Unterschlupf gefunden haben, so sind sie nicht als Flüchtlinge zu qualifizieren und müssen

schungen haben Gorbato und Pham Tuan auch die Atmosphäre beobachtet (die Experimente Polarisation, Terminator, Atmosphäre, Kontrast und Morgenröte). Das ist für die Interpretation kosmischer Aufnahmen wichtig, denn mit ihrer Hilfe kann man die Einstellungen korrigieren, die die Atmosphäre beim Fotografieren irdischer Erscheinungen verursacht.

Bei einem technologischen Experiment wurden Stoffe legiert, die sich auf der Erde schwer verbinden lassen. In der Schwerelosigkeit kann man homogene Mischungen aus solchen Elementen erzielen.

Wie Prof. S. Grischin konstatierte, haben alle internationalen Besatzungen, die schon auf dem Orbit waren, Experimente mit der Herstellung von Halbleitern aus mehreren Bestandteilen angestellt. Die Wissenschaftler der sozialistischen Länder haben jetzt etwa 150 Ampullen mit verschiedenen Mustern. Die Resultate ihrer Analyse im Laboratorium



Nach Volksbrauch wurde die sowjetisch-vietnamesische Besatzung mit Brot und Salz empfangen

Foto: TASS

sind schon mehrmals auf wissenschaftlichen Konferenzen erörtert worden, aber das Interesse für solche Untersuchungen läßt nicht nach. Wieso? Weil ein Weg zur Herstellung von Stoffen im Kosmos gefunden ist, die für die Fortentwicklung der modernsten Industriezweige benötigt werden und deren Herstellung auf der Erde teuer, schwierig oder sogar unmöglich ist. Die technologischen

entworfen und in separaten Lagern fern von der Grenze untergebracht werden. Man soll ihnen nicht zur Rückkehr nach Kampuchea verhelfen, weil sie dort nur den bewaffneten Kampf gegen die Volksrepublik fortsetzen wollen.

UNO-Generalsekretär Waldheim ist nach Verhandlungen in Hanoi in Thailand eingetroffen und wird, wie SRV-Außenminister Nguyen Co Thach mitteilt, der dortigen Regierung ein Schreiben überbringen, in dem die Vorschläge auf der Vientianer Konferenz bestätigt werden und versichert wird, daß Thailands Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität rückhaltlos gewahrt werden wird. Der Minister hat die Bereitschaft zu direkten oder indirekten Verhandlungen mit der Regierung Thailands über die Normalisierung der Situation an der Grenze Kampuchea-Thailand bekräftigt. Natürlich müsse daran der Revolutionäre Volksrat Kampucheas als einziger legitimer Vertreter des Volks von Kampuchea teilnehmen.

Begrifflicher Weise widersetzen sich Peking und Washington der Ausführung der aufgezählten Vorschläge. Warum sollte aber Bangkok sie nicht ernsthaft erwägen? Vieles spricht ja dafür. Die Flüchtlinge werden zu einer schweren Last. Die Pol-Pot-Banden verursachen an der Grenze große Spannungen. Auch

dürfte es für Bangkok kaum verlockend sein, ein Werkzeug zur Ausführung der gefährlichen amerikanisch-chinesischen Pläne in der Region zu werden.

Warum sollten nicht auch die anderen ASEAN-Länder auf die Stimmen aus Vietnam, Laos und Kampuchea hören? Als 1967 die Vereinigung aus Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und den Philippinen gebildet wurde, verkündete sie, soweit wir uns erinnern, nicht nur eine Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit, sondern auch des Friedens und der Stabilität in Südostasien. Später haben die ASEAN-Länder diese Stellungnahme bekräftigt. In einer Erklärung der im Herbst 1971 in Kuala Lumpur abgehaltenen Konferenz erklärten sie sich bereit, sich um die Umwandlung Südasiens in eine Friedenszone zu bemühen. Diesen Sinn haben doch aber die Vorschläge der drei Länder Indochinas!

Das Aufheizen der Spannungen zwischen den Staaten Südasiens ist nur der auswärtigen Reaktion und ihren Kreaturen von Nutzen. Es läuft den Lebensinteressen der Länder dieser Region zuwider, die in Frieden und gutem Einvernehmen leben könnten. Den Weg dazu bahnen die Vorschläge der drei Länder Indochinas.

I. TROFIMOWA

Experimente der sowjetisch-vietnamesischen Besatzung sind noch ein Schritt zur Schaffung „kosmischer Fabriken“.

Während des Flugs der sechsten internationalen Besatzung ist ein großer Komplex medizinisch-biologischer Untersuchungen bewerkstelligt worden. Viele von ihnen haben außer wissenschaftlicher auch praktische Bedeutung, ihre Resultate werden bei der Ausbildung neuer Raumschiffbesatzungen Verwendung finden.

Erstmals hat die gemeinsame Besatzung von Salut 6 ein biologisches Experiment mit einer höheren Pflanze aus Südostasien angestellt. Es war eine Azolla pinnate, ein in Vietnam weitverbreiteter Wasserpflanz. In Symbiose mit ihr wächst und vermehrt sich die mikroskopische blaugrüne Wasserpflanze Anabaena, die atmosphärischen Stickstoff absorbieren und in stickstoffhaltige Verbindungen umwandeln kann, die sich zur Ernährung von Pflanzen eignen. Wo die Azolla wächst, sind Stickstoffdüngemittel überflüssig. Deshalb pflanzt man diesen Farn in Vietnam auf den Reisfeldern.

Das Interesse der kosmischen Biologen für die Azolla ist also begreiflich. Sie vermehrt sich schnell, auf dem relativ kurzen Flug konnte ein vollständiger Generationswechsel und demnach eine authentische Information über den Einfluß der Schwerelosigkeit auf Wachstum, Entwicklung und Zellenstruktur einer höheren Pflanze erzielt werden. Vor allem ist es aber nicht ausgeschlossen, daß die Azolla wie die Chlorella dank ihren Eigenschaften in den geschlossenen ökologischen Zyklus eingeschaltet werden kann. Solche biologischen Systeme der Lebenssicherung sind für künftige ferne Raumflüge des Menschen erforderlich.

Auf dem Flug der sowjetisch-vietnamesischen Besatzung wurden Forschungsapparate benutzt, die für die früheren internationalen Besatzungen entwickelt worden waren und die sich gut bewährt haben. So wurden fotografische Mehrzonen-aufnahmen von der Erde und Meeresoberfläche mit Apparaten gemacht, die von Fachleuten der UdSSR und der DDR entwickelt worden sind. Manche Experimente wurden mit den bulgarischen Apparaten Spektrum 15 und Duga vorgenommen. Mit anderen Worten: Beim Interkosmosprogramm werden kontinuierlich Experimente gemacht und Apparate verwendet.

Der Flug der sechsten internationalen Besatzung war ein Erfolg. Sämtliche laut Programm geplanten Experimente sind ausgeführt worden.

G. RJABOW

RAMADAN IN KABUL

Leonid MIRONOW

Im August ist in Afghanistan Hochsommer. Die Sonne geht über der Hauptstadt sehr früh auf. Kaum erhebt sie sich über dem Hindu-kusch, schon sengt und blendet sie. Lange vor Mittag erreicht die Hitze über 40 Grad. Erst nach Sonnenuntergang, wenn die kühle Luft vom Gebirge herweht, atmet alles erleichtert auf.

In diesem Jahr fiel der Ramadan, der Fastenmonat nach dem Mondkalender, in die Zeit zwischen Mitte Juli und Mitte August. Die Mohammedaner — die Mehrheit im Lande — dürfen während des Ramadan zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang weder essen noch trinken noch rauchen.

Das bringt Veränderungen in den Kabuler Alltag: Der Arbeitstag in Industriebetrieben und staatlichen Einrichtungen beginnt jetzt nicht um 8, sondern um 7 Uhr morgens und dauert bis 13 Uhr, tagsüber sind die Gaststätten geschlossen; keine traditionellen Teepausen in den Banken und Büros. Vor Sonnenuntergang rufen die Mollas von den Minaretten der 560 Moscheen der Stadt zum Abendgebet; danach darf gegessen werden. Auf Ersuchen der moslemischen Geistlichkeit haben die Stadtbehörden den Anfang der Sperrstunde von 23 auf 24 Uhr verlegt. Die Gläubigen können also am Vorabend des neuen Tages noch in eine nahe Moschee treten.

Sonst geht das Leben in Kabul wie auch andernorts seinen normalen Gang. In den letzten zwei Wochen war ich in den Provinzen Badakhshan, Kunduz, Balkh, Nangarhar und Paktia; überall wird die in diesem Jahr reiche Ernte — Weizen, Kürbisse und Melonen, Gemüse — eingebracht. Bald beginnt die Lese, der Weinertrag ist ebenfalls gut. Die weitaus meisten Industriebetriebe, Banken, Handels-, Versi-

cherungsgesellschaften und Geschäfte, Schulen und Hochschulen sind geöffnet. Viele Einwohner verfolgen in ihrer Freizeit die Fernsehsendungen von der Moskauer Olympiade. Dank der sowjetischen Relaisstation „Mars“ können die Afghanen nun Direktübertragungen aus Moskau und aus einigen anderen Hauptstädten empfangen.

Unumkehrbar

Charakteristisch für das heutige Afghanistan ist eine hohe gesellschaftlich-politische Aktivität der verschiedensten Bevölkerungsschichten. Auf der zweiten Etappe der Aprilrevolution ist sie merklich gestiegen. Kongresse der Lehrer und der Mediziner, Konferenzen der Ulema und eine Beratung der Partei- und Wirtschaftsaktivisten wurden abgehalten. Erst vor kurzem schloß das 3. ZK-Plenum der Demokratischen Volkspartei Afghanistans seine Arbeit ab, auf dem Babrak Karmal über die Aufgaben bei der Verstärkung des Kampfes gegen die Konterrevolution und bei der Festigung der Streitkräfte, der Staatssicherheit und der öffentlichen Ordnung referierte.

Das Juli-Plenum war gleichsam eine Fortsetzung des vom April, auf dem die Statuten der Partei angenommen und die „Hauptprinzipien der Demokratischen Republik Afghanistan“ gebilligt wurden. Nach ihrer Bestätigung im Revolutionsrat sind sie praktisch das provisorische Grundgesetz des Staates. Über die Beschlüsse des Juli-Plenums sagte mir der Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der Partei, Baryalai:

„Im Lande konsolidieren sich erfolgreich die patriotischen und demokratischen Kräfte, was die Grundlagen für die Errichtung einer vaterländischen Einheitsfront schafft, und werden die Pläne für die Entwicklung der Wirtschaft, des Volksbildungswesens und des gesellschaftlichen Gesundheitsschutzes verwirklicht. Dank der breiten Teilnahme der Volksmassen hat dieser Prozeß unumkehrbaren Charakter angenommen, mag das unsere Gegner im Ausland noch so sehr in Wut versetzen. Die demokratische Macht erstarkt nicht nur in der Hauptstadt und den Verwaltungszentren der Provinzen, sondern auch draußen in der Republik. Die Massenorganisationen aktivieren sich. Zur Stabilisierung der Lage im Lande trug auch bei, daß die afghanische Armee in den letzten Monaten erfolgreiche Operationen zur Liquidierung von Banditentrupps durchgeführt hat.“

Mit tiefer Genugtuung wird im Lande jede Mitteilung darüber aufgenommen, wie sehr die außenpolitischen Initiativen der DRA von den fortschrittlichen Kräften der Welt unterstützt und gebilligt werden. Das ist verständlich, bemüht sich der Staat doch um eine Regelung der



Kundgebung der Öffentlichkeit in Kabul

Beziehungen zu allen Nachbarländern. Eine besonders hohe Würdigung findet hier die internationalistische Hilfe der UdSSR, zumal sie zu einer Zeit kam, da der Imperialismus und seine Handlanger in China und einigen reaktionären Staaten der Region eine bewaffnete Aggression gegen Volksafghanistan starteten.

Angesichts der schwierigen Aufgaben, denen sich die Partei gegenüber sieht, ist es besonders wichtig, ihre Einheit zu stärken. Die Gegner der neuen Macht hoffen, im Lande Verwirrung zu stiften. Das Plenum verpflichtete die Parteikomitees aller Provinzen, Städte und Rayons, auf die Beseitigung des Gruppen- und Fraktionsunwesens in der Partei hinzuwirken.

Das Plenum befaßte sich viel mit der Frage der Festigung der Leitung der Partei in den Streitkräften und der Staatssicherheit, mit der Erhöhung ihrer Kampffähigkeit. Das Innenministerium, das Exekutivkomitee der demokratischen Jugendorganisation, die Parteikomitees in den Provinzen und Kreisen wurden aufgefordert, mehr für die Aufstellung von Trupps zum Schutz der Revolution zu tun und immer breitere Schichten der patriotisch gesinnten Bevölkerung für diese Trupps zu gewinnen.

Abschließend sagte Baryalai: „Entschlossener und schonungsloser Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution ist heute noch immer die Hauptaufgabe des Volkes. Ebendeshalb hat die vom Plenum ausgegebene Losung „Alle Kräfte von Partei und Volk gegen die Konterrevolution!“ im Lande so starken Anklang gefunden.“

In der „Frontprovinz“

Wie populär diese Losung ist, empfand ich besonders in der an Pa-

getürmten Bergmassive ragen in den Himmel. Sobald der Hubschrauber tiefer fliegt, glaubt man, die Wipfel der hohen, vereinzelt stehenden Kiefern, für die Paktia bekannt ist, mit der Hand berühren zu können.

Äußerlich verrät nichts, daß Khost in einer Stoßrichtung der Konterrevolutionäre liegt. Die Läden sind geöffnet, darin sieht man die Kaufleute auf weichen Kissen sitzen. Durch die Straßen ziehen langsam kleine Karawanen beladener Kammele. Leichte Zweiräder mit vorgepannten kleinen Pferden sind die „Taxis“. In den Vororten wird die Ernte eingebracht.

Ich möchte jedoch nicht, daß der Leser eine falsche Vorstellung bekommt. Sobald die stockdunkle südliche Nacht anbricht, hört man mitunter vereinzelte Schüsse oder sogar MG-Salven in der Ferne.

„Am häufigsten schießen die eingefallenen Banditen“, sagte mir Oberstleutnant Ahmad Ali, Kommandeur der in Khost dislozierten 25. Division der afghanischen Armee. Von der Matun-Höhe, die die Stadt beherrscht, zeigte er mir in der Ferne einige enge Pfade. Da dringen in der Dunkelheit Banditen in die Provinz ein, über diese Pässe versuchen auch diejenigen aus Afghanistan zu fliehen, die die durch die neue Etappe der Aprilrevolution bedingten Veränderungen nicht akzeptieren. In der Hauptsache sind es Oberhäupter feudaler Sippen, reaktionär gesinnte Stammeshäuptlinge und Geistliche, reiche Kompradoren. Sie fliehen vor Vergeltung für ihre Verbrechen am afghanischen Volk.

Vor einiger Zeit lief in Kabul ein öffentlicher Prozeß gegen eine Gruppe von Diversanten. Vom Richter befragt, erzählten sie, daß die Rädelsführer der afghanischen Konterrevolution in Pakistan die sogenannten Emigranten mit offenen Armen empfangen, und daß sich Gulbuddin Hekmatyar, der Chef der reaktionär-terroristischen „Islamischen

Partei Afghanistans“, über solchen Zugang freut. Viele „Emigranten“ werden sofort an die konterrevolutionären Zentralen in Peshawar, Quetta, Chitral, Kohat und anderen Städten verwiesen. Dort werden sie ausgebildet und bewaffnet.

In Gardez konnte ich zwei ehemalige Diversanten sprechen, die ihr „Praktikum“ bei amerikanischen und Pekinger Ausbildern absolviert hatten. Einer von ihnen, Mohammad

Naim, früher Großgrundbesitzer, war unter dem König Oberst der Armee. Im Zuge der Agrarreform verlor er seine Ländereien in mehreren Provinzen und flüchtete nach Pakistan. Nach seiner Ausbildung als Diversant war er in Afghanistan eingeschleust worden, um neue Banden aus Kriminellen und Unzufriedenen zusammenzuzimmern.

Der andere Bandit, Reza Khan, früher Funktionär der maoistischen Gruppierung, die sich großspurig „Nationale Befreiungsorganisation Afghanistans“ nennt, hatte neue Mitglieder für die Kampftrupps seiner Organisation angeworben und Gerüchte verbreitet, die die afghanisch-sowjetische Freundschaft anschwärzten. Bei beiden Diversanten wurden bei der Verhaftung große Waffenmengen aufgefunden.

Die Banditen vom Schlage Mohammad Naims und Reza Khans kämpfen gegen die Revolution von unterschiedlichen Positionen aus, doch ist ihnen ein krankhafter Haß auf die fortschrittlichen Umgestaltungen im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Afghanen gemein. Unter der grünen Fahne des Islams verüben sie ungeheuerliche Verbrechen, ohne sich an die Glaubensprinzipien oder gar die Moral zu kehren.

Aber bei weitem nicht alle Afghanen werden in Pakistan mit offenen Armen empfangen. Dorthin kommen ja auch viele aufrechte Menschen, die die verlogene Propaganda benebelt hat. Wer sich den Banden nicht anschließen will, interessiert die Anführer der Konterrevolution und die pakistanischen Behörden nicht. Diese Menschen erhalten keine Wohnung, auch keine Beihilfen aus den reichlichen Geldern, die Hekmatyar und seinen Komplizen aus westlichen und arabischen Quellen zufließen. Die friedlich gestimmten Flüchtlinge führen ein Elendsdasein, möchten heimkehren, werden jedoch in Pakistan gewaltsam festgehalten.

Vorläufig gelingt es den konterrevolutionären Banden noch, Land und Volk Schaden zuzufügen. Aber die Erfolge der Revolution geben den Patrioten neue Kräfte. Auf den Versammlungen in Betrieben und Armee-Einheiten solidarisieren sie sich mit der Führung des Landes und bekunden ihre Entschlossenheit, für die vom 3. ZK-Plenum der Demokratischen Volkspartei gestellten Aufgaben zu kämpfen. Das afghanische Volk schließt seine Reihen, um die Errungenschaften der Revolution zu schützen, die ihm die Möglichkeit gegeben hat, den Weg des Fortschritts und der Demokratie zu gehen.

Kabul



Das Parteikativ der Grenztruppen tagt
Fotos: TASS

kistan grenzenden Provinz Paktia. Sie wird oft als „Frontprovinz“ bezeichnet. Ein offener Krieg wird dort nicht geführt, aber über sie dringen auf zahlreichen Kamelpfaden und Fußwegen Banden in Afghanistan ein.

Ich begann meine Reise durch Paktia in dem Städtchen Khost, das 20 km von der Grenze entfernt ist. Die Natur ist hier rau und majestätisch, die Gipfel der chaotisch auf-

UNTER BRÜDERN

Nach der Wahl von James Earl Carter zum 39. US-Präsidenten übernahm sein Bruder Billy die inoffizielle Funktion des „Präsidentenbruders“. Und Billy macht von sich reden.

Fotos zeigen Billy beim Besuch des Vergnügungsparks „Disneyland“. Billy beim Biertrinken, was schließlich eine Entziehungskur im Marinekrankenhaus von

Die Journalisten, die den Skandal „Billygate“ — in Analogie zu Watergate — nannten, machten in Emotionen. Die „Washington Post“ nannte ihn einen „nationalen Alptraum“. In einer TV-Nachrichtensendung sprach CBS davon, daß das Weiße Haus im eigenen Saft schmort.

Was wußte der „große Bruder“ von all dem?



Billy Carter verhaftet? Nein, bei einer Pressekonferenz.

Foto: „Time“ (USA)

Long Beach erforderlich machte. Doch zuvor hatte der Präsidentenbruder seinen Namen vorteilhaft an eine Brauerei verkauft — jetzt prangt er auf den Blechbüchsen einer Biersorte.

Nun hat die US-Presse alles oder fast alles wieder aufgewärmt.

Am 14. Juli zog in Washington ein Skandal auf. James' Bruder ließ sich bei einem Gericht als Agent, d. h. Lobbyist eines arabischen Staates registrieren.

Billy erhielt vereinbarungsgemäß sein Geld (bislang ist die Rede von 220 000 Dollar), von Geschenken abgesehen, und agierte wie vereinbart.

dem? Dem Justizminister war bekannt, daß Billy Gelder erhalten hatte. Überdies ließ er den Präsidenten wissen, Billy könne wahrscheinlich einer gerichtlichen Verfolgung entgehen, wenn er sich als Agent einer ausländischen Macht registrieren lasse.

Doch warum wurde Billy zum Lobbyisten? Manche im Ausland sahen in ihm einen persönlichen Vertreter des Präsidenten, einflußreicher als jedes Regierungsmitglied, heißt es in einem offiziellen Report. Wurde ja, wie die „New York Times“ schrieb, die Behauptung des Weißen Hauses, James Carter trage keine Verantwortung für Billys Aktivitäten, dadurch unterminiert, daß der Präsident „ständig Familiendiplomatie praktiziert, indem er Ehefrau, Mutter und Sohn in offizieller Mission ins Ausland schickt“.

Der Senat bildete einen Untersuchungsausschuß, der einen Vorbericht bis zum 4. Okto-

ber vorlegen soll. Dieser Ausschuß erklärte, er könne den Präsidenten und seinen Bruder erst nach Abschluß des Konvents der Demokraten anhören, auf dem der Präsidentschaftskandidat nominiert werden soll.

Vor „Billygate“ meinten die meisten Amerikaner, James Carter würde als Kandidat aufgestellt. Doch 40 demokratische Kongreßabgeordnete setzten sich jetzt für einen „offenen Konvent“ ein, auf dem auch ein Politiker, der nicht einmal an den Primaries teilgenommen hat, als Kandidat benannt werden könnte.

Der silberausgelegte Sattel, den Billy als „Geschenk“ erhielt, hat 2000 Dollar gekostet. Doch Bruder James kann er viel teurer zu stehen kommen. Bereits jetzt fragen sich die Amerikaner, ob sich Carter im Sattel des Kandidaten der Demokraten halten kann.

V. GRIBATSCHOW

FAN(E)atiker

Plakate und Slogans sind in den besten Traditionen des Naziparadestils gehalten. Das erste (links) appelliert: „Faschistischer Arbeiter, schließe dich unseren Reihen an“. Das zweite (rechts) verkündet: „FANE wird siegen“, daneben ein „Prachtexemplar“ von Adler mit der Adresse der „Sieger“ des Verbandes der Nationalen und Europäischen Aktion (FANE).

Die Zunahme der Neonazi-Aktivitäten in Frankreich findet allseits Beachtung — die Staatsorgane drücken bei den FAN(E)atikern alle Augen zu.

Der kürzliche Sprengstoffanschlag auf die Sektion der Bewegung gegen Rassismus, für Völkerfreundschaft löste bei den Franzosen ein solches Echo aus, daß das Innenministerium



endlich aktiv werden mußte. FANE-Führer Frederiksen wurde in den Justizpalast beordert.



SCHWER

Herr Präsi
Inflation?
Sie sagten,
Nein, Sir, i
mie.
Was... der
Ich meine,
Natürlich v
Text und Z

SCHÖNE FR

Mr. Mark, e
Japan. Über se
begeistert: „In
gionen schät
wir haben wi
nis mit Japan.
kanischen Gas
als viele and
widerspruchsl



Dort ersch
lächelnd, in I
wächter. Doc
verging das I
der „Humani
zeitig angew
den Fall unt
ren, setzten
suchung der
Sturmtrupps
an. Doch bis
Zeit...

Foto: „L'



RIGEN-DIALOG

Was tun Sie gegen die steigende
inflationäre Invasion?
Wie den Wirrwarr in der Ökono-
mie Khomeini?
Preise und Löhne reagieren...
die Geiseln heimdirigieren...
Quelle: „Dayton Daily News“ (USA)

SCHAFT

US-Emissär, besuchte
drücke äußerte er sich
leich zu anderen Re-
uns dort sehr... Ja,
n sehr starkes Bünd-
optimismus des ameri-
verständlich. Anders
tsstädte agiert Tokio
elwasser der US-Po-

FANE AINCRA

tion of Action Nationale
ienne B.P. 48
Paris Cedex 20

, elegant und
ng zweier Leib-
eur Frederiksen
Die Richter, die
lge nicht recht-
worden waren,
Teppich zu keh-
ffizielle Unter-
dentaten“ der
h 19. September
st ja noch etwas

u. NIKOLAJEW
é“ (Frankreich)

BUNKER MIT KOMFORT

In der westfälischen
Kleinstadt Erwitte mit ihren
kaum 13 000 Seelen wird im-
mer häufiger vom kom-
menden Weltuntergang ge-
sprochen. Ca. 50 Einwohner
führen regelmäßig ein
Überlebenstraining in
einem „atombombensiche-
ren“ Bunker durch. Sie
wissen sogar, wann es nun
soweit sein wird — bereits
in diesem Jahrzehnt.

Das alles ist nicht son-
derlich neu. Hatte man ja
schon in den 60er Jahren
als „mobilen Atombomben-
schutz“ offiziell empfohlen,
einfach eine Aktentasche
über den Kopf zu halten.

Jetzt wollen clevere Ge-
schäftsleute „die Deutschen
retten“. Das Managermagazi-
n „Capital“ macht in Pa-
nik. Die Bevölkerung sei
bei einem Atomangriff im
Grunde schutzlos. Das
„Sicherheitsmanko“ soll von
Baufirmen ausgefüllt werden,
die „atombombensiche-

re“ Bunker anpreisen. Das
Angebot ist groß: von be-
scheidensten Modellen bis



zu Luxusbunkern mit Sau-
na, Bowlingbahn und
Swimmingpool.

Mit der Angst soll ein
Mordgeschäft gemacht
werden. Die Industrie er-

hält täglich 30 bis 40 Auf-
träge. Ein Beispiel gaben
Strauß und Flick, die sich
unterirdische Luxusbunker
hinstellen ließen.

Da Einzelbunker sehr
teuer sind, werden den In-
teressenten auch Gemein-
schaftsbunker angeboten.
Doch auch die sind nicht
gerade billig. Der kleinste
Bunker (für 7 Personen)
kostet 50 000 DM. Das Ge-
schäft mit der Angst läuft.

L. SMIRNOWA

Unsere Bilder: Opfer
und Drahtzieher des Schutz-
bunkergeschäfts.

Foto: „Capital“ (BRD)

LIEBESGRÜSSE AUS WIEN

Die Washingtoner Administration ist ernstlich über die
Zunahme der antiamerikanischen Stimmungen in West-
europa beunruhigt. Jenseits des Atlantik hat man sich
schon daran gewöhnt, daß die Anweisungen der USA dort
widerspruchslos hingenommen werden — mit Kußhand.

Kürzlich wurde der Hauptsitz einer neuen Partei öster-
reichischer „Amerikafreunde“ eröffnet. Ihr Gründer Jo-
sef Bartalan und seine 200 Mitstreiter sind fest entschlos-
sen, die „Interessen der USA“ in der Alpenrepublik zu
verteidigen.

Die Parteiführer haben hochfliegende Pläne. Sie wollen
an den Wahlen teilnehmen und für den American way of
life die Trommel rühren, wollen sich wie Washington für
die „Menschenrechte“ einsetzen.

Herr Bartalan fackelte nicht lange. So verleumdete er
kürzlich die Politik der Regierung Kreisky, weil diese für
das Gespräch mit dem Osten eintritt. Dem frischgebacke-
nen Parteiboss mißfällt auch die österreichische Neutrali-
tät, die er „als ersten Schritt zum Kommunismus“ diffamiert.

Im Wiener Pressewald heißt es, derartige Sentenzen
würden in der US-Botschaft hoch geschätzt. Die Liebe
stößt auf Gegenliebe.

I. GAPOTSCHKA

N. LOSSINSKI

MILLIARDEN, DIE NACH PULVER RIECHEN

Boris SARIZKI

Die USA-Geschichte kennt nicht wenig Beispiele, da die herrschenden Kreise bei ihren außenpolitischen Aktionen ideelle oder moralische Motive vorschützten. Allerdings war der Kontrast zwischen Wort und Tat nicht selten schroff. Auch heute redet man in Washington aufrichtig von einer „Rückkehr der Moral in die Politik“, ist jedoch ohne weiteres bereit, die Ergebnisse der Entspannung aufs Spiel zu setzen.

Aber Demagogie und Heuchelei der bürgerlichen Politik sind weder neu noch verwunderlich, besonders wenn man sich über die wahren Gründe dafür klar wird, warum die USA vorsätzlich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen verschlechtern und die internationalen Spannungen anheizen.

„Wir erlassen Gesetze, ihr macht Geld“

Über den sozialen Charakter der Politik sagte W. I. Lenin: Sie „beginnt dort, wo man mit Millionen zu tun hat“. Auch für einige USA-Kreise beginnt sie bei Millionen, sogar bei Milliarden. Nur daß es sich nicht um Menschen, sondern um Dollars handelt. Wir meinen jene gefährliche Allianz von Machthabern und Rüstungsindustriekapitänen, die sich schon vor Jahren angedeutet hat. Noch vor dem zweiten Weltkrieg z. B. erörterte der USA-Senat ein recht aufschlußreiches Dokument, das ein Ausschuß unter Vorsitz Senator Nies vorbereitet hatte.

In diesem „Rüstungsindustrie“ betitelten Dokument wurde nicht ohne Besorgnis darauf hingewiesen, daß in den USA eine neue Erscheinung — das Bündnis von Militärs mit Rüstungsindustriellen — entstanden ist und erstarkt. Die Autoren haben das Wort Militär-Industrie-Komplex nicht gebraucht, aber das Wesen des Dokuments läuft auf nichts anderes hinaus. „Beliebige enge Verbindungen zwischen Rüstungsindustriellen, Zuliefergesellschaften ... und den Ministerien der Waffengattungen ... sind ein ungesundes Bündnis; es bringt politische Kräfte mit selbständigen Interessen hervor, sie schwenken die Fahne des Patriotismus, befriedigen aber meist egoistische Interessen; solche Verbindungen bilden mit Notwendigkeit ein Element des Militarismus und sind zu Friedenszeiten um jeden Preis zu vermeiden.“

Der Bericht wurde — natürlich nicht ohne Dazutun der Leute, die darin gemeint waren — für lange

Zeit ad acta gelegt. Inzwischen düngten die Zeit und besonders der kalte Krieg reichlich den Boden, auf dem dieses Unkraut wucherte. Anfang der 60er Jahre alarmierten viele Politiker und Wissenschaftler der USA die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der unheilvollen Rolle der Generale und Todesfabrikanten. Zu einem Schulbeispiel wurde die Warnung Präsident Eisenhowers, mit der Zeit könne der Militär-Industrie-Komplex „einen unkontrollierbaren Einfluß“ auf staatswichtige Entscheidungen erlangen. Leider ist dies eingetroffen. Heute ist besagter Komplex ein Bestandteil des Finanz- und Monopolsystems der USA, ein Faktor von gewaltigem Einfluß auf die Staatspolitik.

Vom Mechanismus dieses Einflusses sagte einmal der ehemalige republikanische Senator Penrose (Pennsylvanien) in engem Kreis von Geschäftsleuten: „Ich glaube an Arbeitsverteilung. Sie entsenden uns zum Kongreß; wir bringen Gesetze und Beschlüsse durch, dank denen Sie Geld machen. Aus Ihren Gewinnen spenden Sie auch weiter zu unseren Wahlfonds und entsenden Sie uns wieder zum Gesetzemachen, was Ihnen zu noch mehr Geld verhilft.“

Einfacher geht es nicht, besonders wenn im Bundesstaat des Senators oder im Wahlkreis des Kongreßmitglieds einflußreiche Rüstungskonzerne am Werk sind. Hier ein kennzeichnendes Beispiel. Der Führer der Demokraten im Repräsentantenhaus Wright bestand auf Regierungssubventionen für den Bau von F-111-Flugzeugen, die das Pentagon noch nicht einmal in Auftrag gegeben hatte. Die merkwürdige Beharrlichkeit des Senators erklärte sich einfach: Diese Flugzeuge wurden von der General Dynamics geliefert, deren Betriebe sich in Wrights Wahlkreis befinden.

Die Pentagon-Generale, die sich im Senat auskennen, scheinen nicht einmal den Gedanken zuzulassen, daß die Sensoren und Kongreßmitglieder aus prinzipiellen Motiven gegen die Befriedigung von Militäraufträgen auftreten könnten. So sagte ein Pentagon-Mann gereizt zur Position der eifrigsten Kritiker am Programm des Baus des strategischen B-1-Bombers, Senator Proxmire und Kongreßmitglied Espino von dem für seine Milchfarmen bekannten Wisconsin: „Schade, daß wir die B-1 nicht mit Milch betanken können.“

Die zahlreichen Fälle direkter

oder indirekter Korruption im Kongreß sind wohlbekannt. Das in den USA herausgegebene Buch „Wer lenkt den Kongreß? Der Präsident, das Big Business oder Sie?“ hat nicht von ungefähr folgende Worte W. Rogers zum Motto: „Der Kongreß ist das Beste, was für Geld zu haben ist.“ Ex-Senator S. Symington, der nicht erst aus zweiter Hand weiß, wie Entscheidungen im Kongreß getroffen werden, sagte einmal, die Einstellung des einen oder anderen Gesetzgebers zu militärpolitischen Problemen und erst recht zu konkreten Militärprogrammen entspreche bei weitem nicht immer seinen eigenen politischen und ideologischen Positionen. Aber das System zur Sicherung der Interessen der Rüstungsgesellschaften wirke unerbittlich. „Es fällt immer schwerer“, meinte er, „jemanden zu finden, der nicht so oder anders mit einer Waffengattung liiert wäre. Man könnte sagen, daß seine Lebenshaltungskosten einen Teil künftiger Rüstungsentwicklungen ausmachen.“

Nicht alle müssen sich jedoch dermaßen überwinden. Im Kongreß gibt es nicht wenig reinrassige Falken, für welche die Sorge um die Rüstungskonzerne eine natürliche Äußerung der eigenen militaristischen Überzeugungen ist. Für andere dagegen ist eine solche Haltung gewissermaßen erzwungen. Tatsache bleibt aber, daß in den letzten zwei Jahren praktisch keine einzige Forderung des Pentagon vom Kongreß abgelehnt wurde.

Glieder einer Kette

Der Kongreß ist das zentrale, aber nicht das einzige Element des Militär-Industrie-Komplexes. Damit dieser Mechanismus zuverlässig funktioniert, braucht er noch viele Treibriemen für Verbindungen mit den Gliederungen des Staatsapparates.

Diese Funktionen übernimmt eine starke Lobby, die die Interessen von mehr als 200 USA-Rüstungskonzernen vertritt. Selbst nach den bescheidensten Berechnungen decheln in Washington über 1000 Lobbyisten das Rüstungsgeschäft. In die gleiche Kerbe schlagen die zahlreichen Fachverbände der Unternehmer. Das Pentagon hat auch seine eigenen Kanäle: die Lobbys der Ministerien der einzelnen Waffengattungen und des Verteidigungsministeriums selbst.

Zum „aktiven Sektor“ des Militär-Industrie-Komplexes gehören auch zahlreiche Forschungszentren, die

vom Verteidigungsministerium und von privaten Organisationen finanziert werden, ferner die konservativen Akademikerkreise, die Gewerkschaftsbonzen, allerlei extremrechte Gruppierungen und ein beträchtlicher Teil der Massenmedien.

Die Rüstungskonzerne spenden erhebliche Mittel zur finanziellen Stützung aller möglichen „Komitees für politische Aktionen“ von militaristischer Prägung. Der Einfluß solcher „Komitees“ rührt in der Regel von früheren bekannten Staatsmännern, Diplomaten, Militärs und Wissenschaftlern her. So gehören zum „Komitee für die bestehende Gefahr“, der heute wohl größten und aktivsten Lobby des Militär-Industrie-Komplexes, der ehemalige Außenminister D. Rusk, die ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister P. Nitze und D. Packard, der ehemalige CIA-Direktor W. Calby, Exminister H. Fowler, G. Dillon und B. Connally, die ehemaligen Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa General Goodpaster und General Lemnitzer, der ehemalige Vorsitzende der Vereinten Stabschefs General M. Taylor und Prof. E. Rostow.

Eine Hauptfunktion dieses und ähnlicher „Komitees“ besteht darin, die öffentliche Meinung zu bearbeiten und im Interesse des Pentagon und seiner Lieferanten von Waffen, Munition und neuer Militärtechnik zusätzlichen Druck auf den Staatsapparat auszuüben. Gerade solche „Komitees“ stecken hinter dem Propagandarummel um das angebliche militärische Zurückbleiben der USA hinter der UdSSR. Beim Aufbauschen des Lügenmärchens von der „sowjetischen Bedrohung“ gehen sie dermaßen zynisch vor, daß selbst USA-Wissenschaftler, die noch fähig sind, die Dinge real zu sehen, zugeben müssen: Die Berufungen auf die nationalen Interessen und Erfordernisse der Sicherheit bei der Annahme neuer Militärprogramme sind nur ein Nebelvorhang, der den Eigennutz der Rüstungsmonopole und der Auftraggeber aus dem Pentagon tarnen soll. Nicht von ungefähr bemerkte Ex-Senator Fulbright, daß die meisten Militärexperten der Senatsausschüsse und der Presse auf der Lohnliste des Pentagon stehen.

Diese von ihm ausgehaltenen Experten verschmähen auch nicht soziale Demagogie und behaupten, das Wettrüsten helfe, die Industrie auszulasten und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Dabei zeigen zahlreiche Studien, die in den USA selbst erschienen sind, daß die Wirtschaftsmilitarisierung gerade das Gegenteil bewirkt, d.h. Inflation und Arbeitslosigkeit in die Höhe treibt. Vor kurzem schrieb die „Christian Science

Monitor“ darüber völlig unmißverständlich: „Amerika erlebt ernste Wirtschaftsschwierigkeiten. Es ist den heutigen Verteidigungsausgaben kaum gewachsen, und wenn diese wesentlich erhöht werden, droht ihm eine Katastrophe... Jede Erhöhung des Pentagon-Etats wird eine entsprechende Senkung des allgemeinen Wohlstands nach sich ziehen, wie sich die Menschen, die von den Bundessozialprogrammen abhängen, schon davon überzeugen.“

Viele USA-Zeitungen bringen solche Äußerungen. Aber das kümmert die Interessenvertreter des Militär-Industrie-Komplexes herzlich wenig. Sie bewerten die inneren und äußeren Probleme des Landes schon seit langem nur vom Standpunkt der Profite, die sie einheimsen. Und diese hängen direkt davon ab, wie weit die militaristischen Leidenschaften angepeitscht werden.

Profite winken

Die gegenwärtige Zuspitzung der internationalen Lage beunruhigt naturgemäß die vernünftigen Politiker selbst in den USA. Dafür sind die Waffenhändler und die Pentagon-Generale zufrieden. Carters Ja zum neuen Programm für die Aufstockung der strategischen Kräfte (was bald nach der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages in Wien geschah), der Beschluß des NATO-Rates über die Stationierung neuartiger „eurostrategischer“ Raketen in Westeuropa, der Verzicht auf die Ratifizierung von SALT II, die Erhöhung des Rüstungsbudgets 1980 um mehr als 11 Md. Dollar und die Billigung des Superbudgets 1981, das um weitere 20,6 Md. Dollar steigt: All das verspricht den Rüstungsfabrikanten neue Aufträge und folglich neue Superprofite.

Die New-Yorker Effektenbörse reagiert stets hellhörig auf alle Schwankungen des außenpolitischen Kurses Washingtons. Jeder Schritt der Administration zur Verschärfung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, zum Anheizen der Spannungen und des Wettrüstens läßt die Aktien der Rüstungskonzerne emporschnellen. Allein im vorigen Winter stiegen die Aktien von General Dynamics, Boeing, McDonnell-Douglas, Northrop, United Technologies, Rockwell International, Lockheed, Hughes Aircraft und anderen größten Auftragnehmern des Pentagon um 30–50%. Anfang d. J. schrieb „Le Matin“ (Paris): „Börsenexperten sagen ein für die Rüstungsindustriellen außerordentlich günstiges Jahr voraus.“

Das scheint einzutreffen, auf jeden Fall für die USA-Magnaten. Es hagelt Aufträge für neue Raketen, U-Boote, Flugzeuge, elektronische Ausrüstungen usw. usf. Nur als Auf-

füllung der strategischen Rüstungen plant das Pentagon im Einvernehmen mit dem Weißen Haus, in diesem Jahrzehnt

- die neuen strategischen MX-Marschraketen zu entwickeln und in die Bewaffnung einzuführen;

- der Kriegsmarine strategische Atom-U-Boote mit 24 Start rampen für ballistische „Trident-1“- und später „Trident-2“-Raketen zuzuführen;

- die interkontinentalen ballistischen Minuteman-3-Raketen mit einem Kernsprengkopf von doppelter Stärke auszurüsten;

- die Produktion flugzeuggestützter Flügelraketen mit einer Reichweite bis zu 2600 km anzubahnen;

- Flugzeuge, die Flügelraketen tragen können, zu testen und bei positivem Ergebnis mit dem Bau von 100 Maschinen dieses Typs zu beginnen.

Ein fettes Programm für die mit dem Pentagon liierten Firmen! Und wählerisch sind sie sowieso nicht. Sobald z. B. die Aufstellung der „Eingreiftruppe“ beschlossen wurde, übernahmen die Lockheed, die Boeing und einige andere Monopole den 6-Md.-Auftrag für den Bau von C-X-Militärtransportflugzeugen. Sobald unter Vermittlung Washingtons das Abkommen von Camp David geschlossen wurde, erhielt eine Partie USA-Rüstungen für 12 Md. Dollar Zutritt zum ägyptischen Markt. Die Lieferanten sind die Lockheed, die McDonnell-Douglas und die American Motors. Von dem Beschluß über die Produktion „eurostrategischer“ Raketen profitieren unmittelbar die General Dynamics und die Boeing.

„Krieg — das Geschäft Amerikas“

Man darf natürlich nicht meinen, die Außenpolitik der USA werde nur vom Militär-Industrie-Komplex geformt. Sie entsteht unter der Wirkung zahlreicher politischer, ideologischer, militärstrategischer und wirtschaftlicher Faktoren.

Spricht man von den tieferen Gründen für die zunehmende Aggressivität der USA-Politik, so ist es wohl die objektive Übereinstimmung der Interessen des Komplexes mit dem Streben der herrschenden USA-Kreise nach militärischer Überlegenheit über die UdSSR. Bei den Anhängern der „Beziehungen der Stärke“ zur UdSSR ist die Nostalgie nach den „goldenen Jahren“ der einstigen Macht der USA stärker als Vernunftbeweise.

Die Rückkehr in die Bahnen der Konfrontation erklärt sich in nicht geringem Maße auch daraus, daß Washington über die sozialpolitischen Auswirkungen der Entspannung besorgt ist. In den 70er Jahren beschleunigten sich die sozialen Um-

gestaltungen, vor allem in den Regionen der nationalen Befreiungsbewegung, und scheiterten die zahlreichen Pläne für die „Aufweichung“ des Sozialismus.

Doch der reale Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes ist trotzdem nicht zu übersehen. „Die grobe politische Stärke der Rüstungsindustriellen Lobby in Washington ist erschütternd groß. Die Präsidentschaftskandidaten befürchten, daß man ihnen ‚Unentschlossenheit im Verteidigungsbereich‘ nachsagt — die übliche Etikette, wenn sie dem Pentagon große Gelder nicht gewähren wollen.“ („Christian Science Monitor“).

Die Erfahrungen des Kampfes für die Entspannung in den 70er Jahren zeigten eine eigenartige Gesetzmäßigkeit: Je größer der Fortschritt bei der Entspannung, desto beharrlicher der Widerstand der Militaristen. Besonders erbittert wurde er jedesmal, wenn über die militärische Entspannung, über konkrete Maßnahmen zur Eindämmung des Wettrüstens verhandelt wurde, d. h. wenn die Finanzinteressen der Rüstungsmonopole auch nur im geringsten bedroht wurden. Das Weiße Haus konnte, selbst wenn es den Wunsch hatte, diesen Widerstand bei weitem nicht immer überwinden.

Seit 1963, als der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in drei Medien geschlossen wurde, prägte der Druck des Militär-Industrie-Komplexes in vieler Hinsicht das Herangehen der Administration an alle Verhandlungen über die Einschränkung der Rüstungen. Der Widerstand des Pentagon und der mit ihm liierten Rüstungsmonopole hinderte die Administration, wie der ehemalige USA-Präsident Ford bezeugte, den SALT-II-Vertrag mit der UdSSR noch 1976 zu schließen. Eine neue massierte Offensive auf diesen Vertrag unternahm der Militär-Industrie-Komplex Mitte 1978, als nach einem langen Auf-der-Stelle-Treten wegen der Abkehr der Carter-Administration von den Wladivostoker Vereinbarungen sich ein Fortschritt bei den Verhandlungen andeutete. Zu dieser Zeit gab es in den promilitaristischen „Komitees für politische Aktionen“ mehr SALT-Experten als im Staatsapparat. Die Gegner des Vertrages verausgabten zwischen Mitte 1978 und Sommer 1979 über 4 Mio Dollar für ihre Propaganda und ihre Lobby.

Nichtsdestoweniger wurde der Vertrag bekanntlich unterzeichnet. Die Offensive gegen SALT geht aber weiter. Der Zweck ist klar: die Ratifizierung zu vereiteln oder zumindest möglichst lange hinauszuzögern.

Im Januar d. J. vermerkte der amerikanische Historiker und Diplomat G. Kennan, als er den außenpo-

litischen Regierungskurs in der „Zeit“ (BRD) kritisierte, nicht ohne Ironie die außerordentliche Empfänglichkeit des Kongresses und der Carter-Administration für den Druck des Militär-Industrie-Komplexes. Aber die heutige Administration bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Das Pentagon und das Rüstungsgeschäft fanden bei den Staatsmännern stets ein geneigtes Ohr — mal mehr, mal weniger offen —, doch steht es fest: Die Außenpolitik der Carter-Administration stimmt völlig mit den Interessen des Militär-Industrie-Komplexes überein. In seinem Buch „Amerika unter Waffen“ schrieb der französische Journalist C. Moisy: „Frieden war nie ein erwünschtes Ziel des amerikanischen Big Business, im Gegenteil, Krieg und Kriegsvorbereitung waren in der ganzen Geschichte des Landes das erstrebenswerteste, günstigste und profitabelste Unternehmen in den USA. Krieg ist das Geschäft Amerikas.“

Naiv wäre, die Rüstungsfabrikanten vom unmenschlichen Charakter ihres Geschäfts überzeugen zu wollen. Niemand stellt sich auch eine solche Aufgabe. Aber diejenigen in Washington, die mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, müßten endlich verstehen, daß das Anheizen des Wettrüstens heute die Sicherheit nicht festigt, sondern im Gegenteil nur eine weitere Steigerung der Spannungen in sich birgt.

Obwohl sich die aggressiven Kräfte in ihrer Politik über die Realitäten der heutigen Welt hinwegsetzen, zeigen die KPdSU und der Sowjetstaat Ausdauer, Entschlossenheit und Prinzipienfestigkeit beim Schutz des Kurses auf Entspannung und lassen sich nicht provozieren. Im Beschluß des ZK-Plenums der KPdSU vom Juni 1980 heißt es, daß „die Umtriebe des Imperialismus und der anderen Feinde des Friedens ständige Wachsamkeit und eine größtmögliche Stärkung der Verteidigungsbereitschaft unseres Staates erfordern, um die Pläne des Imperialismus zur Erreichung der militärischen Überlegenheit und zur Verwirklichung der Weltherrschaft zu vereiteln.“

Die UdSSR bleibt der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz treu, sie geht nach wie vor davon aus, daß die Frage nach den Vorzügen des einen oder anderen Systems nicht durch militärische Konfrontation, sondern im friedlichen Wettbewerb gelöst werden muß. Das Sowjetvolk strebt nach einem solchen Wettbewerb, wird aber, wenn es sein muß, stets Mittel und Möglichkeiten finden, um denjenigen eine gebührende Abfuhr zu erteilen, die es wagen sollten, sich mit ihm auf einem anderen Gebiet zu messen. ■

Nach Unterzeichnung des ersten Vertrags über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT I) fragte ein USA-Journalist Henry Kissinger, warum die UdSSR laut diesem Dokument etwas mehr Raketenstarttrampen haben dürfe als die USA. Darauf der damalige Außenminister: „Sie dürfen unsere strategischen Bomber und die Fliegerkräfte der forward-based-systems nicht vergessen.“

Heute redet man in der NATO viel und gern über sowjetische Mittelstreckenraketen. Darüber „vergibt“ man das eigene „eurostrategische“ Potential, vor allem die amerikanischen forward-based-systems.

Raketen vor der fremden Haustür

Im Sommer 1948 erhielten die strategischen Fliegerkräfte der USA die Möglichkeit, ihre Bomber auf Großbritannien zu stützen. Auf den Flugfeldern Ostenglands, von wo aus die alliierten Luftstreitkräfte seinerzeit Hitlerdeutschland Schläge versetzt hatten, landeten 60 B-29-Maschinen. Solche Flugzeuge hatten Bomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Das war der erste europäische Verband der amerikanischen nuklearen forward-based-systems.

Bald stationierte Washington die nuklearen Bomber auch in anderen Ländern, längs der Grenze der UdSSR und ihrer Bündnispartner. Damals waren sie das einzige Beförderungsmittel für Kernwaffen und die USA deren einzige Besitzer. Washington hatte es eilig, sein Atommonopol zu benutzen. Auf welche Weise?

Darüber geben die vor kurzem für offen erklärten Pläne eines Kernkriegs gegen die UdSSR Aufschluß. Die sowjetische und ausländische Presse hat schon viel über diese Dokumente geschrieben. Wir wollen nur hervorheben, daß eine der ersten Operationen, „Trojan“, den Atombombenabwurf auf 100 sowjetische Städte für den 1. Januar 1950 vorsah. Die Ausführung des „Dropshot“-Plans — Abwurf von 300 Kernbomben auf die UdSSR und Vernichtung von 85% ihres Wirtschaftspotentials — hätte am 1. Januar 1957 beginnen sollen. In beiden Fällen sollten die europäischen Stützpunkte die Hauptrolle beim Überfall auf die UdSSR spielen. Wenn sie nicht zum Aufmarschgebiet eines neuen Weltkrieges geworden sind, so nur deshalb, weil die UdSSR das nukleare Monopol der USA brechen konnte

„Vergessene“ Arsenale

und Washington eine niederschmetternde Vergeltung befürchtete.

Bei der Aufstellung ihres forward-based-systems hofften die USA, eine weitere wichtige Aufgabe zu lösen. Admiral Sherman, der Stabschef der USA-Kriegsmarine, sagte 1951 ohne Umschweife: „Eine Grundkonzeption unserer modernen Strategie besteht darin, den Krieg möglichst weit von den USA zu führen.“ Europa eignete sich nach Meinung der USA-Strategen dafür ausgezeichnet. Die Entfernung und der Ozean, die es beide vom amerikanischen Kontinent trennen, hätten die strategische Unverwundbarkeit der USA, dank der es unter der Zivilbevölkerung des Landes während des zweiten Weltkrieges nur sechs Opfer gab, aufrecht erhalten müssen.

Auf der NATO-Ratstagung im Dezember 1957 zwang Washington seinen Partnern den Plan der Stationierung ballistischer Mittelstreckenraketen in Europa auf. Zusätzlich zum Netz der Fliegerhorste sollte ein dichtes Netz von Raketenrampen in England, den Niederlanden, der BRD, in Italien, der Türkei und anderen Ländern angelegt werden. Dieser Plan wurde nur teilweise realisiert: England nahm 60 „Thor“-Raketen, Italien 30 „Jupiter“-Raketen und die Türkei weitere 15 Raketen auf.

Gegen die Aufstellung der USA-Raketenwaffen in Europa wandten sich die demokratische Öffentlichkeit, einige Politiker und sogar Militärexperten der Alten Welt. Sie betonten die Gefährlichkeit dieser Vor-

haben und deren provokatorischen Charakter gegenüber der UdSSR. Helmut Schmidt, damals ein Exponent der sozialdemokratischen Opposition in der BRD, sagte: Jeder objektiv Denkende müsse zugeben, daß die Stationierung feindlicher Mittelstreckenraketen sozusagen vor der fremden Haustür für jede Großmacht als Provokation wirke. Dieser Standpunkt ist aus der Sicht der heutigen NATO-Pläne besonders bemerkenswert.

Die landgestützten USA-Raketen befanden sich nicht lange in Europa. Das Aufkommen der interkontinentalen ballistischen Waffen und die Unvollkommenheit der „Thor“- und „Jupiter“-Raketen veränderten die USA-Pläne. Anfang der 60er Jahre entfernten sie diese Raketen aus Europa. Dafür kamen neue, mächtigere und vollkommene.

Am 17. Mai 1961 erklärte John Kennedy: „Die USA werden dem NATO-Oberkommando fünf Atom-U-Boote mit „Polaris“-Raketen übergeben.“ Bald kreuzten die versprochenen U-Boote in den europäischen Gewässern. Zusammen mit land-, see- bzw. trägergestützten Luftwaffenverbänden bildeten sie den Grundstock der USA-Kernstreitkräfte in Europa — der Kräfte vor der Tür des sowjetischen Hauses.

Eine Handvoll „Phantom“!

Wie sehen die amerikanischen forward-based-systems heute aus? Glaubt man der NATO-Propaganda,

so ist das ein bescheidenes und praktisch harmloses Potential. So sagte Franz Josef Strauß im Bundestag vor kurzem, es handle sich um eine Handvoll „Phantom“-Maschinen, die höchstens den Rand der UdSSR erreichen könnten, ein paar F-111, „Pershing-1“ und U-Boot-gestützte „Poseidon“-Raketen.

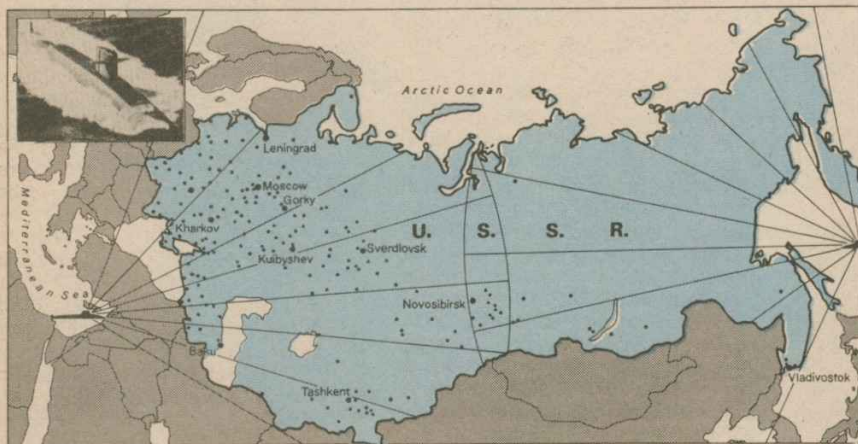
Unlängst veröffentlichte das Internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI), das wohl kaum prosojetischer Ansichten verdächtig werden kann, ein neues Jahrbuch. Ein Abschnitt behandelt die forward-based-systems der USA. Hier die Meinung des SIPRI über die Hauptkomponenten dieser Systeme:

Fünf Atom-U-Boote, die dem NATO-Oberkommando unterstellt sind. Jedes davon trägt 16 „Poseidon“-Raketen mit einer Reichweite von mehr als 5000 km. Jede dieser Raketen hat 10—14 Sprengköpfe von einer Stärke je von 40 Kilotonnen (3 Hiroshima-Bomben).

Um eine bessere Vorstellung von dieser Waffe zu vermitteln, berufen wir uns auf Carter, der im vorigen Jahr erklärte: Ein U-Boot der „Poseidon“-Klasse hat „genügend Sprengköpfe, um alle großen und mittelgroßen Städte der Sowjetunion zu vernichten“. USA-Experten brachten eine Präzisierung: Zur garantierten Erfüllung dieser Aufgabe bedürfte es zweier Raketen-U-Schiffe. Die Zeitschrift „U.S. News & World Report“ erläuterte diesen Gedanken mit einer Graphik. Wir drucken sie hier ab, und der Leser wird sehen, wie sehr dieses Schema an die Pentagon-Karten aus den Jahren des kalten Krieges erinnert.

156 Jagdbomber vom Typ F-111, die in Großbritannien stationiert sind. Ihr Einsatzradius — ca. 2500 km — ermöglicht es ihnen, Moskau und Leningrad zu erreichen. Sie können mit Kernwaffen bis zu 2000 kt ausgerüstet sein.

66 Bomber vom Typ FB-111A. Diese Maschinen sind auf die USA gestützt, jedoch, wie das SIPRI



feststellt, „für Europa bestimmt und als Waffen des europäischen Schauplatzes zu betrachten“. Der Einsatzradius ist doppelt, die Zuladung dreimal so groß wie bei den F-111.

Etwa 500 sonstige Flugzeuge (darunter „Phantom“- und trägergestützte A-6- und A-7-Maschinen). Ihr Einsatzradius (1300–1700 km) erlaubt es ihnen, Kernwaffen bis nach Riga, Minsk, Kiew und Odessa zu befördern.

108 ballistische „Pershing-1“-Raketen. Sie haben einen Sprengkopf bis zu 400 kt und eine Schußweite bis zu 750 km. Vom BRD-Territorium können sie z. B. Kaliningrad und andere Grenzstädte der UdSSR treffen.

Einige Fachleute zählen zu den nuklearen Mitteln der forward-based-systems auch andere Waffen. Aber auch die SIPRI-Liste widerlegt die Behauptungen von der Harmlosigkeit dieser Kräfte.

Der Westen „verteidigt sich“

Die amerikanischen forward-based-systems waren stets im Blickfeld Moskaus, sind sie doch gegen die UdSSR und deren Bündnispartner gerichtet. Bei den Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen brachte die UdSSR die Frage solcher Systeme mehrmals zur Sprache. Aber Washington weigerte sich, sie zu erörtern, und zwar unter dem Vorwand, es handle sich dabei nicht um strategische Waffen. Doch kommt es nicht auf die Bezeichnung, sondern auf die Potenzen an. Die amerikanischen forward-based-systems können genau so wie strategische Systeme Objekte auf sowjetischem Territorium treffen.

Nichtsdestoweniger zog SALT I die forward-based-systems in gewissem Maße — wenn auch nicht im Wortlaut, so doch de facto — in Betracht. Wie schon gesagt, durfte die UdSSR mehr Raketenstartrampen haben als die USA. Der vor einem Jahr unterzeichnete SALT-II-Vertrag legte das gleiche Limit für die interkontinentale Waffe beider Länder fest. Die forward-based-systems wurden aus dem Vertrag ausgeklammert. Um das „eurostrategische“ Niveau auszugleichen, mußte die UdSSR ihre Mittelstreckenwaffen modernisieren.

Das war eine Gegenmaßnahme. Die NATO stellt sie jedoch als Herausforderung und als Grund für ihren Beschluß hin, in Europa neue USA-Raketen zu stationieren. Nach allem zu urteilen, paßt der Führung des Blocks das Kräftegleichgewicht nicht. Davon zeugt auch ein Inter-

view, das der britische Außenminister Lord Carrington vor kurzem der „News of the World“ gewährte:

„Frage: Haben diejenigen recht, die befürchten, daß das Risiko des Kernkriegs größer geworden ist?

Antwort: Die Veränderung der letzten 15–20 Jahre besteht darin, daß die strategische nukleare Überlegenheit der Amerikaner verloren ging. Gegenwärtig besteht eine nukleare Parität.“

Diese Feststellung des britischen Außenministers ist erfreulich, zumal im Westen immer wieder von der „sowjetischen Überlegenheit“ geredet wird. Aber welcher Schluß wird daraus gezogen?

„Deshalb war die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Konfliktes vor 15 Jahren geringer... Gewiß, wenn wir fest entschlossen sind, uns zu verteidigen, die Rüstungen und die Militärtechnik zu modernisieren, wird die Wahrscheinlichkeit des Krieges viel geringer sein.“

Demnach verteidigt sich der Westen, indem er versucht, die militärische Überlegenheit zu erlangen, während die UdSSR die Kriegsgefahr heraufbeschwört, indem sie Maßnahmen zur Erhaltung des nuklearen Gleichgewichts trifft. Diese seltsame Logik liegt den Argumenten zugrunde, mit denen die NATO ihren Beschluß begründet, die amerikanischen forward-based-systems um 572 neuartige Mittelstreckenraketen zu verstärken.

Um eine neue Runde im Wettrüsten zu vermeiden, schlug die UdSSR im vorigen Herbst Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen vor. Sie erklärte sich auch bereit, die Anzahl der sowjetischen Systeme dieser Kategorie zu reduzieren, wenn der Westen darauf verzichtet, in Europa amerikanische Flügel- und die „Pershing“-Raketen neuer Generation zu stationieren.

Dieser Vorschlag, der bei der NATO leider kein Echo fand, bleibt in Kraft. Die UdSSR ist auch heute davon überzeugt, daß dies ein gerechter, weil auf dem Prinzip gleicher Sicherheit beruhender und auch der kürzeste Weg dazu ist, die Aufstockung der „eurostrategischen“ Rüstungen zu vermeiden. Um dieses festgefahrene Problem über den toten Punkt hinwegzubringen, ergriff sie vor einem Monat eine neue Initiative und schlug vor, die Frage der Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite gleichzeitig und in organischem Zusammenhang mit den amerikanischen forward-based-systems zu erörtern. Diese Verhand-

lungen könnten noch vor Ratifizierung von SALT II begonnen werden. Allerdings ist die Realisierung der eventuellen Vereinbarungen nur nach Inkrafttreten dieses Vertrages möglich.

Die erste Reaktion der Führer der westlichen Länder auf diesen Vorschlag war positiv: Sie erklärten, daß er sie interessiere, und versprachen, ihn mit aller gebührenden Aufmerksamkeit zu studieren. Solche Erklärungen erwecken Hoffnung. Aber zugleich erschienen in der westlichen Presse Ende Juli und Anfang August Mitteilungen, aus denen ersichtlich war, daß gewisse NATO-Politiker zwar keine Argumente gegen solche Verhandlungen haben, dafür aber beabsichtigen, sie durch die Verzögerungstaktik zu torpedieren. Die NATO-Strategen erwägen jetzt auch, alles nur auf die Erörterung der landgestützten Raketenwaffen hinauslaufen zu lassen.

Und was ist mit den Luftstreitkräften, die Kernwaffen bis weit auf das Territorium der UdSSR und ihrer Bündnispartner befördern kann? Was mit den U-Boot-gestützten „Poseidon“-Raketen? Moskau kann begreiflicherweise ihre Existenz nicht ignorieren, dazu gibt es zu viel von diesen Waffen und sind sie viel zu gefährlich. Die UdSSR macht ohnehin ein wesentliches Zugeständnis an den Westen, indem sie auf der gegenwärtigen Etappe die Frage der „eurostrategischen“ Potentiale in Großbritannien und Frankreich nicht aufwirft.

Aber es geht nicht nur um die quantitativen Kennwerte der amerikanischen forward-based-systems. Diese liegen ja in der Nähe der sowjetischen Grenzen und können, wie schon gesagt, sowjetisches Territorium treffen, während die USA für die sowjetischen Mittelstreckenraketen unerreichbar sind. Anders gesagt, muß auch der geographische Faktor berücksichtigt werden. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko betonte: „Die Sowjetunion hat nichts Analoges, was die Bedeutung dieses Faktors ausgleichen könnte.“

Mit seinem neuen Vorschlag will Moskau keine einseitigen Vorteile erreichen. Gleichheit und gleiche Sicherheit — auf dieser Grundlage ist die UdSSR bereit, über jedes Abrüstungsproblem, über jede Rüstungsart zu verhandeln. Doch wird sie nie den Wunsch der NATO hinnehmen, „vergessene“ Arsenale zu haben, denn das wäre eine Störung des bestehenden Kräftegleichgewichts.

W. BOJKOW

IN SCHWERER STUNDE

Alexander BARYSCHEW

Eine Wand im Parlament Boliviens nimmt eine Freske ein. Sie stellt raffende Bankiers, grausame Generale und Gestalten mit Gasmasken, Sinnbilder des Bösen, dar, die vergebens versuchen, das Gute — ein Kind im Mutterleib — abzutöten. Dazu die folgenden Worte an die gewählten Volksvertreter: „Kämpfe für dein Volk, gegen Unterdrückung und Barbarei!“

In den Jahren nach der Erringung der Unabhängigkeit hatten die Bolivianer schwer gegen imperialistische Einmischungen und Ränke der einheimischen Reaktionäre anzukämpfen. Dieser Kampf hatte seine Aufschwünge und Niedergänge. Bolivien wurde der Prometheus der Anden genannt, weil sein Volk als erstes in Lateinamerika den bewaffneten Kampf gegen die Imperialisten und die Oligarchie aufnahm und 1952 in seinem Aufstand siegte. Aber gerade die Bolivianer bekamen mit den ersten nach dem Gegenangriff der Reaktion die Bitternis einer Niederlage zu spüren.

In den anderthalb Jahrhunderten der Unabhängigkeit der Republiken Lateinamerikas kam es 550mal zu Staatsstreich. Ein Drittel von ihnen trug sich in Bolivien zu. Nach allgemeiner Ansicht war der jüngste, der 189., der am sorgfältigsten vorbereitete und blutigste.

Der 189.

Seine Vorbereitungen liefen lange vor der Aktion der Militärs vom Juli 1980 an, als sich das Kräfteverhältnis im Land zugunsten der Linksparteien gestaltete, die ihre Uneinigkeit einigermaßen überwinden und sich Rückhalt bei den breiten Massen sichern konnten, gingen die Rechten bewußt zum Aufheizen der Spannung über. Kein Tag verging ohne Angriffe der reaktionären Presse gegen den Linksblock, die Front der Demokratischen und der Volkseinheit. Sie zieh diese aller Todsünden, vor allem, daß sie sich auf „ausländische Kräfte und Doktrinen“ orientiere.

Zugleich behauptete die Presse andauernd, die aus Zivilisten bestehende Rechte-Zentrums-Regierung unter Lidia Gueiler, die sich eines gemäßigten bürgerlichen Reformismus befleißigte, sei untauglich, der

wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. In dieses Gezeter stimmten Leute von den zahlreichen Ziviljungen ein, die wie Pilze aus dem Boden schossen.

Das alles sollte die Bolivianer zu der Ansicht bringen, daß in einer solchen Situation nur eine „starke Hand Ordnung schaffen kann“. Diese Behauptungen fielen beim Militär auf fruchtbaren Boden. Es stützte sich auf die Geschäftswelt, auf einen Teil des städtischen „Mittelstandes“ und auf die begüterten Bauern, die von der Wirtschaftspolitik des Militärregimes Banzer (1971–1978) gewisse Vorteile gehabt hatten. Diese Militärs waren noch früher unverhohlen vom Landesverband der Privatbesitzer und vom Verband der mittleren Bergbauindustriellen unterstützt worden. Da die Rolle des Parlaments abgeschwächt war und die bürgerlichen Parteien an Ansehen verloren, forderte der rechte Flügel der höchsten Chargen als „ausschlaggebender politischer Faktor“ und „Hauptgarant der Stabilität“ lauthals das Mitspracherecht.

Selbst politisch völlig unbeschlagenen Leuten konnte es nicht entgehen, daß die Propagandahetze gegen die Regierung und die Äußerungen der Militärs von ein und derselben Stelle aus gemanagt wurden: von der Führung der Rechtskreise. Als Repräsentantin der Finanzoligarchie, der militärischen und technokratischen Elite, der Großaktionäre und hoher Staatsbeamter war sie daran interessiert, den Demokratisierungsprozeß zu destabilisieren. Sie hatte ihren guten Grund dazu. Die Wahlen der letzten beiden Jahre zeigten jedes Mal, daß das Volk die Demokratie will. Die meisten Stimmen bekam stets der Kandidat der Front der Demokratischen und der Volkseinheit.

Gelernt ist gelernt

Der reaktionäre Militärklüngel ging von den demagogischen Forderungen allmählich zu ultimativen

über. Mitte Juni erklärte das Oberkommando der Streitkräfte auf Veranlassung von Luis Garcia Mezá, dem Kommandierenden des Heeres (einem Absolventen der nordamerikanischen „Diktatorenschule“ in der Zone des Panamakanals), der sich schon lange mit Putschplänen trug, der interimistischen Präsidentin, Lidia Gueiler, sie solle die für den 29. Juni angesetzten Wahlen um mindestens ein Jahr aufschieben und vorläufig ein neues Kabinett größtenteils aus Militärs bilden.

In der muffigen Atmosphäre des Gemunkels von einem bevorstehenden Umsturz trat das 2. Armee-korps, das in Santa Cruz, der zweitgrößten Stadt Boliviens, stand, wo schon viele Staatsstreich ihre Anfang genommen hatten, eigenmächtig in Einsatzbereitschaft. Die ohnehin gespannte Lage wurde durch den Konflikt zwischen der Armee und der Legislative noch erschwert, der dadurch entstand, daß auf Forderung der Öffentlichkeit Expräsident Banzer wegen diverser



Barrikadenbau in La Paz

Foto AP—TASS

Staatsverbrechen, darunter finanzieller Machenschaften, unter Anklage gestellt worden war.

Die ausgesprochen ungünstigen Aussichten der Rechten für die Präsidentschaftswahlen und die Ablehnung einiger Parteien, in die neue Regierung einzutreten, destabilisierten die Lage noch mehr. Das benutzten die reaktionären Militärs und die ultrarechten Gruppen. Die Terrorakte wurden häufiger. Banditen ermordeten den Direktor der Wochenschrift „Aqui“, den Geistlichen Luis Espinal, und den kommunistischen Senatskandidaten Jorge Sattory. Im Flughafen der Hauptstadt wurde eine Flugzeugkatastrophe verursacht, bei der drei Führer der Front umkamen. Mehrere Explosionen lösten die Ultrarechten in La Paz, Cochabamba und Santa Cruz aus. Kurz vor den jüngsten Geschehnissen versuchte der Chef der Präsidentenwache, Lidia Gueiler in ihrem

Arbeitszimmer zu ermorden, und nur einem glücklichen Zufall verdankt sie ihr Leben.

Wem nützt es!

Gleich nach Geschehnissen sind alle ihre Triebfedern und Hintergründe nicht immer leicht zu erkennen. Aber schon jetzt kann man mit Hilfe der einfachen juristischen Frage: „Wer hat den Nutzen davon?“ gewisse Schlüsse aus den Vorgängen in Bolivien ziehen.

Das Wahlprogramm der Front, deren Kandidaten das Volk bei den Wahlen im Juni den Vorzug gab, sah die Bildung einer Volksregierung vor: eine Kontrolle über die Nutzung der nationalen Ressourcen, einen Kampf gegen die Korruption, eine Verstärkung des staatlichen Wirtschaftssektors, eine Förderung der bäuerlichen Genossenschaften und eine wirkliche Demokratie, unter der die Verfassung strikt befolgt werden sollte.

Konnte so ein Programm der Oligarchie, den Großagariern und Großindustriellen passen? Natürlich nicht. Seine Ausführung hätte ihre Macht ja eingeengt.

Hätte die Neuordnung den Reaktionen in den Streitkräften, besonders den Generalen, passen können, die ihre Erhöhung ja dem Expräsidenten General Banzer zu verdanken haben? Natürlich nicht. Sie hätten ja ihre hohen und einträglichen Posten verlieren können. Über manchen wie über Banzer selbst hing das Damoklesschwert, der Korruption und des Amtsmissbrauchs überführt zu werden. Und schließlich hätten sie sich auch für die groben Fehler in der Innen- und Außenpolitik verantworten müssen, auf die die jetzige schwere Finanz- und Wirtschaftslage des Landes weitgehend zurückzuführen ist.

So entstand die Personalallianz der rechtsstehenden Bourgeoisie und der oligarchischen Kreise mit den Banzeristen.

Washington und die Putschisten

Das Bild ist unvollständig, wenn man nicht zeigt, welchen Einfluß auswärtige Kräfte auf die Situation in Bolivien ausüben. In ihrem Programm erklärte die Front eindeutig, das Land werde nichtpaktgebunden bleiben und Weltorganisationen beitreten, die eine neue Weltwirtschaftsordnung anstreben und gegen die Übermacht der Multis vorgehen.

Diese Aussicht behagte den imperialistischen Mächten, besonders den USA, ganz und gar nicht. Deren herrschende Kreise beobachteten voll Unruhe die Entwicklung in Bo-

livien, auch deshalb, weil es ein aktives Mitglied des Andenpaktes ist. Die antiimperialistische Ausrichtung dieses Bündnisses der bürgerlich-demokratischen Regimes von Ekuador, Peru, Kolumbien und Venezuela erregt im Weißen Haus immer größeren Ärger, besonders, seitdem sich die Andengruppe geweigert hat, die Aktion der USA gegen Nikaragua zu unterstützen. Die Machtergreifung der reaktionären Militärclique in La Paz gibt der US-Regierung zweifellos Anlaß zu hoffen, Bolivien werde, wie das früher auf Weisung Washingtons die chilenische Junta tat, mit dem Andenpakt brechen. Deshalb fällt niemand auf die Erklärung der USA herein, daß sie „Bolivien die militärische Hilfe sperren“. Es hat schon früher mehr als genug solcher Hilfe bekommen, und sie ist gerade denen in die Hände gefallen, die den 189. Militärputsch angestiftet und verübt haben.

Washington, das so viel vom Schutz der Menschenrechte redet und behauptet, mit den bürgerlichen Demokratien zusammenarbeiten zu wollen, möchte natürlich verhehlen, daß es bei den schmutzigen Machenschaften noch einer reaktionären Junta seine Hand im Spiel hat. Wahrscheinlich hat man sich dort schon den Kopf über ein Alibi zerbrochen. Als solches sollte ihm anscheinend das Melodrama dienen, das der US-Botschafter in La Paz, Weissman, kurz vor dem Putsch aufführte. Die „Washington Post“ griff damals die unverkennbar inspierte Mitteilung auf, er sei mit dem Oberkommando Boliviens in Kontakt getreten und habe schon am 30. Mai „den Staatsstreichversuch durch persönliche Ermahnung der Offiziere verhütet“. Die Militärs bestritten damals diese Lesart ganz entschieden. Zwischen ihnen und Washington kam es zu einem erbitterten Wortgefecht, und Weissman wurde einer „Einnischung in die inneren Angelegenheiten“ Boliviens bezichtigt. Die Veranstalter dieser Farce wollten den US-Diplomaten für den Fall des Umsturzes einen „Beweis“ dafür in die Hand spielen, daß sie das Vorgehen der Putschisten nicht gebilligt hätten.

Es ist bezeichnend, daß der sofort zu Konsultationen nach Washington zitierte Weissman (der sonderbarer Weise über Santiago hinflieg) erklärte, der Umsturz ändere „keinesfalls etwas an den nordamerikanisch-bolivianischen Beziehungen“. Bei den langjährigen Verbindungen Washingtons mit den Putschisten ist das zweifellos der Fall. Die Sache bekommt aber ein ganz anderes Gesicht, wenn man sich daran erinnert, daß eine Gruppe von Privatbanken in den USA lange nicht auf

die Bitte der Präsidentin Gueiler reagierte, die Bedingungen für die Tilgung der Auslandsschulden Boliviens zu ändern. Sie haben sich, der mexikanischen „Dia“ zufolge, jetzt bereit erklärt, die nächstfällige Zahlung bis zum Jahresende zu stunden. Das erklärt sich doch unstreitig mit dem Wunsch der nordamerikanischen Geldgeber, dem Militärregime seine finanzielle Lage zu erleichtern.

Revanche am Südpol

So tragisch die Geschehnisse vom Juli für das Volk Boliviens selbst auch sind, ihre Tragweite geht unstreitig über dessen Grenze hinaus. Sie zeugen von Versuchen des Imperialismus und der einheimischen Reaktion, gegen den Aufschwung der nationalen Freiheitsbewegung auf dem ganzen Subkontinent vorzugehen.

In dessen Norden erleidet Washington eine Niederlage nach der anderen, dort, wo sich unweit der Grenze der USA das revolutionäre Kuba befindet, wo das Volk Panamas siegesicher gegen den Kolonialismus kämpft, wo Peru, Ekuador, Venezuela und Mexiko entschlossen ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit behaupten und die meisten Länder

Ende Juni fanden in Brüssel Hearings über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt, veranstaltet von der Politischen Kommission des Europäischen Parlaments. Das Hauptaugenmerk galt der Frage, ob die Länder des Westens namentlich die EG-Staaten, am Madrid-Treffen teilnehmen sollen.

Schon diese Fragestellung läuft der Schlußakte sowie dem Beschluß der Belgrader Konferenz über die Einberufung des Treffens in Madrid zuwider. Allerdings haben die meisten Teilnehmer der Hearings die an den Haaren herbeigezogene Frage bejaht. Doch bei der Diskussion z. B. über den ersten Korb (Sicherheit in Europa) wälzte der ehemalige niederländische Außenminister van der Stoep die Verantwortung für die internationale Spannungen faktisch auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder ab und erwähnte mit keinem Wort den NATO-Beschluß, die militärischen Aufwendungen zu erhöhen, in Europa neue Atomraketen zu stationieren und noch andere Aktionen dieses Blocks in Wirklichkeit an der weltpolit-

TIEFE KLUFT

Juri BOTSCHKARJOW

der Karibik antiimperialistisch eingestellt sind. Da Washington im Norden in der Defensive ist, will es im Süden offenbar dafür Revanche nehmen.

Deshalb ist Bolivien jetzt sozusagen der Sandkasten für die Konfrontation der beiden Entwicklungstendenzen in dieser Region, der demokratischen und der reaktionären. Die Londoner „Times“ schrieb: „Hätte das Parlament Boliviens zum beabsichtigten Termin einen Zivilpräsidenten gewählt, dann wäre die Demokratisierung in den Andenpaktländern bis zum August beendet und damit die Isolierung der reaktionären Regimes in Chile, Paraguay und Uruguay verstärkt gewesen.“

* * *

Wie sich die Lage im Land nach dem Putsch auch gestalten mag, die Geschichte lehrt, daß in Lateinamerika wie auch anderwärts diktatorische Regimes mit Unterstützung des Imperialismus zwar eine Zeitlang bestehen können, daß sie aber an sich nicht lebensfähig und geschichtlich dem Untergang geweiht sind. Sie stützen sich auf Bajonette, wie aber die Lateinamerikaner sagen, kann man mit Bajonetten alles mögliche machen, bloß nicht darauf sitzen.

Der Ex-Schah, Mohammed Resa Pehlewi, ist in Kairo beigelegt worden. Unrühmlich war der letzte Weg des blutigen Tyrannen, er legte ihn zurück, unsichtbar begleitet von den Schatten seiner zahllosen Opfer. Der Trauerfeier wohnten aber auch offizielle Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Spaniens und Marokkos bei. Nicht viele hatten sich gefunden, die das Odium der Teilnahme an dem von Sadat veranstalteten Trauerzug tragen wollten. Wie der Pariser „Matin“ sarkastisch schrieb, war die Beisetzung prunkvoll, es habe „nur das Volk und die Trauer gefehlt“.

Auch Washington war von Trauer über den Tod des Mannes nichts anzumerken, zu dem sieben Präsidenten einschließlich des jetzigen fast 40 Jahre lang in „Sonderbeziehungen“ standen. Noch im Dezember 1977 brachte Carter in Teheran einen Trinkspruch auf „unsern lieben Freund und Bundesgenossen“ aus und dankte ihm dafür, daß

er aus dem Iran eine „Insel der Stabilität“ im Meer der internationalen Unruhen gemacht habe. Etwas später, als es auf dieser Insel zu Ereignissen kam, die zum Sturz des Schahs führten, beschloß Carter, seinem Freund in den USA Zuflucht zu gewähren. Unverkennbar rechnete er darauf, ihn wieder zur Macht zu bringen, wie das die CIA schon 1953 tat, als sich der Monarch vor dem Volkszorn davonmachte. Die Lage im Iran und in der Welt ist aber nicht mehr wie in den 50er Jahren.

Nur Washington begreift das nicht. Dort glaubt man blind an die nicht mehr vorhandene Allmacht der USA. Die politischen Fehlrechnungen der Amerikaner rühren ja gerade davon her, daß sie das heutige politische Kräfteverhältnis in der Welt falsch beurteilen. Ein solcher Mißgriff war der Beschluß, dem flüchtigen Schah Asyl zu gewähren, trotz der Warnung, daß das für Washington schwierige Probleme

DEBATTEN IN BRÜSSEL

schen Abkühlung schuld sind.

Der stellvertretende Direktor des Londoner Internationalen Instituts für strategische Forschungen, Alford, bezweifelte, ob es nötig und zweckmäßig sei, die vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa, wie sie die Schlußakte vorsieht, weiter zu perfektionieren, solche wie die vorherige Ankündigung großer Militärübungen und Truppenverschiebungen. Alford nannte diese Maßnahmen gefährlich.

Indessen haben viele Teilnehmer der Hearings befürwortet, daß in Madrid eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung beschlossen wird, was den jetzigen Tagesforderungen entspricht.

Widerspruchsvoll war auch die Diskussion über den zweiten Korb (Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz). Der ehemalige außenpolitische Generaldirektor der EG-Kommission Wellenstein warf den sozialistischen Ländern

eine „sehr starre Einstellung zur EG“ vor, die einen Ausbau der wirtschaftlichen West-Ost-Beziehungen behindere. Zugleich schwieg er sich über die wirklichen Ursachen der höchst bescheidenen Resultate aus, die beim Ausbau der Kontakte zwischen EG und RGW erzielt worden sind: über die diskriminierende Handels- und Wirtschaftspolitik des Westens, sein Streben nach alleinigen Vorteilen aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern.

Den Veranstaltern der Hearings war auch bei der Planung der Diskussion über den dritten Korb (Zusammenarbeit auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte, in Information, Kultur und Bildungswesen) der Realitätssinn abhanden gekommen. Sie ließen Gegner der Entspannung — Abtrünnige, die wegen gesetzwidriger, gesellschaftsfeindlicher Betätigung aus den sozialistischen Ländern ausgewiesen wurden — zu Worte kommen. Kein Wunder, daß

über den dritten Korb kein ernsthaftes Gespräch zustande kam.

Es ist vorgesehen, daß die Politische Kommission des Europa-Parlaments das Schriftmaterial der Brüsseler Hearings in dem Bericht für die Tagung dieses Parlaments im Oktober in Betracht ziehen wird. Es ist zu hoffen, daß bei den westeuropäischen Parlamentariern der Realitätssinn siegen wird.

Wie es im Beschluß des Juni-Plenums des ZK der KPdSU „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion“ heißt, bestehen „objektive Möglichkeiten und gesellschaftlich-politische Kräfte, die fähig sind, ein Absinken zu einem neuen kalten Krieg zu verhindern, eine normale, friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu gewährleisten und die Gefahr eines thermonuklearen Weltkonflikts abzuwenden“. Es wird sich zeigen, ob das Europa-Parlament zu den sozialen und politischen Kräften gehört, die dazu beitragen, die Entspannung in Europa zu erhärten.

J. LAWROW

nach sich ziehen könne. So war es auch. Washington geriet in eine heikle Lage, als der Iran forderte, daß es den Schah ausliefern und die von ihm geraubten Schätze zurückerstatten soll, dies als unerläßliche Bedingung für die Lösung des Geiselnproblems.

Im Juli trat im Iran der Medschlis zusammen und sollte, wie vorher bekanntgegeben worden war, über die amerikanischen Geiseln debattieren. Washington schöpfte Mut, hatte aber keine Ursache dazu, denn Teheran nahm die Forderung nach Auslieferung des Ex-Schahs nicht zurück. Da fand man in Washington anscheinend, daß er eine rechte Last sei.

Jetzt ist er tot. Er starb nicht unerwartet, denn er war schwerkrank gewesen. Die iranische Presse aber behauptet, sein Tod sei durch Eingreifen von CIA-Agenten in seine Behandlung beschleunigt worden. Die „Ettela'at“ schreibt, er sei vor der Medschlisdebatte über die Geiseln liquidiert worden. Die westliche Presse wiederum teilte mit, auf den Krankheitsverlauf hätten sich große Dosen chemischer Medikamente verheerend ausgewirkt.

Die Auslieferung des Ex-Schahs ist also fortgefallen, nicht aber die Forderung nach Rückgabe der von ihm geraubten Schätze an den Iran. Resa Pehlewi, der die Angewohnheit hatte, den Staatsäckel mit dem eigenen zu verwechseln, überwies Riesensummen nach den USA und nach Westeuropa. Die westliche Presse schätzt sein Vermögen auf 20 Md. Dollar, in Teheran aber nennt man eine viel höhere Summe.

Das Sündenregister

In Washington besteht der Irrtum, daß zwischen den USA und dem Iran nur die Geiselnfrage stehe. Dabei gähnt zwischen ihnen eine tiefe Kluft. Der namhafte Medschlis-abgeordnete Hassan Ayat hat erklärt, ehe die Geiseln freigelassen werden könnten, müßten die vom Schah geraubten Schätze zurückerstattet werden, und außerdem müßten die USA versprechen, sich nie in die inneren Angelegenheiten des Irans einzumischen. „Wir wollen nicht die Geiseln richten, sondern die USA für die Verbrechen, die sie seit 35 Jahren am Iran begangen haben“, betonte er. Das ist ein lauges Sündenregister.

Selbstverständlich hat das Volk das Verbrechen der CIA von 1953 nicht vergessen: den Putsch und den Sturz Mossadeghs, der den Besitz der britisch-iranischen Erdölgesellschaft verstaatlichte. Der wieder zur

Macht gebrachte Resa Pehlewi wurde zur Marionette der USA. Ebenso wenig hat das Volk vergessen, daß die SAVAK, die Gemeimpolizei des Schahs, von der CIA mit Dazutun des britischen und des israelischen Geheimdienstes gebildet wurde und daß die Mordbuben von der SAVAK eine Ausbildung in den USA durchliefen. In der US-Botschaft in Teheran beschlagnahmte Aktenstücke decken auf, daß zahlreiche CIA-Agenten die SAVAK eigentlich ständig leiteten, in deren Kerkern haarsträubende Verbrechen begangen wurden. Nicht vergessen wird das iranische Volk weiter, daß die USA der iranischen Armee und Polizei Tränengas, Handgranaten und Flammenwerfer zur Unterdrückung friedlicher Demonstrationen lieferten und daß die Panzer, die Demonstranten niederwalzten, die Aufschrift „Made in USA“ trugen.

Als es im Iran zum Aufstand kam, stand Carter mit dem Schah in Telefonverbindung und forderte ihn zu schärferem Vorgehen gegen das Volk auf. Als dann der Schah floh, orientierte sich der US-Präsident auf dessen Ministerpräsidenten Bakhtiar um und hielt auch ihn zu rigorosem Vorgehen an, wobei er ihm Unterstützung versprach.

Die pharisäische Politik Washingtons wird auch durch folgendes gekennzeichnet. Noch vor der Niederlage des Schahs schrieb die „Washington Post“ offen, die Regierung und das Staatsdepartement hätten nach einem Ersatz für ihn in Gestalt einer zentristischen Zivilkoalition gesucht, im Iran aber nichts dergleichen gefunden, worauf die Regierung beharrlich weiter nach „brauchbaren Jungens“ suche. Das tut sie noch jetzt und rechnet darauf, Politiker oder Militärs finden zu können, die nach dem Sturz der jetzigen Regierung die Macht übernehmen könnten.

In der iranischen Revolution erblickten die herrschenden Kreise der USA vor allem einen Schlag gegen ihre eigenen strategischen Positionen in dieser Region, einen Verlust „unseres besten Freundes und Bundesgenossen“. Der ehemalige US-Verteidigungsminister Schlesinger nannte das eine Katastrophe.

Mit allen ihren weiteren Schritten zeigten die USA, daß sie sich damit nicht abfinden wollen. Das Weiße Haus hetzt wegen des Geiselnproblems auch über die Massenmedien, um eine Psychose gegen den Iran anzufachen, bei der es beliebige antiiranische Schritte unternehmen könnte.

Die Operation von Tabas ist schmachvoll gescheitert. Wie jetzt dokumentarisch festgestellt ist, soll-

te sie in erster Linie den Sturz des Regimes im Iran herbeiführen. Das Militär, das mit Hubschraubern in die Gegend von Tabas geschickt wurde, sollte zu den Kräften der inneren Konterrevolution stoßen, deren Kern die der Vergeltung entgangenen SAVAK-Beamten und -Agenten sowie reaktionäre Offiziere und Generale — aktive und entlassene — bildeten.

Kein Wunder, daß zwei Monate später ein neues Komplott gegen den Staat aufgedeckt wurde. Die Sicherheitsorgane untersuchen weiter die Umstände dieses Komplotts und nehmen noch immer Beteiligte fest.

Ein neuer „Freund und Bundesgenosse“

In Heft 30 schrieben wir, wohin die Fäden des Komplotts führen. Jetzt liegen weitere Tatsachen vor. Es hat sich z. B. herausgestellt, daß bei den Vorbereitungen eine psychologische Diversion eine große Rolle spielen sollte. Dafür benutzte man Piratensender in Ägypten: einen in der Nähe von Alexandria und einen zweiten unweit des Suezkanals. Sie sendeten persisch und verfolgten, wie die „New York Times“ schrieb, das Ziel, die Macht Ayatollah Khomeinis zu erschüttern. In den Sendungen wurde die Bevölkerung aufgerufen, den Iran „zu befreien“ und zu diesem Zweck „zu den Waffen zu greifen“. Sie wurde mit der Behauptung dazu angespornt, daß Bakhtiar in Paris Streitkräfte gegen Khomeini aufstelle. Die Benutzung der ägyptischen Sender zur Wühlpropaganda gegen das Regime des Irans wurde im Dezember 1979 im Weißen Haus in einer Sitzung beschlossen, bei der Brzezinski den Vorsitz führte.

Welche Rolle Ägypten bei den Aktionen der USA gegen das iranische Regime angewiesen war, das muß besonders erläutert werden.

Nach dem Sturz des Schahs legte sich Carter in dieser Region einen neuen „guten Freund und Bundesgenossen“ zu: Sadat. Die amerikanischen Waffen, die früher nach dem Iran gingen, wurden umadressiert. „Phantome“, schwere Panzer, Geschütze und Munition treffen in Ägypten ein. Die Zeitung „Al Hadaf“ (Kuweit) meldet, daß in Ägypten Tomahawk- und Pershing-Raketen stationiert werden, die Ziele im Iran, in Afghanistan, in der VDR Jemen und in Äthiopien treffen können. Wie früher der Iran so wird jetzt demnach Ägypten zu einer amerikanischen Rüstungskammer gemacht.

Sadat leistet den USA größere Dienste als der Schah. In einem Interview für das japanische Fernseh-

hen hat Sadat im Juli erklärt, er sei zu „beliebigen Vergünstigungen“ an die USA bereit, um an den Persischen Golf vorzustoßen oder die Geiseln zu retten. Wäre er offener, so hätte er sagen müssen, daß er dem Pentagon „beliebige Vergünstigungen“ nicht gewähren werde, sondern schon gewährt habe. Auf ägyptische Basen waren ja die C-130-Flugzeuge bei dem mißglückten Überfall auf den Iran vom April gestützt. Sadat war also ein direkter Komplize bei dieser Aktion der USA gegen den Iran.

Jetzt hat das Pentagon auf dem ägyptischen Luftwaffenstützpunkt Kena, 450 km von Kairo entfernt, F-4-Maschinen und Jagdbomber stationiert. Sie kamen unter dem Vorwand, an gemeinsamen Manövern mit der ägyptischen Luftwaffe, die drei Monate dauern sollten, teilnehmen zu wollen. Manchen Blättern zufolge sollen US-Truppen bei diesen Manövern im Wüstenkrieg gedreht werden. Auch will man dabei untersuchen, ob man von Ägypten aus Eingreiftruppen an den Persischen Golf verlegen kann. Es ist anzunehmen, daß die USA die Manöver gerade beginnen ließen, als die Verschwörer im Iran losschlagen wollten, um ihnen Mut zu machen.

Was Israel betrifft, so hat es Verbindungen zu Agenten der SAVAK behalten und versieht sie mit Geld und mit Instruktionen über alles, was eine Destabilisierung der politischen Lage betrifft. Aufgrund der bei Teilnehmern des Komplotts vom Juli beschlagnahmten Dokumente beschuldigt die iranische Führung Israel der Mittäterschaft.

Die USA führen neue Aktionen gegen den Iran im Schilde und nehmen Ablenkungsmanöver vor: 180 Kongreßmitglieder haben an den Medschlis ein Schreiben mit dem Wunsch gesandt, die Differenzen beizulegen. Der Medschlis-Vorsitzende, Shahemi Rafsandhani, verlas das Schreiben vor den Abgeordneten und erklärte, daß die US-Regierung lüge: daß sie keinerlei Schritte zur Behebung der Krise tue, sondern sie andauernd noch aufheize. Er erinnerte an die Operation in Tabas, an das Komplott vom Juli und daran, daß die USA auf ihre Bündnispartner drücken, sich den Sanktionen gegen den Iran anzuschließen.

Wie wir sehen, ist das Geiselnproblem nicht das Wichtigste, das zwischen den USA und dem Iran steht. Vielmehr ist es die Absicht Washingtons, die Revolution um jeden Preis abzuwürgen und sich die verlorenen Positionen zurückzuholen. Da hat sich Washington offenkundig zuviel vorgenommen.

Olympisches Examen

Von unserem politischen Kommentator
Lew BESYMENSKI



Die XXII. Olympiade der Neuzeit ist zu Ende. Die Sportler denken an die ausgetragenen Wettkämpfe zurück, die Experten beginnen mit der Analyse der neuen Rekorde, die Organisatoren mit dem Fazit aus der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben. Hinzu kommt dieses Mal wie nie zuvor eine politische Analyse. Es wird wohl kaum jemand abstreiten, daß die Spiele von 1980 nicht allein ein wichtiges sportliches, sondern auch ein weltpolitisches Ereignis gewesen sind.

Aber beginnen wir beim Sport, und bei ihm fing es ja an, denn schon bei den Vorbereitungen zur Olympiade taten die Gegner der olympischen Bewegung ihr möglichstes, um die Weltöffentlichkeit vergessen zu machen, daß es sich dabei um Sport handelt. Bei dem in aller Welt aufgelegten Rummel dachten sie am allerwenigsten an die olympischen Ideale und an die Interessen der Sportler. Umgekehrt, sie opferten diese Interessen den niederträchtigsten politischen Machenschaften auf. Man denke! Als der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Lord Killanin, die Vertreter der Weltpresse aufforderte, „in den nächsten drei Wochen nur über den Sport zu berichten“, da wurde in der westlichen Presse Unmut laut (den die „Washington Post“ unverblümt äußerte). Nach den antiolympischen Rezepten hätte sie über alles mögliche, bloß nicht über den Sport schreiben sollen.

Ich gestehe, ich treibe nicht Sport und kann seine Feinheiten nicht beurteilen. Aber vom ersten Tag der Spiele, von ihrer grandiosen Eröffnung und von den ersten Wettkämpfen an, mochte ich an nichts anderes denken. Es war alles so packend und schön, daß man den Gegnern der Olympiade am liebsten ins Gewissen geredet und sie gefragt hätte, ob sie der edle Sportwettbewerb denn wirklich kalt lasse.

Der Weltsport hat sich in Moskau selbst auf die Probe gestellt, und er hat sie bestanden. Die Spiele waren ein starker Impuls für sein unablässiges Vorwärtstreiben und für die Einbeziehung immer neuer Massen. Obwohl in allen Sportsparten ständiges Landes- und Länderwettkämpfe

stattfinden, sind die Olympischen Spiele doch seit Jahren die hohe Schule des Weltsports. Die Moskauer Olympiade entsprach durchaus dieser Anforderung.

In Moskau sind 36 Welt-, 74 olympische, 39 Europa- und zahlreiche Landesrekorde aufgestellt worden (1976 in Montreal 34 Welt- und 70 olympische Rekorde). Sachverständige sagen, daß die Wettkämpfe höchstes Niveau hatten. Es ist fair dabei zugegangen. Der Präsident der medizinischen Kommission hat erklärt, diese habe keinen einzigen Fall der Einnahme verbotener Präparate festgestellt.

Der Sport besteht aber nicht nur aus Rekorden, so wichtig sie auch sind. Moskau war in diesen Tagen auch der Schauplatz eines Wettkampfes der Möglichkeiten zum Sport und seiner Entwicklungsperspektiven. Hier konnten die sozialistischen Länder diese Möglichkeiten in ihrer ganzen Größe vorführen. Ich muß an das olympische Debüt der UdSSR von 1952 in Helsinki denken. Die westliche Presse ließ es damals an skeptischen Kommentaren nicht fehlen. Sie fragte, ob man „die Russen überhaupt zulassen soll“. Die könnten ja nichts, und es frage sich noch, ob sie den Olympiagedanken verstünden. Beim Blättern in meinen damaligen Notizen muß ich lächeln. In den seitdem verflossenen 28 Jahren wären Olympische Spiele ohne die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder undenkbar gewesen. In Helsinki zögerte man übrigens mit der Zulassung der DDR, ihre selbständige Mannschaft erschien bei den Spielen erst 16 Jahre später. Jetzt ist sie als olympische Großmacht anerkannt.

Die sozialistischen Länder haben sich als getreue Verfechter des olympischen Gedankens erwiesen. Gemeinsam mit den Sportlern anderer Länder haben sich die ihren trotz der Gefahr, die der olympischen Bewegung dieses Jahr drohte, prächtig gehalten. Ganz unverhohlen hatte der stellvertretende Syndikus des Weißen Hauses, Robert Klein, ja schon im Februar 1980 erklärt, er schwöre (!), falls sich das IOC nicht dem amerikanischen Standpunkt anschließe, würden die USA „die

olympische Bewegung vernichten". Angesichts der Schwierigkeiten, die sie schon vor 1980 hatte (man denke z. B. an die Konflikte in Montreal wegen der Apartheid!), erkennt man, daß die Absicht der USA im Sinne der Kreise war, denen die Olympiaden ein Dorn im Auge sind. Diese Absicht schlug jedoch fehl. Nach Moskau ist die olympische Bewegung noch stärker und noch mehr als zuvor ein Faktor der internationalen Kontakte zwischen Sportlern und den gutgewillten Menschen überhaupt.

Moskau hat auch das gewaltige Sportpotential der Entwicklungsländer erwiesen. Sportler aus Asien, Afrika und Lateinamerika haben es beim stürmischen Beifall der Tribünen vor Augen geführt.

Noch eine rein sportliche Prüfung ist in Moskau mit Glanz bestanden worden. Die Spiele stellen jetzt einen technisch äußerst komplizierten Wettbewerbskomplex dar. Nach Moskau kamen fast 6000 Sportler, sie trugen in 21 Sparten Wettkämpfe um 203 Medallensätze aus. Die Wettkämpfe mußten wie Uhrwerk ablaufen, ebenso die Beförderung der Teilnehmer (die in Lake Placid viel zu wünschen übrig ließ), die sofortige Bearbeitung der Resultate, ihre prompte Weiterleitung an die Presse u. a. m. Diese Prüfung haben Moskau und die Organisatoren der Olympiade 1980 bestanden. Präsident Kekkonen, der früher selbst Sport trieb, war in Moskau und hat erklärt: „Die Organisation der Wettkämpfe und sie selbst sind des höchsten Lobes wert.“

Moskau hat viel für die Olympiade

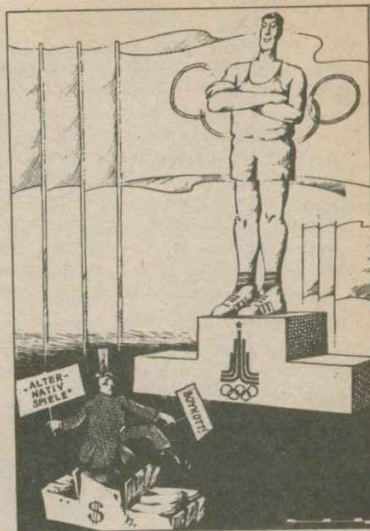
DDR

getan, aber sie hat sich revanchiert. Ich glaube, die Moskauer — und nicht nur sie — werden es ihr noch lange danken, daß sie viele großartige Sportanlagen bekommen haben. Im Bericht des Organisationskomitees heißt es, daß in Moskau eine ganze Sportstadt gebaut worden ist. Diese große Beisteuer zur Förderung des sowjetischen und des Weltsports wird noch lange Anerkennung finden.

Man kann und soll über vieles schreiben, worin sich die XXII. Spiele ausgezeichnet haben, nicht zuletzt über das umfangreiche Kulturprogramm. Es hat gezeigt, daß der Sport nach unseren Begriffen nur ein Teil der Menschheitskultur ist. Der Held der XXII. Spiele war keine Rekordmaschine, sondern der in jeder Beziehung hochstehende Mensch.

* * *

Und nun kommen wir zur Politik, über die in den letzten Monaten sehr intensiv diskutiert worden ist, vornehmlich in dem Sinne, daß der Sport von der Politik getrennt werden muß. Das sagten vor allem Sportler, und man kann sie verstehen, denn während der Vorbereitungen zu den XXII. Spielen und während der Spiele selbst mischten sich eine gewisse Politik und gewisse Politiker hartnäckig und sogar gewaltsam in die Sportangelegenheiten ein. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Die Menschheit hat einen Entwicklungsstand erreicht und derartige Verbindungen hergestellt, daß buchstäblich jede menschliche Betätigung globale Di-



Zeichnung: N. Stscherbakow

mensionen annimmt. Wenn einst ein Dichterwort lautete, man könne die Natur zur Tür hinausjagen, sie käme zum Fenster wieder herein, so tut die Politik das nicht nur durch die Fenster, sondern sogar durch die Mauern.

Aber was für eine? Ich wage zu behaupten, daß der Sport nicht von jeder, aber von einer vernunftwidrigen Politik getrennt werden muß. Wenn von der Politik des Friedens und der Zusammenarbeit die Rede ist, so kann sie dem Sport nur förderlich sein, der seinerseits der Weltpolitik dienlich ist.

SOLIDARITÄT FÜR DEN FORTSCHRITT

Ende Juli feierte man in der Deutschen Demokratischen Republik 20 Jahre Bestehen des Solidaritätskomitees der DDR. Das Jubiläum wurde zu einem wichtigen Ereignis im Leben der Republik und fand Resonanz auch im Ausland. Das Wirken des von Kurt Seibt geleiteten Komitees steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der umfassenden internationalistischen Hilfe der DDR für die jungen Nationalstaaten. Nicht nur staatliche Einrichtungen, sondern auch zahlreiche gesellschaftliche Organisationen und Bürger der DDR leisten dazu ihren Beitrag. Die solidarische Hilfe ist Ausdruck des antiimperialistischen Kurses der DDR-Außenpolitik, aber auch der tiefgreifenden Veränderungen im sozialen und politischen Leben der Republik, im Bewußtsein ihrer Bürger.

In diesem Jahr sind aus DDR-Häfen Schiffe mit dringend benötigten Waren nach Kambucha, Angola, Moçambique, Äthiopien, in die VDRJ und viele andere Länder abgegangen. Einen besonderen Platz unter den Solidaritätsaktionen nimmt die Hilfe für Afghanistan und Nicaragua ein. Im vergangenen Jahr gingen große Partien Lebens- und Arzneimitteln, Stoffe und Fahrzeuge an das vietnamesische Volk.

Die DDR leistet große Hilfe bei der Ausbildung von Fachkräften für die jungen Nationalstaaten. 39 000 Bürger aus diesen Ländern erhielten in den vergangenen zehn Jahren ihre Berufsausbildung in der DDR oder qualifizierten sich weiter. 10 000 erlangten Fach- oder Hochschulbildung. Unter den in der DDR ausgebildeten Fachleu-

ten sind 6000 junge Vietnamesen. Bis 1982 sollen es 10 000 sein.

Die jungen Spezialisten arbeiten nach ihrer Rückkehr nicht selten mit ihren früheren Kollegen und Dozenten aus der DDR zusammen. In den letzten zehn Jahren waren ca. 15 000 Fachkräfte aus der DDR bei der Alphabetisierung, im Gesundheitswesen, in Industrie und Landwirtschaft der Entwicklungsländer tätig. Die FDJ-Freundschaftsbrigaden packen in afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern mit an. FDJler vermitteln der Jugend dieser Länder ihr Wissen, unterstützen sie bei der Errichtung wichtiger Volkswirtschaftsobjekte.

Auch die zahlreichen Regierungsabkommen zeugen von internationalistischer Hilfe und Solidarität. In den letzten 10 Jahren hat die DDR 141 Regierungsabkommen mit 59 Entwicklungsländern abgeschlossen und Wirtschaftsausschüsse mit 15 Ländern gebildet. Gegenüber 1970 hat sich der Außenhandelsumsatz der DDR mit den

Eins von den wichtigsten Ergebnissen der XXII. Olympischen Spiele ist es gerade, daß sie, wie zu erwarten war, ein wichtiger positiver Faktor im Leben der Welt von heute gewesen sind. Jedermann weiß, daß die Olympiaden schon in der Antike ein Wahrzeichen des Friedens waren. Auch heute hat der Sport seine Friedensmission, sie ist ein Leitgedanke der olympischen Bewegung. In der Olympischen Charta sind deren Zielsetzungen ja folgendermaßen umrissen: „Erziehung der Jugend mit Hilfe des Sports im Sinne der Verständigung und Freundschaft, die dazu beitragen, die Welt besser und ruhiger zu machen; Verbreitung der olympischen Grundsätze über die ganze Welt, damit guter Wille unter den Völkern herrsche.“

Jetzt, fünf Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte, ist es angebracht, daran zu erinnern, daß es in Teil 3 (kulturelle und humanitäre Ziele) ausdrücklich als notwendig bezeichnet wird, den internationalen sportlichen Verkehr zu fördern. Da heißt es: „Um bestehende Verbindungen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports zu erweitern, werden die Teilnehmerstaaten entsprechende Kontakte und entsprechenden Austausch fördern, einschließlich Sporttreffen und Wettkämpfen aller Art, auf der Grundlage der geltenden internationalen Regeln, Bestimmungen und Praxis.“

Dieser Punkt der Schlußakte machte es allen Ländern zur Pflicht, der Moskauer Olympiade, die ja

Entwicklungsländern mehr als verdreifacht. Mit Unterstützung der DDR wurden in diesem Zeitraum mehr als 650 wichtige Volkswirtschaftsobjekte fertiggestellt: Betriebe des Verkehrswesens, der Energiewirtschaft, der Bau- und der Textilindustrie. Die internationalistische Hilfe der DDR findet ein dankbares Echo in den jungen Nationalstaaten und hebt das Ansehen der DDR auch in den Ländern der dritten Welt noch mehr.

Die Bewegung der internationalistischen Solidarität mit den jungen unabhängigen Staaten nimmt in der DDR immer neue Dimensionen und Formen an. In diesen Dimensionen und in der antiimperialistischen Ausrichtung dieser Bewegung finden der progressive Charakter des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden, die neue Moral seiner Bürger, denen Frieden, Völkerfreundschaft, antiimperialistische Solidarität und Humanismus am Herzen liegen, ihren Ausdruck.

R. ALEXANDROW

Die Fußballer Nigerias und Kolumbiens bei einem Ausscheidungs-spiel.

Auf der Tallinner Segelregatta

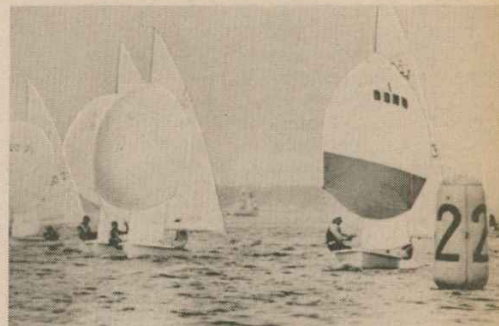
Sergej Suchorutschenkow, Olympiasieger aus Kuibyschew, war der schnellste



nach den „geltenden internationalen Regeln, Bestimmungen und Praxis“ abgehalten worden ist, ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Erinnern wir uns an das Geschrei der USA und der anderen westlichen Länder, als die sozialistischen Länder angeblich Bestimmungen aus dem „dritten Korb“ nicht erfüllten. Jetzt scheinen diese Herrschaften nicht zu merken, daß Washingtons Appell von Anfang 1980, die Olympiade zu boykottieren, ein Verstoß gegen die auch vom US-Präsidenten unterzeichnete Schlußakte ist.

Es ist eine faustdicke Lüge der westlichen Propaganda, daß die Aktion gegen die Olympiade nur wegen der „Geschehnisse um Afghanistan“ gestartet worden sei. In Wirklichkeit begann das Kesseltreiben, als in Afghanistan noch Daud regierte. Lange vor 1980 legten die antisowjetischen Kläffer schon gegen die Moskauer Spiele los. So erhob die Pinochetclique 1976 einen „Protest“ gegen sie, ja schon 1978 forderten mehrere US-Senatoren, sie abzusagen, und in Frankreich wurde sogar ein Komitee gegen die Moskauer Olympiade gebildet. „Der Westen braucht Druckmittel gegen die UdSSR“, schrieb im August 1978 die Londoner „Times“, „und die Olympischen Spiele eignen sich vorzüglich dazu.“ Sehr genau hat Georges Marchais, der Generalsekretär der FKP, dieses Treiben so gekennzeichnet:



„Es gibt Leute, denen geht es gegen den Strich, daß die Spiele in einem sozialistischen Land stattfinden können.“

Die antisowjetischen Lobbys in vielen westlichen Ländern machten es zu einer ihrer Hauptaufgaben, die Spiele zu vereiteln. Auf ihren Startschuß hin begann die Kampagne, die das Staatsdepartement hochtrabend den „Tenor unseres Solidaritätsappells an unsere Bündnispartner“ genannt hat. Herr Muskie, der Staatssekretär der USA, ging noch weiter, er erklärte, falls Leute aus dem Westen im Moskauer Stadion einmarschieren sollten, würden „die Russen das als eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Außenpolitik und ihres Systems auffassen“. Ihm pflichtete Lord Carrington bei, er sagte, eine Beteiligung an der Olympiade sei für das Sowjetvolk eine „Anerkennung seiner Gesellschaft“.

Das scheint uns der Schlüssel zum Verständnis dessen zu sein, was die USA mit ihrem Kesseltreiben gegen die Olympiade bezweckten. Die olympische Bewegung fußt auf der Idee der Gleichberechtigung aller Sportler und aller beteiligten Länder. Wenn man so sagen kann, stellte sie einen greifbaren Ausdruck der hochsinnigen Idee der Koexistenz dar. Und darin liegt anerkanntermaßen ihre Stärke. Wenn ein Sportler an den Spielen teilnimmt, so erklärt er sich damit weder für eine politische Anschauung noch für die Politik des Landes, in dem die Spiele auf IOC-Beschluß veranstaltet werden. Mit ihrer Teilnahme an den Spielen in München, Melbourne und Montreal haben ja die sowjetischen Sportler auch nicht das politische System des Westens anerkannt, ebensowenig wie ihre Teilnahme an

den Winterspielen in Lake Placid eine Billigung des außenpolitischen Vorgehens der USA zu bedeuten hatte.

Die Herren Carter, Muskie und ihr Anhang haben versucht, der olympischen Bewegung und — wir fügen hinzu — dem ganzen internationalen Sport den universellen Charakter zu nehmen. Das ist ihnen völlig vorbeigegangen. Sind einige Regierungen auch auf den Washingtoner „Solidaritätsappell“ eingegangen, so haben sich erstens Nationale Olympische Komitees (in Italien, England und Australien) dem Regierungsbeschluß nicht gefügt und haben zweitens die Beschlüsse von Komitees, die sich fügten (USA, BRD), bei den Sportlern stürmischen Protest ausgelöst.

In Moskau traten Sportler aus 81 Ländern an. Was die Behauptung einiger westlicher Kommentatoren betrifft, die XXII. Spiele seien nicht ganz universell gewesen, so kann man sie mit diesem Vorwurf nur an die Urheber der antiolympischen Kampagne und ihren Anhang verweisen. Erst richteten sich ihre Quertreibereien gegen den globalen Spannkreis der Spiele, und jetzt regen sie sich darüber auf, daß er zu vermissen gewesen sei. Das ist ja, als hätte der Brandstifter Herostrat aus der Antike auf die „untüchtige“ Feuerwehr von Ephesos geschimpft. Die Gegner der Moskauer Olympiade haben aber nicht einmal herostratischen Ruhm geerntet. Die Spiele waren ein repräsentativer und sehenswerter Wettstreit der Weltjugend. Die olympische Bewegung hat eine große Prüfung bestanden.

Den Feinden der olympischen Bewegung ist in Moskau doch wohl eine eindringliche Lehre erteilt worden. Sie zeugt objektiv davon, daß das Streben nach Verständigung und Freundschaft, nach einer „besseren und ruhigeren Welt“ stärker ist als der politische Druck eines Staates, der es sich anmaßt, andere souveräne Länder belehren zu wollen. Die Spiele haben das Streben der Sportler, die einen sehr wichtigen, dynamischen Teil der Menschheit darstellen, nach einer Politik der Verständigung und des Friedens bewiesen.

Über den Abbruch, den die antiolympische Kampagne dem Sport selbst zugefügt hat, kann es nur eine Meinung geben. Diese haben die Sportler der USA, Japans, der BRD und anderer Länder rundheraus geäußert. Der bekannte bundesdeutsche Zehnkämpfer Guido Kratschmer, der als Zuschauer nach Moskau kam, hat erklärt, daß sich die bundesdeutschen Sportler in einer unangenehmen Lage befänden. Er bedaure sehr, daß sie in Moskau

nicht zum Wettkampf antreten konnten.

Er kam aus Philadelphia, wo man für diejenigen, die nicht nach Moskau durften, eine Art Olympiadenersatz zu veranstalten versuchte. Er nannte diesen unlauter und langweilig. Dort wurde kein einziger Weltrekord aufgestellt, nicht einmal von Amerikanern, von deren Abwesenheit in Moskau viele westliche Kommentatoren soviel her machten. Die „Los Angeles Times“, die in der Stadt der XXIII. Spiele erscheint, hat übrigens melancholisch festgestellt, daß eine Anwesenheit der Amerikaner bei den Moskauer Spielen die Resultate nicht wesentlich beeinflußt hätte.

Die Sportler, die nach Moskau kamen, waren mit ganzem Herzen bei der Sache. Mehr noch, als einige Nationalkomitees beschlossen, ohne ihre Flaggen und Hymnen anzutreten, erweckte das bei den Mannschaften Unmut. Der Italiener Giovanetti fand einen Ausweg: Als er auf dem Ehrenpodest stand, sang er zusammen mit den Trainern und mit seinen Kollegen die italienische Hymne.

* * *

Bei dem internationalen Examen, das die Olympiade ja war, sind die Urheber des Boykotts mit Pauken und Trompeten durchgerasselt, doch nicht, ohne vorher gehörigen Schaden angerichtet zu haben. Als sie nämlich die Spiele nicht vereiteln (und auch keine „Parallelspele“ zustande bringen) konnten, taten sie etwas, das der KSZE-Schlußakte ebenso zuwiderläuft: Sie versuchten, der Öffentlichkeit ihrer Länder jede Information über die Spiele vorzuenthalten.

Sofort setzte auch ein ohrenbetäubendes Geschrei in der westlichen Presse ein, daß die Bürger der sozialistischen Länder keinen Zugang zu Informationen hätten. Ich weiß noch, wie wortreich sich der amerikanische Delegierte Goldberg und einige seiner Kollegen darüber auf der Belgrader Nachfolgekonzferenz ergingen.

Aber kommen wir zur jetzigen Situation. Niemand wird bestreiten, daß Sportinformationen nie schaden können. Umgekehrt, wenn alles normal ist, nehmen sie in der westlichen Presse, in den Funk- und TV-Programmen sehr viel Raum ein. Ich habe selbst gesehen wie das bundesdeutsche Fernsehen während der Münchner Olympiade sich auf beiden Programmen in Live-Sendungen von dort geradezu überbot. Jetzt verkündet Springers „Welt“ triumphierend, das dortige Fernsehen habe von der stundenlangen großartigen Moskauer Eröffnungsfeier nur fünf Minuten gesendet.

Bundesdeutsche Kollegen, die nach

Moskau gekommen waren, haben mir erzählt, daß viele Hotels und Pensionen nahe der Grenze der DDR, der CSSR und Österreichs in ihrer Kundenwerbung hervorhoben, bei ihnen könne man das vollständige olympische Programm sehen. Die Leitung des bundesdeutschen Sports habe Leute an die Grenze der DDR geschickt, die dort Videoaufnahmen von allen Moskauer TV-Programmen gemacht haben. Die Redaktionen sind überhäuft mit Protestschreiben gegen die kärgliche Fernsehinformation. Und das gilt nicht nur für die BRD. Unter dem Druck der US-Regierung mußten die größten amerikanischen Fernsehgesellschaften ihre Kontrakte über Sendungen von den Spielen kündigen.

Die Vorenthaltung der Informationen über die Spiele ist übrigens noch ziemlich harmlos neben den bösartigen Falschmeldungen mancher westlicher Blätter. Offenbar hatte Lord Killanin guten Grund zu seinem Appell, nur über den Sport zu berichten. Manche Korrespondenten in Moskau haben sich ja mit allem möglichen, bloß nicht mit dem Sport beschäftigt. Damit haben sie dem starken Pressekorps bei den Spielen, das sein Bestes getan hat, keine Ehre gemacht.

* * *

In seiner Grußbotschaft an die Teilnehmer der Spiele schrieb Leonid Breshnew: „Es ist befriedigend, daß in Moskau unter den olympischen Fahnen Sportler aus den meisten Ländern aller Erdteile zusammengekommen sind. Das bestätigt nochmals, daß der durch jahrhundertalte Erfahrungen und Traditionen geheiligte Wille zum Verkehr miteinander und zum Zusammenwirken nicht gebrochen werden kann.“ Diese Worte kennzeichnen genau den Leitgedanken der Spiele, wo sie auch stattfinden. Zur größten Genugtuung der Olympioniken und ihrer Freunde in aller Welt sind die XXII. Spiele ein Markstein der olympischen Bewegung und des friedlichen Verkehrs der Völker miteinander überhaupt, ein neuer Impuls für die edlen Ideen der Freundschaft und des Friedens. Das Examen ist bestanden.

Ich lese sehr genau, was Sie über Frankreich schreiben. Mit vielen Ihrer Werturteile bin ich nicht einverstanden. Was Sie darüber auch schreiben mögen, es ist und bleibt eins der politisch tolerantesten Länder. Die Kommunisten z. B. haben bei uns Rechte und Möglichkeiten wie in keinem anderen Land.

François FABRE
Bordeaux, Frankreich



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Lew
MAKAREWITSCH

Niemand zweifelt die demokratischen Traditionen Frankreichs an, werter Herr Fabre. Darüber, was Sie über die Rechte und Möglichkeiten der Kommunisten schreiben, möchte ich aber doch etwas sagen.

Mir scheint, wenn sie jetzt stark in der Nationalversammlung, in den Municipalitäten, den Gewerkschaften und demokratischen Organisationen vertreten sind, wenn sie eine eigene Presse und die Möglichkeit (wenn auch, wie Sie zugeben werden, eine viel geringere als die bürgerlichen Parteien) haben, in Funk und Fernsehen zu sprechen, so nicht etwa, weil die herrschende Klasse für Demokratie und für einen „politischen Pluralismus“ wäre, wie man das in Ihren Zeitungen nennt. Das alles haben sie nicht auf dem Präsentierteller bekommen, sondern sich mit schweren Opfern erkämpft.

Die herrschenden Kreise Frankreichs haben ihre Einstellung zum „Gespenst des Kommunismus“ seit Karl Marx eigentlich nie geändert. Denken Sie doch an Ereignisse aus jüngster Geschichte. Die Regierung Daladier ließ 1939 Repressalien gegen die Kommunisten los, die FKP wurde verboten, und ihren Abgeordneten wurde die Immunität abgesprochen. Denken Sie weiter an das Vichy-Regime und an die Zeit der Résistance. Damals wurden 75 000 Kommunisten erschossen, zu Tode gepeinigt oder gemeuchelt. Denken Sie schließlich an den Krieg in Algerien, als Mitglieder der FKP dafür gefoltert

und getötet wurden, daß sie für die kämpfenden Algerier waren.

Jetzt mögen Sie sagen, das alles sei längst vorbei und in Frankreich alles anders. Wirklich alles?

Ich brauche Sie wohl nicht an die kürzlichen Skandale wegen politischer Bespitzelungen bei Peugeot zu erinnern, wo über die Arbeiter Geheimakten geführt wurden. Entgegen der Verfassung und den Arbeitsgesetzen ließ man Kommunisten und andere Linke dienstlich nicht aufrücken, kürzte ihnen den Lohn und schikanierete sie auch auf andere Weise.

Wenn abgebaut werden muß, dann sind die Kommunisten die ersten. Von den 34 Arbeitern, die bei SNIAS in St.-Nazaire gekündigt werden sollten, waren 22 Mitglieder der FKP. Ein Vorwand findet sich immer. Wenn man schon keinen Vorwand finden kann, denkt man sich einen aus wie in einem Geschäft von Printemps-Hausmann. Dort wollte man Nadia Quéneudec, ein aktives Mitglied der FKP und der CGT, loswerden, und die Direktion fabrizierte mit Hilfe der Polizei eine Anklage wegen Diebstahls.

Manchmal kommt man ohne Vorwand aus. In Poissy vertrieben vor dem Werk von Simca-Chrysler-Talbot vier Kommunisten, darunter eine Frau, die Zeitung „Action“. Plötzlich pflanzte sich vor ihnen eine Gruppe von Kerlen auf und fing an, auf die vier einzuschlagen. Dann verschwand sie auf dem Betriebsgelände, was deutlich zeigt, daß sie mit Wissen der Unternehmer gehandelt hatten.

Ich könnte noch viele solche Beispiele anführen. Zwei Sparkassenangestellten in Arcueil, Jean-Louis Noël und

Anne-Marie Perolle, wurden die im Laufe der Jahre erhaltenen Gehaltszuschläge gekürzt, weil sie in ihrer Freizeit die „Humanité-Dimanche“ vertrieben hatten. Gemaßregelt wurde auch Frau Monique Lamblin, stellvertretende Rektorin einer Oberschule in Prieur-de-la-Marne, nur weil sie Mitglied der FKP ist und zusammen mit Kollegen und Eltern von Schülern gegen die Verschlechterung des Schulwesens protestiert hatte.

Wie Sie sehen, spricht das alles nicht für Ihre Behauptung, daß bei Ihnen politische Toleranz herrsche. Man übt sie gegenüber den Neofaschisten von der Föderation für nationale und europäische Aktionen, wenn sie Räumlichkeiten der FKP demolieren. Auf der anderen Seite wurde der Bürgermeister von Fontenay-sous-Bois (Departement Val-de-Marne), der Kommunist Louis Bayeurte, zweimal zu insgesamt 3200 Franc Geldstrafe verurteilt, weil er es gewagt hatte, städtische Angestellte in Schutz zu nehmen, die von der Polizei mißhandelt wurden.

Gewiß, die politischen Hintergründe der Repressalien werden oft vertuscht oder fetteschwiegen. Manchmal aber fühlt man sich nicht einmal bemüßigt, das zu tun. Bei Androhung der Entlassung gegen die Kommunistin Colette Maatouk bei Roussel—UCLAF in Romainville wurde als Grund angegeben, sie habe im Betrieb politische Druckschriften ihrer Partei verbreitet. Ob man sie wohl entlassen hätte, wenn es Druckschriften einer bürgerlichen Partei gewesen wären, sagen wir der Sammlungsbewegung für die Republik oder der Union für die Französische Demokratie?



Bitte etwas über die Moslemsekte der Ismaeliten.

D. GAFUROW

Namadgud, Tadschikische SSR

Die Ismaeliten, ursprünglich ein Zweig der Schiiten, glauben, der Imam (Führer) aller Moslems könne nur ein Verwandter Mohammeds, des Propheten, sein. Außerdem glauben die Schiiten an das Erscheinen eines Messias, d. h. an die Auferstehung eines verstorbenen Imams. Die Ismaeliten glauben darüber hinaus an das Erscheinen des siebenten Imams, eines Sohns des nicht-erkannten Imams Ismael.

Seinerzeit traten die Ismaeliten gegen die Feudalknechtschaft auf. Sie waren für ihren unversöhnli-

chen Kampf gegen eine andere islamische Strömung, die Sunniten, bekannt, die nicht glauben, daß der Führer der Moslems ein Verwandter des Propheten zu sein habe.

Am weitesten verbreitet ist der Ismaelismus im afghanischen Gebirge, in Pakistan, im Iran, in Syrien und einigen anderen Ländern Asiens und Afrikas. Die erblichen geistlichen Führer, die Agakhane, leben von den großzügigen Spenden der Sektenmitglieder.

PS

Pleitegeier in Lake Placid



In Lake Placid hat sich der Pleitegeier eingenistet. Das Hotel „Lake Placid“ kommt, weil die Winterspiele 1980 schlecht organisiert waren und es mit der Beförderung von Touristen gar nicht klappte, so daß diese dünn gesät waren, und weil sich schließlich nicht einmal die Renovierung bezahlt gemacht hat, jetzt unter den Hammer. Vor der Pleite steht auch das Organisationskomitee. Seine Kasse ist leer, und es hat 8 Mio Dollar Schulden. Der Ausverkauf seines ganzen Besitzes kann nur ein Viertel der Schulden decken. Seine Hilferufe an die Stadt und die Bundesregierung waren vergeblich. „Offenbar verstehen wir uns nicht darauf, Olympische Spiele zu veranstalten“, gestand ein Mitglied des Organisationskomitees.

Der Geist aus der Flasche

Französische Experten haben festgestellt, daß es in Frankreich 2 Millionen Alkoholiker gibt und daß 3 Millionen ständig zuviel trinken. Jedes Jahr sterben am Alkoholismus 40 000 Personen. Er ist die dritthäufigste Todesursache in Frankreich. Wie die Londoner „Times“ schreibt, ist der Schaden, der durch dieses Übel angerichtet wird, so groß wie der Etat des

Unterrichts- und des Justizministeriums zusammen und macht mehr als das 2,5fache der staatlichen Einnahmen aus dem Spieltosenverkauf aus.

Wer noch?

Die Korruption und Gaunerei bei den höchsten Machtorganen Südkoreas ist längst bekannt. Erst jetzt aber hat sich das genaue Ausmaß dieser Verbrechen herausgestellt. Im Laufe eines Monats seit Eröffnung der behördlich angesagten Antikorruptionskampagne sind mehrere tausend Beamte abgesetzt und die korruptesten — vorläufig 26 — eingelocht worden. Es sind drei Ex-Minister und 23 Politiker, davon 14 Abgeordnete des Parlaments. Unter den abgesetzten höchsten Staatsbeamten sind Bankdirektoren, die Präsidenten von Versicherungsgesellschaften und Firmendirektoren.

Wer hat eine lange Leitung?



Der südafrikanische Minister für Post, Fernmeldewesen, Sport und Entwicklung, Hendrik Smit, hat angeregt, daß dem Präsidenten der RSA ein Beratungsausschuß aus Weißen, Indern, Asiaten und „Farbigen“ beigegeben werden soll. Wohl gemerkt: Keine Schwarzen. Darauf hat der Minister hingewiesen und

behauptet, daß „sie eine verlangsamte Denkfähigkeit“ hätten. Die Pariser „Humanité“ hat zu dieser rassistischen Argumentation festgestellt, Herr Smit habe mehr als 30 Jahre seit dem Nürnberger Prozeß noch immer nicht begriffen, daß man mit Rassismus am Galgen endet. Wer hat also eine lange Leitung?

Besser eine Schippe Kohl'...



Die Energiekrise kann auch zu etwas gut sein. Sie regt z. B. zum Erfinden an. Der Engländer Tony Gregory aus Stapleford hat einen Plattenspieler mit Dampfantrieb erfunden. Es genüge eine Schippe Kohle, damit der Plattenspieler die nötige Umdrehungszahl erreicht. Außerdem könne er mit derselben „Dampfmaschine“ Tee brühen und Toast rösten.

Wo was zu holen ist

Mrs. Arlene Crane, die Gattin des US-Kongressmanns Philip Crane, hat den „Stern“ wegen Verleumdung verklagt. Er hat über sie geschrieben, sie sei „unkeusch, vulgär, amoralisch und ehebrecherisch“. Dabei genieße sie einen guten Ruf und sei Mutter von acht Kindern. Die Verleumdung habe ihr und ihrem Mann geschadet, der von der Republikanischen Partei für die US-Präsidentschaft kandidieren wollte. Der „Stern“ gab zu, daß er wirklich so eine Glosse gebracht, sie aber aus der US-Zeitung „Manchester Union“ übernommen habe. Mrs. Crane stellt einen Schadenersatzanspruch von 9 Mio Dollar, denn soviel sei ihrem Mann mit der

Präsidentschaft entgangen. Und warum an den „Stern“? Wahrscheinlich, weil bei dem Provinzblättchen „Manchester Union“ nicht viel zu holen ist.

Modelfälscher

Frauen in aller Welt träumen davon, in Toiletten von Dior, Cartier, Yves Saint-Laurent und Céline zu paradieren. Diese sind aber bekanntlich horrend teuer. In Italien haben sich „geschäftstüchtige“ Leute gefunden, die solche Modelle mit allen Merkmalen dieser Firmen fälschen. Dior, Cartier und die anderen schätzen, daß ihnen dadurch mindestens 500 Mio Dollar im Jahr entgehen. Vor kurzem konnten sie die italienische Polizei auf die Spur der Fälscher bringen. Sie entdeckte in Mailand ihre Fabrik und beschlagnahmte über 4000 m Stoff, 10 500 Ledergürtel, 8463 Handtaschen und 44 Koffer mit den Firmenzeichen der berühmten französischen Modekünstler.

Bildung?



Wenn Kopernikus behauptete, im Sonnensystem drehen sich die Himmelskörper um die Sonne, so habe er sich geirrt, behauptet jeder dritte Franzose nach einer Umfrage der Nationalen Raumforschungszentrale.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
BRINGT DIE „NEUE ZEIT“ PROMPT IN JEDES LAND

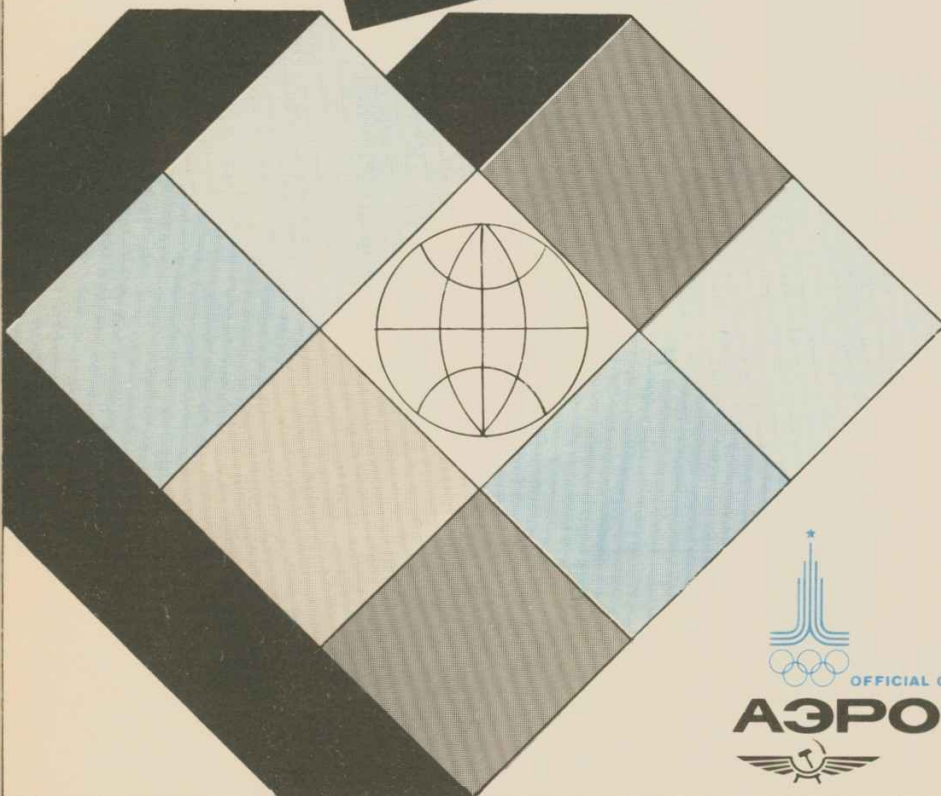
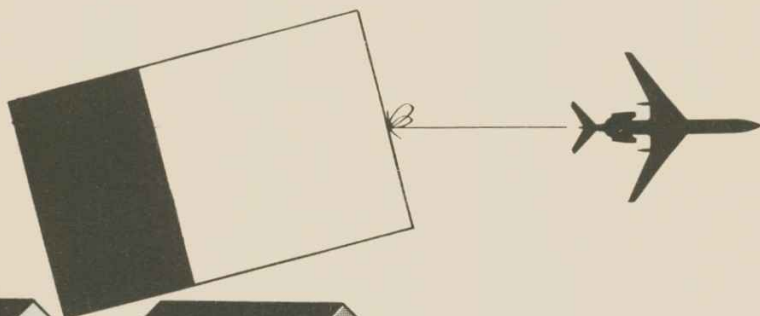
AEROFLOT FÜR IHRE FRACHT

Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde, transportiert jährlich Hunderttausende Tonnen Fracht.

Kunden in allen Ländern nehmen ihre Dienste in Anspruch.

Der Frachttransport erfolgt mit allen Linienflugzeugen und mit Frachtchartermaschinen.

Ausführliche Informationen über den Frachtverkehr erhalten Sie in jeder Vertretung von Aeroflot sowie in der Zentralen internationalen Agentur von Aeroflot (Moskau, Frunsenskaja naberezhnaja 4, Telex — 7222, Code — CITA MOWRSU).

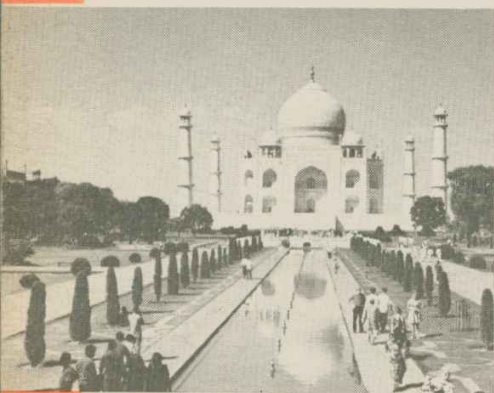




Bei den indischen Tänzen hat jede Bewegung ihre Bedeutung

Im Objektiv: INDIEN

Am Kai
in Bombay



Das berühmte
Tadsch Mahal

In einer
Dorfschule

Heilige Kühe
in Delhi

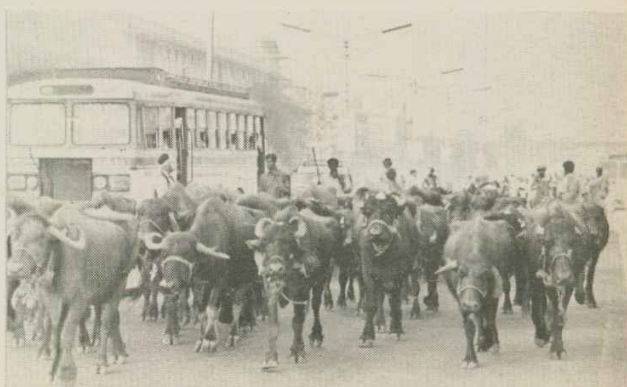


Fotos TASS



Ein sowjetischer
und ein indischer
Ingenieur im Werk
für schwere
Elektroausrüstungen
in Hardwar.

der, die auf den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz beruhen und von dem Streben nach internationaler Entspannung getragen sind, stellen einen beachtlichen Beitrag zum Frieden und zur Stabilität in Asien und in der ganzen Welt dar.



Indien ist ein Land mit uralter Geschichte, mit einer reichen Kultur, in Jahrhunderten entstandenen Traditionen und talentierten Menschen. Viele Jahre war es ein Kolonialanhängsel des Britischen Reiches, aber jetzt nimmt es in der Weltpolitik einen bemerkenswerten Platz ein.

In den 33 Jahren seiner Unabhängigkeit hat das früher so rückständige Land in ganz verschiedenen Lebensbereichen wesentliche Fortschritte gemacht. Für die nationale Wirtschaft ist das

Fundament gelegt. Mit dem Volumen seiner Produktion zählt Indien heute zu den ersten zehn Ländern der Welt. Bei allen Völkern der Erde hat es sich dadurch Hochachtung erworben, daß es rege an der Bewegung der Nichtpaktgebundenen sowie am Kampf für Frieden, gegen das Welterben, den Imperialismus und Neokolonialismus teilnimmt.

In Indien weiß man, daß seine wirtschaftlichen Erfolge weitgehend auf die ersprießliche und vielseitige Zusammenarbeit

mit der UdSSR zurückzuführen sind. Auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Vertrauen beruhend, entwickelt sie sich im Sinne des Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971. Wie der „Statesman“ schrieb, legen die gut 70 mit Hilfe und Unterstützung der UdSSR gebauten Betriebe ein beredtes Zeugnis dafür ab, wie eng und fruchtbar die indisch-sowjetische Zusammenarbeit ist.

Die Beziehungen der beiden Länder zueinander